

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 30. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. (incl. Post). Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die jedwefallige Kolonialzeile oder deren Raum 40 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Bekanntmachungen und Reklamations-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die italienischen Parlamentswahlen. Rückblicke und Ausichten.

Rom, den 27. Oktober. (Fig. Ver.)

Ein volles Jahrzehnt vor der 1892 in Genua erfolgten Gründung der sozialistischen Partei Italiens hatte bereits der erste Sozialist, Andrea Costa, seinen Einzug ins italienische Parlament gehalten. Die nächsten Wahlen (1896 bis 1899), mit Listenwahl, erhöhten die sozialistische Vertretung auf zwei und drei. Erst das Jahr 1892, in dem man zum heutigen Wahlsystem zurückkehrte, brachte die Fraktion auf sieben Abgeordnete. Es folgten die Hungerrevolten in Sizilien und der Lunigiana, die Crispianischen Ausnahmemaßnahmen und seine freche Listenrevision, die eine halbe Million Wähler ihres Wahlrechts beraubte; die Antwort darauf war bei den 1895 stattfindenden Wahlen die Entsendung von 15 Sozialisten ins Parlament. Unter Rudini, 1897, wurde nur ein neues Mandat gewonnen. Das nächste Jahr brachte die Malaufründe in Mailand und Neapel und die barbarischen Urteile der Kriegsgerichte. An Stelle Rudinis trat Pelloux, der mit seinen berüchtigten „provvedimenti politici“ Hand an alle vom Reichsgrundgesetz dem Volke gewährtesten Freiheiten legte. Die Obstruktion, zu der sich Sozialisten mit Republikanern und Radikalen verbänden, brachte diese Gesetzesentwürfe zu Fall und nötigte die Krone zur Auflösung des Parlaments. Die Wahlen, die unter dem Zeichen des Bundes der Volksparteien stattfanden, verdoppelten die Zahl der sozialistischen Vertreter und sandten 33 Parteigenossen ins Parlament.

Es sind seitdem fast 4 1/2 Jahre verfloßen, und zwar Jahre, die tiefe Spuren in der Geschichte Italiens geschlossen haben.

Die neue Kammer räumte zunächst Pelloux fort und brachte in Saracco den liberalsten und rechtschaffesten aller italienischen Premierminister neueren Datums an Ruder. Unter seiner Regierung erfolgte der Thronwechsel, ohne daß das Verbrechen Brescia (29. Juli 1900) zu jenen Dingen der Reaktion Anlaß gegeben hätte, die sich ein Crispi, Pelloux oder Giolitti schwerlich hätten entgehen lassen. Im Jahre 1900 feht auch der große Aufschwung der italienischen Gewerkschaftsbewegung ein, die Massenstreiks der Landarbeiter, von denen der der Reisarbeiterinnen von Molinella einen dauernden Ehrenplatz verdient in der Geschichte des Proletariats.

Im September 1900, auf dem Parteitage zu Rom, zeigten zum erstenmal die „zwei Tendenzen“ ihr Haupt. Mit starker Schmeichelei zum „Kurgewerkschaftertum“ sehen wir die „Rechte“ der Partei für Wahlhindernisse, für Autonomie der Wahlkreise eintreten und sich durchsetzen. Im Dezember desselben Jahres erfolgte die durch lügenhafte Berichte des Präfelden Garzone vom Ministerpräsidenten erwirkte Auflösung der Arbeitskammer von Genua, die den sofortigen Generalkongress in der ganzen Provinz zur Folge hatte. In Regierungskreisen hatte man alles andere erwartet von der künftigen, nächsten, zum bezahlten Arbeiterschaft Figuriens und war außerordentlich erschreckt. Die Regierung erbot sich, zu verhandeln, die Arbeiterführer rieten zu kleineren Zugeständnissen: die Streikenden lehnten aber alles ab und nahmen erst die Arbeit wieder auf, als sie das Recht erhalten hatten, ihre alte Arbeitskammer mit dem alten Exekutivkomitee wieder zu gründen. Die Einweihung fand im städtischen Opernhaus von Genua, im Carlo Felice statt.

Diese Ereignisse führten zum Fall des Kabinetts Saracco, dem die äußerste Unke nicht den Angriff, die Reaktionen nicht das Nachgeben den Arbeitern gegenüber verzeihen. Im März 1901 begann mit dem liberalen Ministerium Zanardelli-Giolitti die Ära des Ministerialismus der Partei. Das neue Kabinett hatte in der Pelloux'schen Kammer keine Mehrheit und fand sie allein durch den Zuzug der über fast 100 Stimmen verfügenden äußersten Linken, die für Zanardelli stimmte, um ein reaktionäres Kabinett fernzuhalten. Ueber die Zweckmäßigkeit dieser Politik war sich damals die ganze Fraktion einig. Der Zwist begann erst, als die Unterstützung des Ministeriums forderte, nachdem dieses bereits Stützpunkte nach rechts gefunden hatte und in dem Maße reaktionärer wurde, als es der Sozialisten nicht mehr bedurfte. Der Herbst 1901 brachte noch auf den Kongressen der Arbeitskammern in Reggio Emilia und der Landarbeiter in Bologna erfreuliche Beweise der erwarteten sozialistischen Bewegung: 350 000 organisierte Landarbeiter, 292 000 Organisierte in den Arbeitskammern. Aber seitdem ging es bergab. Im Frühjahr 1902 erfolgte die Militarisierung der Eisenbahner, um einen allgemeinen Streik zu verhindern. Die Fraktion blieb dem Ministerium treu, trotz dieser Gewalttat und trotz der Mordtaten von Veres, Candela und Giarratana. Es kam zu einer tiefen Entfremdung zwischen der Masse und der Fraktion, zu endlosem innerem Zwist, zur Erschlaffung und Desorganisation.

Der Parteitag von Imola (Sept. 1902), wo der Ministerialismus auf der ganzen Linie siegte, tat dem Verfall keinen Einhalt. Ohne durch äußere Ereignisse veranlaßt zu sein, nur durch den inneren Verfall gezwungen, ging am 24. März 1903 die Fraktion, auf Antrag Turatis, zur Opposition über. Im Mai übernahm Ferri den „Avanti“, um das der Masse der Leser entfremdete Zentralorgan der Partei zu retten.

Die weitere Kette der Ereignisse, die vom Prozeß Votto bis zum Parteitage von Bologna, von den Regieren von Buggerru, Castelluzzo und Sestri Ponente bis zum Generalkongress führt und in der Kammerauflösung ausläuft, ist noch in aller Gedächtnis. Ohne Ärm und fast unbeachtet zieht sich eine starke und in der Mehrzahl siegreiche Streikbewegung daneben her, die dem Proletariat große Vorteile brachte und fast an keiner italienischen Provinz spurlos vorüberging. Inzwischen wurde die Regierung, je größer ihre Mehrheit im Parlament,

um so schlaffer, untätiger und reaktionärer, trotz aller liberalen Phrasologie. Parlament und Regierung saßen schließlich im Sumpf ihrer eigenen Untüchtigkeit fest, so daß der Generalkongress eine zwar logisch wenig plausible, aber sehr willkommene Gelegenheitsursache zur Kammerauflösung bot.

Und so soll heute das Volk, nach 4 1/2 Jahren, die es ausgewählt und ausgerüstet haben, und in den von Kampf und Not umgedrehten Boden reiche Saat der sozialistischen Propaganda austreuten, eine neue parlamentarische Vertretung wählen. Selten ist in der modernen Geschichte ein Proletariat zu dieser Aufgabe berufen worden, nach einer in so kurze Zeitspanne gedrängten Periode der Umgestaltung und des Aufschwungs. Was werden uns die Urnen bringen, wie wird der 6. November sein Urteil sprechen über 4 1/2 Jahre unwahrer und schlaffer Politik, wie wird er antworten auf die Drohung der Rückkehr zur offenen Reaktion?

Im Jahre 1897 fielen 108 086 oder 8,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf Kandidaten der Partei; im Jahre 1900 167 946 oder 13 Prozent. Wir glauben, nicht zu hoch zu gehen mit unseren Hoffnungen, wenn wir auf eine Verdoppelung dieser letzten Zahl auf über 300 000 Stimmen rechnen. Freilich werden 2 Mailänder Wahlkreise mehrere tausend sozialistischer Stimmen auf Kandidaten der Partei, die außerhalb der Partei stehen. Das fällt aber wenig ins Gewicht gegenüber den 450 Kandidaten, die die Partei in den 508 italienischen Wahlkreisen aufstellt. Bei den letzten Wahlen hatten wir nur 107 eigene Kandidaten, und mit Rücksicht auf den Bund der Volksparteien verschwanden die sozialistischen Stimmen in vielen Kreisen, um als republikanische und radikalische Stimmen zu erscheinen. Die Gegenleistung der von Republikanern und Radikalen für Parteikandidaten abgegebenen Stimmen stellte, wie wir glauben, das Gleichgewicht nicht her: die Sozialisten gaben mehr, als sie empfingen, und werden diesmal, wo sie nur in den allerwichtigsten Wahlkreisen gemeinsame Sache mit den übrigen Volksparteien machen (so in Piacenza, in Genua I, II, III, in Aequi und Alessandria) schon allein dadurch gewinnen.

Natürlich sind viele unserer Kandidaten, namentlich im Süden und auf den Inseln, reine Wahlkandidaten, die es vielfach nicht auf 100 Stimmen bringen werden. Wenn man gegen Giolitti in seinem Wahlkreis Drouero einen Parteigenossen (Cavallera) aufstellt, so geschieht es natürlich nicht in der Hoffnung, den Ministerpräsidenten um sein Mandat zu bringen. Hier, wie den meisten anderen Ministern gegenüber, will man nur Deerschau halten.

In vielen anderen Kreisen ist aber die Wahrscheinlichkeit des Sieges sehr groß. Im Durchschnitt kommen auf jeden gewählten Kandidaten 1725 Stimmen. Bedeutende Ungleichheit in der „Wahlkraft“ der einzelnen Stimme fehlt zwar auch hier nicht; es wurde z. B. der Abgeordnete von Pavullo mit 617 Stimmen gewählt, während der Parteikandidat von Signale mit 3222 Stimmen unterlag. Die Parteiververtretung als Ganzes wurde aber bis jetzt von der Ungerechtigkeit nicht getroffen, da sie 32 Vertreter im Parlament hatte und auch nur 32 ihrer Kandidaten über 1725 Stimmen erhielten. Bei den vorigen Wahlen erhielt ein Parteikandidat über 5000 Stimmen; und zwar Turati, für den der fünfte Mailänder Wahlkreis 5883 Stimmen abgab. Vier Kandidaten erhielten über 3000, 19 über 2000, 46 über 1000 Stimmen. Im großen ganzen kann man sagen, daß ein Wahlsieg mit einigen Ausfichten auf Erfolg sich nur im Bereiche dieser 70 Wahlkreise abspielt.

Wahrscheinlich werden nicht alle 32 im Jahre 1900 eroberten Wahlkreise behauptet. In einigen, wo der Sieg der mangelnden Vorbereitung der Gegner oder der Vereinigung der Volksparteien zu danken war, ist die Niederlage wahrscheinlich. Auf den Verlust von vier bis fünf Mandaten muß man gefaßt sein, eher auf mehr als auf weniger. Hier kommt auch dazu, daß der Wahlsieg von Seiten der Regierung mit einer Schamlosigkeit und Energie geführt wird, gegen die Pelloux mit seiner Wahlmasche nur ein Waisensnabe war. Trotzdem glauben wir, daß Giolitti, wenn er den Schaben des 6. November bei Licht besieht, für jeden um die Ecke gebrachten Sozialisten drei neue zu begrüßen haben wird, wobei es ohne große Nebenwirkungen für alle Teile nicht abgehen dürfte.

Ziffernmäßige Voraussetzungen für die einzelnen Landesteile zu machen, wäre eine Verwegenheit und hätte im Grunde auch wenig Interesse. Wir glauben, daß die verhältnismäßig größten Vorkräfte von Ligurien, von Piemont und Venetien gemacht werden werden.

Viele Kandidaten kandidieren in mehreren Kreisen, so z. B. ist Ferri in einigen dreifach aufgestellt, Labriola und Rocchi in fünf oder sechs, Agnini, Chiesa, Cabrini, Bissolati, Podrecca und viele andere in zwei oder drei. Auch die außerhalb der Partei stehenden Sozialisten Turati und Treves kandidieren in mehreren Kreisen.

Überall wird mit unglaublichem Eifer gearbeitet. Nur ganz vereinzelt hat das Aufstellen der Kandidaten zu Mißbilligkeiten Anlaß gegeben, die aber durch den Parteivorstand beigelegt wurden. Im Ausland, in Lyon, Marseille, in Bern, Basel und Zürich, überall haben die italienischen Arbeiter Geldsammlungen eröffnet und schicken Pensionen für die Wahlen. Viele Hunderte, ja vielleicht Tausende im Auslande befindlicher Wähler kommen auf eigene Kosten zum Wahltag in ihren Wahlkreise. Auch in Italien selbst reisen Tausende von Wählern in den Ort, wo sie wahlberechtigt sind; bekanntlich haben sie eine Preisermäßigung von 75 Prozent, bringen aber trotzdem große Opfer an Zeit und Geld.

Die Ordnungsparteien sehen mit Verwunderung und Schrecken auf die Regsamkeit der Partei, von der ihre eigene Totenstarre absticht. Sie haben noch kein Programm erlassen, zum großen Teil noch keine Kandidaturen aufgestellt. Vielerorts kandidieren in einem Wahlkreise zwei ministerielle Kandidaten gegen einander. Die Klagen der konservativen Presse über diesen Muddel-Muddel arzen an das Crocoale,

Wenn sich die Information des „Avanti“ bestätigt, so wird in einigen Dörfern das non ex pediat aufgehoben. Wir legen dieser Erscheinung keine große Bedeutung bei. Wo Rot an Mann war, haben die Merikalen schon seit Jahren wieder gewählt trotz des päpstlichen Verbotes. Auch sind ihrer nicht allzu viele. Sollte es, wie der „Avanti“ meint, zur Aufstellung merikaler Kandidaten, also zum offiziellen Zurückziehen des non ex pediat kommen, so würde sich die ohnehin schon in Gemäßigte und Liberale mit allen möglichen Klänzen zerfallende Partei der Reaktion noch mehr zerklüften. Die Sozialisten scheidet das Aufheben des non ex pediat wenig, denn ihnen gegenüber hat es nie gegolten.

So geht das italienische Proletariat mit stolzen Hoffnungen dem Wahlsieg entgegen. Man wird es sicher um mehrere Vertreter begaunern, wird seine Stimmen ersiden, so weit man kann. Aber hindern wird man es nicht, daß die sozialistische Partei aus diesem Wahlsieg als die stärkste politische Partei Italiens hervorgeht.

Die neuen Handelsverträge und die „staatserhaltenden“ Parteien.

II.

Wie die Konservativen werden zweifellos auch die Mitglieder des Zentrums für die neuen Handelsverträge stimmen. Zwar macht die liberale Presse ebenfalls den Vorbehalt, daß man erst abwarten müsse, wie weit die von der deutschen Regierung den fremden Vertragsstaaten und besonders Rußland eingeräumten Zugeständnisse gehen, doch verheißt sie nicht, wenn der deutsch-russische Vertrag so ausfällt, wie man nach den Angaben ganz- und halbamtlicher Blätter annehmen darf, das Zentrum für ihn eintreten wird.

Und ebenso sicher ist, daß die Nationalliberalen und der größere Teil der Richterschen Freisinnigen für die neuen Tarifverträge stimmen werden. Allerdings finden auch die Blätter der Großindustriellen manches an dem neuen deutsch-russischen Vertrag auszufehen. So ließ sich z. B. jüngst das Leitblatt der rheinisch-westfälischen Gruben- und Hüttenmagnaten, die „Rhein-Westf. Ztg.“, aus Petersburg melden, daß Rußland nur die Konzession gemacht habe, die über die westliche Landgrenze eingeführten Waren sollten auch künftig nicht höher verzollt werden, als die zur See eingeführten, im übrigen aber seien die Höhe des allgemeinen russischen Tarifs fast ausnahmslos bestehen gelassen, und an diese Mittelung knüpfte das Blatt eine lange Verwünschung, in der nachzuweisen versucht wurde, daß der russische Zoll künftig für verschiedene Eisen- und Stahlwaren, die Deutschland nach Rußland ausführt, 50 bis 100 Proz. vom Großhandelspreis betrogen werde, für einzelne Artikel, wie zum Beispiel Kellerschlösser, Schrauben, Drahtgewebe und Drahtgeschlechte, sogar 100 bis 500 Prozent. Doch die Folgerung, daß deshalb die nationalliberalen Vertreter gegen den deutsch-russischen Tarifvertrag stimmen müßten, wird nirgends gezogen; im Gegenteil nehmen die jüdischsozialistischen Blätter als ganz selbstverständlich an, daß die von der Regierung vereinbarten Verträge im Reichstage zur Annahme gelangen. Die von den Geschäftsführern des Vereins deutscher Eisenhüttenleute und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller redigierte bekannte Fachzeitschrift „Stahl und Eisen“ kommt z. B. nur zu der Folgerung, die Regierung werde die Verantwortung zu tragen haben, wenn sich aus den Tarifverträgen für unsere Gesamtwirtschaft ein Ergebnis herausstellt, von dem man nur wünschen kann, daß es die Steuerkraft unseres Vaterlandes nicht allzu ungünstig beeinflussen möge.

Begreiflich ist diese Stellungnahme der Großindustriellen durchaus. Wird auch der Absay nach dem Auslande erschwert, so gestatten doch andererseits die erhöhten Industriegölle des neuen deutschen Zolltarifs den Großindustriellen, besonders soweit sie in Syndikaten und Kartellen organisiert sind, künftig die Preise für ihre Artikel auf dem Inlandsmarkt noch höher zu halten als bisher und sich also gewissermaßen an den auf dem einheimischen Markt erzielten Mehrprozenten für die Ausfälle des Exportgeschäfts zu entschädigen. Außerdem haben aber viele deutsche Industrieunternehmen seit etwa einem Jahrzehnt in Rußland Filialen gegründet oder sich an solchen Gründungen beteiligt, und für diese Gesellschaften ist es meist weit vorteilhafter, daß ihre russischen Unternehmungen prosperieren, als daß die deutsche Ausfuhr nach Rußland steigt.

Mit der sogenannten nationalen russischen Industrie ist es nicht weit her; die meisten der in den beiden letzten Jahrzehnten entstandenen Unternehmungen sind nichts als offene und verdeckte Filialen ausländischer Gesellschaften, oder es ist mindestens an ihnen fremdes Kapital in starkem Maße beteiligt. Selbst an der russischen Textil- und chemischen Industrie sind vielfach deutsche Werke interessiert, noch weit mehr aber an der russischen Eisen- und Stahlindustrie und vor allem an der russischen Elektrizitätsindustrie. Es gibt fast keine der großen und größeren deutschen Elektrizitätsgesellschaften, die nicht Filialunternehmungen in Rußland hätte. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, die Siemens u. Halske, Schudert, Lohmeyer, Helios, die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Anlagen, Berliner Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Kölner Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen, Berlin-Dagener Akkumulatorenfabrik usw.: sie alle haben ihre Tochtergesellschaften in Rußland oder sind an russischen Gründungen hervorragend beteiligt. Und ebenso wie diese Industrieunternehmen hat die mit ihnen koalitierte Konfianz ein Interesse an der Prosperität jener russisch-deutschen Gründungen. Daraus erklärt sich auch, daß durchweg die eigentlichen Finanzblätter, voran der „Berliner Börsen-Courier“, energisch für die Annahme der neu vereinbarten Tarifverträge plädieren.

Es sind rein materielle Interessen, welche die Stellungnahme jener Kreise und jener Blätter bestimmen; aber der mittlere am Export interessierten Industrie und dem Handel darf man die Beweggründe nicht so offen zeigen, und so wird denn als Grund für die Notwendigkeit einer Annahme der neuen Handelsverträge angeführt, daß dann, wenn der Reichstag sich als remitent erweisen sollte, die Regierung einfach den neuen Generalzolltarif in Kraft treten lassen werde. Die Frage lautet: Vertragstare oder Generalzolltarif — und deshalb könnte es nicht zweifelhaft sein, daß die Annahme der Verträge einer Ablehnung vorzuziehen sei. Es sei eine Illusion, wenn von den Reich und Konfessionen der Generalzolltarif vom 25. Dezember 1902 mit der alten Kanone auf der Mainenburg in Tanger verglichen werde, die nicht losgehe. Ansonst wolle doch die Reichsregierung nicht mehr als sechs Jahre mit größter Anstrengung an dem Tarif gearbeitet haben.

Es ist kaum glaubhaft, daß die Blätter, die sich diese Argumentation aneignen, sie selbst ernst nehmen; aber in irgend einer Weise müssen sie ihre durch rein materielle Interessen distanzierte Stellungnahme zu den neuen Handelsverträgen begründen, und da sie andere Argumente nicht finden, nehmen sie eben diese. Immer wieder ist in der Zolltarifkommission wie im Plenum des Reichstages von den Vertretern der Zollwiderparteien erklärt worden, der neue Generalzolltarif solle gar nicht so eingerichtet werden, daß er ohne weiteres in Wirksamkeit treten könne; er solle nur ein „Mittelglied“ für die Handelsvertragsverhandlungen bilden: ein Maximum, bestimmt zum Abhandeln. So erklärte z. B. um hier nur ein Beispiel anzuführen, der Abgeordnete Dr. Paasche in der Sitzung vom 20. November 1902 als Redner der nationalliberalen Fraktion: „Wenn wir plötzlich den autonomen Tarif, mag er sich gestalten wie er will, einführen wollten, so würden wir dadurch in eine handelspolitische Stellung geraten, die für das deutsche Volk nicht wünschenswert wäre. Mit aller Welt im Kriege oder — will ich besser sagen — in einem vertragslosen Zustande zu leben, auf der anderen Seite ein autonomer Tarif, der gemacht ist, um Verträge zu schließen, und nicht, um den autonomen Tarif als solchen einzuführen, — das wäre ein Zustand, den niemand wünschen kann.“

Erfstens kann, wenn vom Reichstag der deutsch-russische Handelsvertrag oder irgend ein anderer abgelehnt wird, der neue Generalzolltarif gar nicht sofort in Kraft gesetzt werden; d. h. es kann wohl nach § 16 des Zollgesetzes der Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats verfügen, daß der Tarif in Kraft tritt, aber für jene Länder, mit denen Deutschland Tarifverträge abgeschlossen hat und damit auch für alle jene Staaten, zu denen es in einem Weisbegünstigungsverhältnis steht, bleiben vorläufig die vertragmäßig festgelegten Zollsätze in Gültigkeit, und zu der einen oder anderen Kategorie gehören alle Staaten, mit denen das Deutsche Reich einen in Betracht kommenden Handel treibt. Sollen auch diesen Ländern gegenüber die Zollsätze des neuen allgemeinen Zolltarifs volle Geltung erlangen, so müssen zunächst die Verträge genehmigt werden und erst, nachdem dann ein weiteres Jahr verfloßen ist, können die Zollsätze des neuen Tarifs auf die aus diesen Ländern in das deutsche Zollgebiet eingeführten Waren angewandt werden.

Zweitens aber würde ganz zweifellos ein derartiges Vorgehen uns nach den verschiedenen Seiten hin in Zollkriege verwickeln; in einen Krieg „mit aller Welt“, wie Herr Paasche sagt. Nicht nur mit den Vertragsstaaten, mit denen unter Caprivi Tarifverträge abgeschlossen sind, sondern auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Und bei einem Zollkriege mit der Union steht außer unserer Kontrolle das Spiel; denn mit dem Erlöschen des Weisbegünstigungsverhältnisses würde der durch das amerikanische Gesetz vom 30. Juni 1894 bestimmte Zollzuschlag von 10 Proz. auf alle mit deutschen Schiffen eingeführten Waren — auch solche, die nicht deutschen Ursprungs sind — in Kraft treten. Und außerdem hätte der Präsident es auf Grund der bestehenden Bestimmungen in der Hand, für die in amerikanischen Häfen einlaufenden deutschen Schiffe sofort die Tomengeländer auf das Doppelte zu erhöhen. Ferner könnte der Valfour-Chamberlain'sche Zollagitation in England gar kein besserer Dienst erwiesen werden, als durch eine derartige Provokation. Der Erfolg wäre nicht nur ein mächtiger Fortschritt der Zollunionbestrebungen zwischen dem englischen Mutterland und seinen Kolonien, sondern auch die Vertiefung von speziell gegen die deutsche Einfuhr gerichteten Zollrepressivmaßnahmen durch das englische Parlament. Unter diesen Umständen anzunehmen, die deutsche Regierung könnte bei einer Zurückweisung der von ihr dem Reichstag vorgelegten Handelsverträge einfach aus Kerger den Generalzolltarif vom 25. Dezember 1902 in Kraft setzen, heißt nichts anderes, als sie einer beispiellosen Feindschaft oder Ungerechtigkeitsfähigkeit zu beschuldigen.

Die Kadenschichtigkeit ihrer Argumentation scheint denn auch einigen liberalen Blättern selbst allzu sichtbar gewesen zu sein, denn sie haben sich bemüht, noch einen zweiten „Grund“ zu finden. „Denn“, sagen sie, „auch die deutsche Regierung vielleicht die geltenden Tarifverträge nicht kündigen wird, so können doch die anderen Vertragsstaaten sich zu solchem Schritt entschließen“. Auch dann würde jedoch der Generalzolltarif erst nach Ablauf eines Jahres in Wirkung treten können und in der Zwischenzeit bliebe Zeit genug, um neue Verhandlungen anzuknüpfen. Ueberdies welcher von den Vertragsstaaten sollte denn kündigen? Vielleicht die russische Regierung, die in ihrer heutigen Lage ängstlich darauf bedacht sein muß, die Geldzufuhr nach Rußland aufrecht zu erhalten und jeden Schritt zu vermeiden, der den Export russischer Agrarprodukte vermindern könnte? Oder vielleicht Oesterreich, dessen Außenhandel noch mehr auf den Absatz nach Deutschland angewiesen ist, als der deutsche auf den österreich-ungarischen Markt?

Außerdem aber, meinen andere Blätter, sei doch nichts leichter, als dem Generalzolltarif, bevor er in Geltung gesetzt werde, seine größten Härten zu nehmen. So schreibt z. B. der „Vörsen-Courier“: „Was hindert denn die Mehrheit daran, diejenigen Kantons des neuen Generaltarifs abzuschleifen, an denen man sich allzu heftig stoßen könnte? Der Generaltarif ist ein Gesetz wie ein anderes und kann beliebig abgeändert werden. In vierzehn, ja, wenn es ganz schnell gehen soll, in sieben Tagen wäre eine derartige Vorlage Gesetz. Mit einer solchen Möglichkeit hat die Majorität bewußt gerechnet. Die Durchbrechung des Parlamentsrechts und der damit zusammenhängende Verzicht auf Einzelberatung geschah mit dem stillen Vorbehalt, nötigenfalls später das Verfaßte nachzuholen. Tritt ein solcher Fall jetzt ein, so wird man die Absicht zur Durchführung bringen.“

Gewiß der Generalzolltarif kann revidiert werden. Doch die bloße Abschleifung einiger allzu scharfer „Kanten“ ändert daran nichts, daß seine Inkraftsetzung Deutschland in hartnäckige Zollkriege mit aller Welt treiben würde und zu einer erheblichen Reduktion der Zollsätze, die den Generaltarif annähernd auf das Zollniveau der neuen Handelsverträge herunter brächte, ohne daß von den anderen Staaten entsprechende Gegenkoncessionen gemacht würden, wird sich die Konserbativ-liberalen Zollkoalition in keinem Fall verstehen. Die Ablehnung der neuvereinbarten Handelsverträge kann deshalb nur die Folge haben, daß entweder die geltenden alten Verträge vorläufig noch in Kraft bleiben und vielleicht teilweise auf einige Jahre verlängert werden, oder aber, daß die deutsche Regierung sofort zum Zwe-

einer Modifikation der vom Reichstag zurückgewiesenen Vertragstare neue Verhandlungen mit den betreffenden fremden Staaten anzuknüpfen sucht.

Doch man darf die obigen „Gründe“ der liberalen Presse nicht ernst nehmen; sie offenbaren nicht die wirklichen Motive, welche die Haltung der durch jene Blätter vertretenen wirtschaftlichen Kreise bestimmen, sondern dienen nur dazu, deren eigentliche materielle Beweggründe zu verdecken. Deshalb werden auch diese Kreise, selbst wenn der Rufum ihrer Argumentation noch so scharf nachgewiesen wird, für die neuen Verträge stimmen. Es entscheidet eben nicht die Logik, sondern das Gewicht der wirtschaftlichen Interessen. Die Handelsverträge werden ihre sichere Mehrheit im Reichstage finden. Mit dieser Tatsache muß schon heute politisch gerechnet werden. Allerdings ist mit der Annahme der neuen Verträge die sogenannte „Reinordnung unserer Zollpolitischen Verhältnisse“ noch nicht beendet. Der schwierigste Teil der Arbeit, die Verständigung mit England und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Basis des neuen Tarifs, folgt erst noch.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober.

Preußen-Konferenz.

Als man sich entschloß, auf dem Bremer Parteitage die Schulfrage nicht zu behandeln, waren die preußischen Delegierten sich darüber einig, daß in einer Preußen-Konferenz zum mindesten die besondere preußische Schulfrage erörtert werden müßte. Und darüber waren die Delegierten sich einig, daß über die Schulfrage hinaus die gesamte preußische Politik in ihren wichtigsten Grundgebungen dringender einer Diskussion durch die Sozialdemokratie bedürfe. Das preußische Proletariat, ausgeschlossen vom dem Parlament, dessen oberste Reaktion kein Lufthauch der Freiheit und der Entwicklung jemals bewegt, muß seinerseits eine preußische Volksvertretung organisieren.

Der Parteivorstand hat sich diesen Erwägungen gleichfalls angeschlossen und sich dahin entschieden, eine Preußen-Konferenz einzuberufen. Als wahrscheinlicher Termin ist die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr in Aussicht genommen.

Die umfassende Tagesordnung ist von elementarem Interesse. Die Schulfrage wird die große Weltanschauung des Sozialismus auf dem Gebiete des Erziehungswesens zum Ausdruck bringen, gegenüber dem engen Merkantilismus sowohl wie dem feigen, halben und unehrlichen Liberalismus. Ueber die Volksschule soll das Volk entscheiden, nicht seine Feinde. Die politische und soziale Rechtslosigkeit in Preußen wird durch die Besprechung der Wahlrechtsanträge und des Kontraktbruch-Gesetzes an den Pranger gestellt werden. Endlich wird die Kritik des preußischen Wohnungsgesetz-Entwurfs Klarheit über die Befähigung und Leistungen der christlich-monarchistischen Sozialpolitik in einem halb-absoluten Polizeistaat verbreiten.

Preußen treibt das Reich zurück. Die durch das allgemeine Wahlrecht vorwärts gedrückte deutsche Politik wird durch die preußische Kette des Dreiklassenstems immer wieder in den Vormarsch des patriarchalischen junkerlichen Gottesgnadentums zurückgeschleppt. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, Deutschland von der preußischen Vorherrschaft zu erlösen, nicht in der Richtung irgend einer partikularistischen Schranke, sondern im Geiste der politischen Demokratie, welche die Vorbedingung des proletarischen Sozialismus ist.

Auch für diese Aufgabe der Demokratie ist das Proletariat in Deutschland auf sich selbst angewiesen. Im „kommunistischen Manifest“ wurde einst von einer „revolutionären“ Bourgeoisie gesprochen:

„In Frankreich schloßen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an gegen die konserbative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht anzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Ueberlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten...“

In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürger.“

In Frankreich ist vielleicht eine solche Politik des Proletariats heute noch möglich. In Deutschland wäre es eine Narrheit, nur daran zu denken. In Deutschland gibt es keine revolutionäre, keine demokratische, nicht einmal eine liberale Bourgeoisie.

In Preußen-Deutschland muß — so paradox es klingt — das sozialdemokratische Proletariat das Bürgertum fast noch in den Anfangsgründen seines eigenen Liberalismus unterrichten. Es ist noch alles zu tun, ein Jahrhundert politischer Entwicklung nachzuholen. Es ist die Aufgabe des Proletariats, Preußen für Westeuropa zu gewinnen. —

Sicherung des Wahlgeheimnisses in Frankreich.

Paris, 28. Oktober. (Eig. Ver.) Die Deputiertenkammer beschäftigt sich diese Woche mit Zwischenakt-Arbeiten. Das Hauptstück der Einkommensteuer-Vorlage, das ordnungsmäßig am letzten Montag hätte beginnen sollen, wurde vertagt infolge eines Unwohlseins des Finanzministers. So kam gestern — auf die Initiative des revolutionär-sozialistischen Abgeordneten Constans — ein bereits allseitswärtiger Entwurf, betreffend die Sicherung des Wahlgeheimnisses, an die Reihe.

Schon in der Legislatur 1893—1898 hatten die Genossen Jules Guesde und Cadetan einen dahingehenden Entwurf eingebracht. In der darauffolgenden Legislatur nahm die revolutionär-sozialistische Kammerfraktion den Gedanken wieder auf. 1901 gelang es endlich, den Gegenstand zur Beratung zu bringen, aber auch nicht mehr. Alle Welt beteuerte feierlich die Notwendigkeit, die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis zu sichern, aber die hierzu vorgeschlagenen Mittel, namentlich die Isolierzelle, scheiterten an den belämmerten „praktischen“ Ein- und Vordanden.

Diesmal ist die Reform, was die Kammer betrifft, endlich votiert worden. Angesichts der angebotenen langen Vorgesichte der in einer Republik ja doppelt selbstverständlichen Reform, liegt der Gedanke nahe, daß das vorjährige Votum des „Mofettgesetzes“ im deutschen Reichstage an seinem Teil das gleiche Votum der Deputiertenkammer beschleunigt haben wird. In der Debatte hat der Berichterstatter übrigens auf jenes deutsche Gesetz ausdrücklich Bezug genommen.

Im folgenden die Hauptbestimmungen des Gesetzes. Der Wähler, und zwar in sämtlichen Wahlen, stimmt in einer Isolierzelle ab, indem er den Stimmzettel in ein nicht geschlossenes Kуверт legt. Das natürlich einformige und unübersichtliche Kуверт wird dem Wähler auf Kosten des Staates oder (für die Departementswahlen) des Departements oder (für die Gemeindevahlen) der Gemeinde geliefert und trägt den Staatsstempel. Ein revolutionär-sozialistischer Gegenantrag auf Einführung eines einzigen antilich hergerichteten und abgestempelten Stimmzettels mußte infolge des Widerstandes der Kommission zurückgezogen werden. — Das Kуверт wird dem Wähler erst im Wahlbureau eingehändigt, aber in die Urne wird es (auf einen Antrag Gabriel Devilles) vom Wähler selbst gelegt. Wohlgerichtet, in die Urne, deren Oeffnungswerte sogar vorgeschrieben ist, so daß der Gebrauch von offenen Behältern, wie man es in den letzten Reichstagswahlen als Gegenmittel gegen das „Mofett“ in den junkerlichen Wahlkreisen konstatiert hat, von vornherein ausgeschlossen ist. — Endlich seien noch die Strafbestimmungen erwähnt, die sich speziell auf die neue Abstimmungsform beziehen. Die Verstärkung

oder Enttarnung der Kувerts zum Zwecke der Verhinderung der Wahlhandlung wird mit Gefängnis von 8 Tagen bis 6 Monaten und mit einer Buße von 25 bis 500 Franc bestraft. Für den Maire, den Vorsitzenden des Wahlbureaus und jeden Beamten überhaupt wird jenes Strafmaß verdoppelt.

Die Reform ist keineswegs vollkommen. Der Berichterstatter selbst hat sie bloß als eine Etappe auf dem Wege zur vollständigen Sicherung des Wahlgeheimnisses bezeichnet. So wie sie ist, wird sie aber schon erhebliches leisten dort, wo sie am nötigsten ist — auf dem Lande und in den großindustriellen Wahlbezirken. Ramentlich macht sie den ziemlich verbreiteten Unterschwertid unmöglich, der darin besteht, die Arbeiter unter der Aufsicht der Werkführer mit einem Stimmzettel in der Hand zur Urne führen zu lassen.

Die Reform wurde nach ziemlich kurzer Debatte mit 521 gegen 10 Stimmen votiert, also fast einstimmig. Das geht in der Deputiertenkammer immer so, wenn eine endlich reif und überreif gewordene Reform nicht mehr anders bekämpft werden kann als durch offene reaktionäre und volksfeindliche Gründe.

Hoffentlich findet auch der Senat noch Zeit, die Reform vor den Neuwahlen von 1903 zu votieren.

Deutsches Reich.

Ein Gedenktag der Freiheit. Die „Vossische Zeitung“, das typische Organ bürgerlicher Verfalls in Deutschland, erinnert sich, daß sie vor 200 Jahren geboren wurde. Der verantwortliche Redakteur des Philister-Familienblattes schreibt zu diesem Zwecke einen schwungvollen Gedenkartikel, in dem es heißt:

„Zweihundert Jahre unablässiger, auch unter den widrigsten Verhältnissen nie erlahmender Arbeit im Dienste des vaterländischen Gebandes, der Humanität, der geistigen und politischen Freiheit, des Fortschritts auf allen Gebieten ideeller und materieller Kultur — eine Gedenkfeier so stolzer und nicht gewöhnlicher Art ist es, die am heutigen Tage der Verlag der „Vossischen Zeitung“ begehen darf. Heute vor zweihundert Jahren, am 29. Oktober 1704, wurde dem wenige Jahre vorher aus dem zerstörten Heidelberg in Berlin eingewanderten Buchhändler Johann Michael Rüdiger jenes königliche Privileg zur Herausgabe einer Zeitung verliehen, das die Grundwurzel unserer „Vossischen Zeitung“ bildet.“

Ein Strahl von dem das junge Königtum unerschütternden Glanze fiel heute vor zweihundert Jahren in das sorgen- und humervolle Haus des Flüchtlings von Heidelberg, der in der aufstrebenden geistigen Metropole des deutschen Nordens seine zerstörte Cäsium neu aufzubauen sich mühte, und dieser Strahl, mit froher Begeisterung darf es ausgesprochen werden, ist niemals erloschen, er durchleuchtet den Entwicklungsgang des Unternehmens, dessen Rechtsgrundlage damals geschaffen wurde, bis zum heutigen Tage. —

Neben dem jungen preußischen Königsgebanken umglänzt noch ein anderer hoher Gedanke die Jugendzeit der „Vossischen Zeitung“, jener erhebende Gedanke ebeltien, höchsten Menschentums, der sich uns Deutschen in dem Namen Gotthold Ephraim Lessing verkörpert. Diese sichte Heldengestalt in dem geistigen Vorkämpfer der Menschheit hat unserer Zeitung das ideale Grundgerüst verliehen, das rein und unermüdet zu bewahren seit nun bald anderthalb Jahrhunderten Befugter wie Mediatore der Zeitung allezeit als heiliges Pflichtverhältnis betrachtet und freudig auf sich genommen haben. Freiheit des Geistes, Humanität und Tugend, dieser herrliche Ideen-Dreiklang schwingt seit den Tagen, da Gotthold Ephraim Lessing am Medaltionsstisch der „Vossischen Zeitung“ saß, in deren Spalten nach. Im Geiste Lessings ist die Zeitung immer und überall für die Freiheit der Wissenschaft und Forderung, gegen Aukerei und Drogenium auf allen Gebieten des menschlichen Geisteslebens, für die intellektuelle, politische und wirtschaftliche Mündigmachung des Volkes, gegen das Finsternis und die Müßiggängererei in welcher Form immer zu Felde gezogen. Und jederzeit hat ihr als Leitwort der wunderbare Anspruch Lessings vorgeschwebt, der als das höchste stitliche Gut der Menschheit den Drang, zur Wahrheit zu gelangen, bezeichnet.“

Der Schlußteil enthält sogar eine Wahrheit: Das königliche Privileg ist die Grundwurzel der „Vossischen Zeitung“. So ist für die „Vossische Zeitung“, das deutsche Bürgertum wiederbegeleitet, tatsächlich immer ein königliches Privileg die Grundwurzel gewesen, in dessen Schutze sie tapfer ist. Auch eine erfolgreiche Revolution kann für sie eine solche Grundwurzel sein, und dann jubelt sie wohl in einem „Extrablatt der Freude“ über den gedemütigten Monarchen und den triumphierenden Pöbel. Vietet das Privileg aber keine Sicherheit mehr, dann kehrt es reuig zu dem preußischen Königsgebanken zurück und weint über revolutionäre Taktlosigkeit. So ist auch der bürgerliche Liberalismus in Deutschland allezeit nur mit königlichem Privileg so frei gewesen, für Freiheit zu schwärmen, und heute ist es mehr wie je die Grundwurzel seines jämmerlichen Daseins.

Aus dem drohenden Geist Lessings hätte das Blatt nicht zitierten sollen. Das ist eine Dummheit. Lessing war das Gegenteil eines Philisters, stets ein tapferer Revolutionär, er hat gewiß nichts gemein mit jenem maßvollen und besonnenen Liberalismus, der beispielsweise einem Juden nicht die Zeitung dieses enorm protestantischen Organs anvertraut. Allerdings schreibt heute nicht mehr ein armer Teufel von Schriftsteller, der Lessing heißt, für das Blatt, sondern der Lessing des Vossischen Gedenktagess ist der untadlige, Millionen gesegnete Wessier Lessing, der seine Literaten für sein Blatt und gegen ihre Ueberzeugung, sofern sie eine haben, schreiben läßt.

Wahrlich, man soll im Hause des Gehängten nicht vom Strick reden — auch nicht im Stilrausch eines Jubiläums. —

Zum bösen Spiele der junkerlichen Kanalobstruktion macht das Regierungsblatt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die beste Miene. Sie finden sogar, daß die Ferien feiernden Kanalrebellin in der Kommission die wasserwirtschaftliche Vorlage „um ein erhebliches Stück“ gefördert hätten.

Das Junkertum hat sich das Regierungsblatt gut gezogen seit jenen Tagen des seligen Hohenzollern, da es die Rebellen mit gemeinsamen Drohungen der Kündigung der Freundschaft beschloß, wenn sie den Kanal nicht bewilligten. Seitdem ist die Verschüttung des Kanals um ein erhebliches Stück gefördert und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung „jauchzt darüber.“ —

Neues Reichs-Defizit.

Die Vorkonsumption an Zöllen und Verbrauchssteuern hat in der ersten Hälfte des laufenden Finanzjahres unter Fortlassung der für sich zu verrechnenden Brennsteuer 306,7 Millionen Mark oder etwa 8 Millionen Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Sämtliche Verbrauchsabgaben haben ein Mehr zu verzeichnen gehabt, und zwar die Zuckersteuer mit 10,6 Millionen, die Raichschottischeuer mit 2,2 Millionen, die Branntweinverbrauchsabgabe mit 0,9 Millionen, die Salzsteuer mit 0,5, die Schaumweinsteuer mit 0,4, die Brausteuer mit 0,3 und die Tabaksteuer mit 0,1 Millionen Mark. Lediglich die Zölle haben ein Weniger, und zwar in Höhe von 7,4 Millionen Mark, erbracht.

Schreit danach der Gesamtetat an Zöllen und Verbrauchssteuern für das erste Semester 1904 günstig, so ändert sich das Bild bedeutend bei dem für die finanzielle Beurteilung allein maßgebenden Vergleich der Einnahmen mit den Staatsausgaben. Nach den letzteren sollen Zölle und Verbrauchssteuern in einem Halbjahre 421,9 Millionen Mark erbringen. Da die tatsächliche Einnahme aber nur 306,7 Millionen Mark betragen hat, so war Ende September ein Defizit von 25,2 Millionen Mark vorhanden. Am besten haben Zuckersteuer und Branntweinverbrauchsabgabe abgeschnitten. Sie erbrachten gegenüber dem anteiligen Staatsvoranschlag 6,5 und 8,9 Millionen Mark mehr. Auch die Brausteuer hat ein kleines Mehr von 0,3 Millionen Mark zu verzeichnen. Alle übrigen Einnahmequellen blieben aber hinter den Staatsanfällen zurück, und zwar die Zölle mit nicht weniger als 29 Millionen Mark, die Raichschottischeuer mit 0,0 Millionen, die Salzsteuer mit 1,6 Millionen, die Tabaksteuer mit 1,2 und die Schaumweinsteuer mit 0,1 Millionen Mark.

Auch die übrigen Einnahmezweige, über deren Erträge während des ersten Halbjahres Nachweise bereits vorliegen, haben nicht günstig abgekommen. So sind die den Einzelstaaten zu überweisenden Reichs- und Provinzialsteuern mit 3,8 Millionen Mark hinter dem Aufschlage zurückgeblieben. Die Schuld daran trifft allerdings allein die Lossteuer. Während nämlich der Schiffsfrachtkunden-Steuer den im Etat auf ihn gesetzten Erwartungen entsprochen, die Börsensteuer sogar ein Mehr von 1,8 Millionen Mark ergeben hat, verzeichnete die Lossteuer ein Weniger von 5,1 Millionen Mark. Ebenso ungünstig sieht es zunächst noch mit der Einnahme der Post- und Telegraphenverwaltung aus. Sie ist im ersten Semester mit 10,2 Millionen Mark hinter dem Etat zurückgeblieben. Man wird hier jedoch zu bedenken haben, daß die zweite Hälfte des Finanzjahres gewöhnlich Lücken der ersten auszufüllen pflegt. Die Reichs- und Provinzialsteuern der Einzelstaaten dem Etat zurückgeblieben. Man wird hier jedoch zu bedenken haben, daß die zweite Hälfte des Finanzjahres gewöhnlich Lücken der ersten auszufüllen pflegt. Die Reichs- und Provinzialsteuern der Einzelstaaten dem Etat zurückgeblieben.

Rechnet man die Ergebnisse aller angeführten Einnahmezweige für das erste Semester 1904 zusammen, so erhält man ein Defizit von nicht weniger als 36,2 Millionen Mark. Die Einnahme-Entwickelung des zweiten Semesters muß schon recht günstig ausfallen, wenn ein so großes Defizit wieder beseitigt werden soll.

Reichstags-Arbeit. Die Vorbereitungen zur Brausesteuer-Novelle werden nach offizieller Versicherung auf Grund der eingegangenen Gutachten der Einzelstaaten im Reichs-Schatzamt so gefördert, daß dem Reichstage vielleicht der entsprechende Gesetzentwurf bald nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden kann. Dagegen stehen seitens einiger Einzelstaaten die Gutachten zu dem beabsichtigten Entwurf über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine noch immer aus.

Die Entwürfe der Militärpensionsgesetze sind an die Ausschüsse des Bundesrates verwiesen und man hofft, daß dort die Prüfung und Beratung derselben soweit gefördert werden, daß sie noch vor dem Wiederbeginn des Reichstages diese Instanzen durchlaufen haben.

Aus Schwerin-Wismar wird gemeldet, daß Regierungsrat Dr. Dröschke, der wiederum die Kandidatur für die konservative Partei angenommen hatte, diese jetzt aus Gesundheitsgründen zurückgezogen habe. Ob die Konservativen sich einen anderen Kandidaten besorgen oder sogleich für Herrn Wising eintreten, ist noch unbekannt. Die Nachwahl findet am 28. November statt.

Die polnische Landtagsfraktion veröffentlicht eine Erklärung, in der sie die von einem schlesischen Blatte ausgehende Meldung vom Ausschluß des Abgeordneten Korsantch aus der Fraktion aufs entschiedenste dementiert. Kein einziges Mitglied der Fraktion denke an den Ausschluß Korsantchs, dessen Aufnahme übrigens keineswegs, wie berichtet wurde, mit geringer Mehrheit erfolgte.

Eine Interpellation im Abgeordnetenhause betreffend die Abänderung des Namens der Stadt Inowrazlaw in Posen wird von polnischer Seite angekündigt.

Die Bekämpfung des Mädchenhandels.

Aus München schreibt man uns noch zu der Konferenz: Im großen Rathsaussaale in München hatte sich am Mittwoch eine Reihe von Damen und Herren aus den sogenannten „besten Gesellschaftskreisen“ versammelt, um über Mittel zur Bekämpfung des Mädchenhandels zu beraten. Gewiß: ein löbliches Vorhaben, aber, um es gleich zu sagen, viel ist dabei nicht herausgekommen. Und wenn die Mädchenhändler, zu denen ja die geistlichen und gewandten Subjekte gehören, die Berichte über die Verhandlungen nachlesen, so werden sie sich gewiß freuen über die naiven Ansichten, die in bezug auf die Prostitution im allgemeinen und den Mädchenhandel im besonderen von verschiedenen Teilnehmern zum besten gegeben wurden. Ein nicht geringer Teil der Herrschaften betradt diese Fragen ganz vom belananten Standpunkt unserer „Sittlichkeitsmänner“ aus, von jenem Standpunkt, den seinerzeit ein bekannter protestantischer Geistlicher mit den Worten präzisierete: „Nicht jede Gefallene gehört ins Gefängnis oder in den Arbeitshaus!“ Von verschiedenen Seiten wurde betont, man müsse überall die Aufhebung der Bordelle verlangen, dann werde auch dem Mädchenhandel der Boden entzogen sein. Ganz schön. Aber einstweilen hat man es in Deutschland noch nicht einmal fertig gebracht, die Polizei überall von der Entbehrlichkeit der Bordelle zu überzeugen. Und mit der Beseitigung der öffentlichen Häuser in den Vorkriegsländern, in gewissen überseeischen Ländern, wird es erst recht noch gute Weile haben. Sehr treffend wurde von einem Teilnehmer in der Vorbesprechung auf die furchtliche in der sozialdemokratischen Presse besprochenen schmachvollen Zustände in den jerbischen Bordellen verwiesen und auf die Tatsache, daß die sogenannten Kulturmächte nicht einmal hier einschreiten wagen.

Solange wir in einer Gesellschaftsordnung leben, die naturnotwendig auch die Prostitution erzeugt, so lange werden auch die damit verbundenen Bekämpfungsbemühungen nicht völlig auszureichen sein. Wenn aber unter den jetzigen Zuständen in Deutschland nicht erfolgreicher gegen den Mädchenhandel vorgegangen werden kann, so liegt die Schuld in einem Moment, das auch bei den Münchener Verhandlungen wiederholt gestreift und namentlich durch die naive Erzählung einer Dame beleuchtet wurde. Diese Dame schilderte die Leistungen der sogenannten Bahnhofsmiffion und erzählte, wie in Wien einige Damen mit großem Aufwand vermeintlicher Schaulust einem holländischen Mädchenhändler, der ein Mädchen verschleppen wollte, in eine Schlinge gelockt haben. Der Dursche ließ sich auch ruhig fangen, trug aber schließlich wieder freigelassen werden, weil er eben doch schauer war wie die Damen und die Mafchen der deutschen Geschehe genau kannte; man konnte ihn nicht nachweisen, daß er kein Opfer in ein Bordell schleppen wollte. Auch von anderer Seite wurde darüber gesagt, daß man deutschen Vermittlern oft nichts anhaben kann, weil sie einfach behaupten, sie hätten nicht gewußt, daß ihre Auftraggeber Besitzer schlechter Häuser seien. Man forderte deshalb, daß den Stellenermittlern mindestens auf administrativem Wege vorgeschrieben werde, bei Vermittlungen nach dem Auslande genaue Erhebungen einzuziehen.

In einem interessanten Vortrage betrat der frühere Unterstaatssekretär und jetzige Münchener Professor v. Marx die Forderung nach einer besseren Ausgestaltung der Statistik über die Prostitution; dadurch werde es gelingen, die Ursachen der Prostitution und wahrscheinlich auch die Häden des Mädchenhandels blozulegen. Marx will, daß bei dieser Statistik besonders die Polizei- und Justizbehörden mitwirken sollen, es solle ein förmliches Kataster der Prostitution angelegt werden. Der Münchener Schriftsteller Dr. Viktor Reumann wandte dagegen ein, den Behörden werde es gar nicht einfallen, bei einer solchen Statistik mitzuwirken, weil sie nicht wünschen, daß die Tatsachen der Leffentlichkeit so bekannt werden; nicht einmal das schon vorhandene Material (das der Berliner Polizei z. B. solle vorzüglich sein) sei zu haben. Man solle sich deshalb zunächst mit Stichproben begnügen und zu deren Aufnahme Frauenärzte und die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen heranziehen.

Große praktische Erfolge werden die verschiedenen Komitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels kaum erzielen, dazu fehlen ihnen einige notwendige Eigenschaften, vor allem jede organisatorische Fähigkeit und die Energie, die nötig ist, um gefahle Verhältnisse in die Tat umzusetzen. Es wurde z. B. lebhaft darüber gesagt, daß ein großer Teil der früher gefassten Beschlüsse einfach unter den Tisch gefallen sei. Bezeichnend ist es auch, daß das deutsche Nationalkomitee, an dessen Spitze ein vierfacher Millionär steht, Herr v. Dirlsen, nicht mehr als 4-5000 Mark pro Jahr an haren Mitteln aufbringt. Man hofft, durch die Umwandlung der losen Organisationsform von Komitees in eine richtige Vereinsorganisation auch größere Mittel zu gewinnen. Diese Umwandlung soll im nächsten Jahre in Bremen erfolgen. Herr v. Dirlsen bemerkte, es habe ursprünglich die Absicht bestanden, nächstes Jahr nach Hamburg zu gehen, aber aus Gründen, die er nicht näher erläutern wollte, sei man von diesem Plane wieder abgekommen.

An der Konferenz nahm auch der Vorstand der Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung des Mädchenhandels, Kriminalkommissar

h. Treckow, Berlin teil, der über die Organisation und die Tätigkeit dieser Behörde einige Mitteilungen machte. Wir wollen hoffen, daß die Zentralstelle eine recht erfolgreiche Tätigkeit entwickeln möge. Auffällig ist es immerhin, daß Herr v. Treckow hat, man möge die Stelle mit unnötigen Anträgen verschonen, weil jede Nachherde so viel Arbeit mache.

Kauf, Sell und — höhere Mächte.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Seit fünf Winterhalbjahren veranstaltete der hiesige sozialdemokratische Verein Volksvorstellungen für die Arbeiter, die im Thalia-Theater von dem Personal der Breslauer vereinigte Theater aufgeführt wurden. Tausenden von Proletariern ist dadurch zu billigen Preisen die Bekanntheit mit den Werken der modernen und der klassischen Literatur vermittelt worden. Denn die am Sonntag-nachmittagen veranstalteten Vorstellungen wurden zum Preise von 20-30 Pf. pro Sitzplatz berechnet und fanden mit ganz wenigen Ausnahmen vor ausverkauftem Hause statt. Etwa 60 Vorstellungen mit je 1200 bis 1300 Besuchern mögen in den letzten fünf Jahren stattgefunden haben und die Namen Schiller, Lessing, Schopenhauer lehrten ebenso regelmäßig wieder wie Hauptmann, Ibsen, Holle, Hartleben und Gorki. Zwar zu den „Wesern“ hatten sich die Breslauer Genossen nie verhalten, über dieses revolutionäre Stück ist seit zehn Jahren der große Baum verhängt worden. Da sich das ganze Breslauer Bürgertum diese Zensur widerprüchelos gefallen ließ, konnte auch die Arbeiterklasse dagegen nichts tun. Es sollte aber noch helfen können. Vor mehreren Jahren hegte bereits der sonst so heifer-fremdliche schlesische Salsstein, die „Schlesische Zeitung“ gegen das große Wert der Volksbildung, das die Breslauer Arbeiter unter Aufwendung von mancherlei Mühen berichteten. Doch ließ sich die Direktion damals nicht irre kriegen, und da die öffentlichen Beschimpfungen der „Schlesischen Zeitung“ nichts halfen, verlegten sich gewisse Kreise auf die Taktik der Nabelstiche. Als der sozialdemokratische Verein unter anderen zur Ausführung bestimmten Stücken den „Viberpelz“ von Hauptmann auswählte, wurde derselbe anfangs zugelegt, später aber zog die Direktion die Fassung wieder zurück. Auf die Anfrage nach den Gründen erhielt der Vorstand nur unvollkommene Antworten. In dem Stücke würden preussische Amtspersonen verächtlich gemacht und es werde an gewisser Stelle nicht gern gesehen, wenn dieses Stück vor dem sozialdemokratischen Verein zur Ausführung gelangt. „Sie, meine Herren“, meinte Direktor Löwe, „kann man mit den Schanden nicht erziehen, der mir eventuell durch einen Vorstoß durchs Militär und die „höheren“ Gesellschaftskreise entsteht.“ Um das gute Werk nicht scheitern zu lassen, sagten sich die Genossen damals in die terroristische Zensur. Es sollte bei diesem ersten Versuch jedoch nicht bleiben. Kurz vor Schluß der Saison 1903/04 hatte auf dem allgemeinen Repertoire „Die Hoffnung auf Segen“ von Heisermann gestanden, der sozialdemokratische Verein beanspruchte auch dieses Stück und wußte die gleichen Erfahrungen machen wie beim „Viberpelz“. Auch diesmal war „ein Druck von außen“ auf den Direktor ausgeübt worden, damit dieses revolutionäre Stück den Notizen nicht vor Augen kam. Schließlich brachte am gestrigen Freitag eine neue Zensur das Maß zum Überlaufen. Der „Japanfreis“ von Bayerlein ist in Dresden jetzt 6mal vor dem hiesigen Publikum aufgeführt worden. Auch der „Humboldtverein“ fürs bessere Volk erhielt daselbst für seine Vorstellungen. Dem sozialdemokratischen Verein war das Militärstück für Sonntag, den 6. November 1904 zugelegt; wie die Theaterpläne aufweisen, standen Proben und Vorstellung im Repertoire eingetragen. Freitagabend plötzlich erscheint der belannte „Druck“ auf den Direktor — leider läßt sich der Herr nicht näher über die Herkunft des Druckes aus, doch weiß die Breslauer Arbeiterklasse, woran sie ist — und auch der „Japanfreis“ wurde abgestrichen!

Da die Breslauer Genossen nicht daran denken, sich die entwürdigende Bevormundung noch länger gefallen zu lassen, so ist es den ausgemachten Freunden der Arbeiterklasse gelungen, ein Werk der Volksbildung zu zerhacken! Kultur in Deutschland!

Ausland.

Frankreich.

Ueber den Verlauf der gestrigen Kammer Sitzung.

Speziell das Eingreifen von Jaurès, ist noch nachzutragen: Jaurès eilt nun dem Ministerium zu Hilfe. Er ist der einzige, der die Situation vielleicht noch retten kann, und auch der einzige, dessen gewaltiges Organ den ungeheuren Lärm zu überdönen vermag. Er ruft der Linken zu: „Denken Sie an jene tragischen Tage, in denen Vörsorianer inmitten der Arme einen Staatsstreik vorbereiteten. Ein Wind des Wahnsinns und der Feigheit wehte in jenen Tagen über die republikanischen Parteien hin, und die Republik glitt in den Abgrund.“ Er erinnert die Kammer, wie sie einst an die gefälligten Dokumente Henrys geglaubt habe, und rufft aus: „Heute will man nun, daß die Kammer auf Dokumente hin eine Entscheidung treffe, deren Originale sie nicht gesehen und die durch Verrat ausgeliefert oder gestohlen sind.“ Er erwähnt das nationale Attentat von Anteuil, die fünfjährige Arbeit der Republikaner, um die Republik wieder zu festigen; dann sagt er zur Linken: „Jetzt will man, daß sie wieder in das Chaos hinabgleite. Sie wissen wohl, was nach einem feindlichen Votum sich morgen begeben wird. Man will nicht nur tadelndwertigen Polizeigewohnheiten ein Ende setzen, sondern auch der Wahrsamkeit der republikanischen Regierung.“

Jeder der mit Recht in den Saal geschleuderten Sähe wird von der Linken mit tobendem Beifall begleitet. Als Jaurès die Tribüne verläßt, bringt ihm die Linke eine Ovation dar.

André erklärt, daß er nur die Tagesordnung Majan annehme. Diese Tagesordnung mißbilligt die Vorkommnisse in der Arme, spricht aber zugleich das Vertrauen aus, daß der Kriegsminister die nötigen Maßregeln ergreifen werde.

Es erfolgte darauf die bereits gestern mitgeteilte Abstimmung.

Paris, 29. Oktober. Die Blätter kommentieren die gestrige Kammer Sitzung in längeren Artikeln. „Matin“ sagt: Der Sturm der Enttäuschung hat all die Schande, die Infamie und die Falschheit, welche eine Hand voll Epitel, die aus Versehen die Uniform französischer Offiziere tragen, langsam aber sicher in den Bureaus des Kriegsministeriums gesammelt hatte, weggefegt. Es bleibt jetzt nur noch zuzusehen, daß nichts aus den Trümmern gerettet wird, denn dann würde ein neuer Sturm wegsetzen, was gestern gut gemacht wurde. — „Petite Republique“ schreibt: André wird seine Pflicht erkennen, die auf einen Staatsstreik gerichteten Bestrebungen niederzukämpfen, er möge sich dabei nicht beeinflussen lassen, sondern kräftig gegen den Feind vorgehen. — „Action“ meint: Ministerien vergehen, aber die Freimaurerei bleibt bestehen; ihre Existenz ist mit derjenigen der Republik eng verbunden. Als Freunde der Freimaurerei jahret fort, die Alexikalen zu kontrollieren, weil dies ihnen lieb ist. — „Echo de Paris“ sagt, man könne behaupten, daß der Kriegsminister aus den gestrigen Beratungen tödlich getroffen hervor gegangen ist. Die Verantwortlichkeit für das monströse Werk, dessen Opfer die Arme geworden, falle auf den Ministerpräsidenten zurück.

Paris, 29. Oktober. Nach der Kammer Sitzung wurde mitgeteilt, daß der Kriegsminister André angesichts der geringen Mehrheit, womit die Tagesordnung angenommen wurde, seine Demission einzureichen beabsichtige. Der Abgeordnete für Marseille, Vertaus, der Verichterstatler für das Budget war, soll als Nachfolger aus-

ersehen sein. Während der Beratung der Tagesordnung hatten sich die Minister zu einer Sitzung zusammengefunden und beschloffen, sich mit André solidarisch zu erklären. Kurz vor Bekanntwerden der Abstimmung hatte sich das Gerücht verbreitet, dieselbe werde eine Mehrheit von 6 Stimmen für das Kabinett ergeben. André verfasste sofort sein Demissionsgesuch, um es der Kammer zu stellen. Mehrere Mitglieder der Kammermajorität beschloffen in diesem Falle der Kammer ein Vertrauensvotum zugeben zu lassen. Durch das Resultat der Abstimmung waren aber beide Absichten zwecklos. Die Kammer Sitzung dauerte bis 10 Uhr. —

Dänemark.

Ein Nachschub russischer Kriegsschiffe, ein kleines Eskadron von Torpedojägern, soll in den nächsten Tagen die dänischen Fahrwasser passieren. — Das Torpedoboot „Narbalen“ liegt draußen in Luftboothafen darat und soll die russischen Kriegsschiffe bis nach Slagen begleiten“, schreibt „Sozial-Demokraten“, „aber laim darüber hinaus keine Garantie für die friedlichen Segler übernehmen, die zufällig in die Nähe der Russen kommen. — Ob es darum nicht am Plage wäre, einen Tag, bevor die russischen Schiffe in unseren Fahrwassern zu erwarten sind, eine offizielle Kundgebung zu erlassen, damit friedliche Schiffer ihr Leben und Eigentum in Sicherheit bringen können?“ —

Rußland.

Aus Rußisch-Polen.

Dem russophilen und hochkonservativen „Dziennik Paganosti“, der sonst an den politischen Zuständen des Zarenreichs nicht viel auszusuchen hat, wird von seinem Warschauer Korrespondenten aus Anlaß der jüngsten Einberufung der Reservisten in Rußisch-Polen geschrieben:

Die allgemeine Stimmung hat sich längst, trotz der künstlichen, von der Presse unterrichteten Auffassung, eine Meinung über den unglücklichen, mörderischen Krieg gebildet. Aufrufe wie: „man schickt sie zur Schlachtbank!“ vermengen sich mit dem andern: „wozu brauchen wir denn die Mandchurien?“ Der Unwille und die Furcht, nach den Schlachtfeldern geschickt zu werden, wachsen immer mehr. Die ganze Grenzzone wimmelt von Defektoren. Gleichzeitig mit den larmenden Verichten über enthusiastische Hurzarufe, mit denen man den Zaren bei der Revue der nach dem fernem Osten bestimmten Truppen empfangen und begleitet haben soll, lesen wir die damit gar zu schlecht übereinstimmenden polizeilichen Verordnungen der Grenzbehörden, die eine Geldbelohnung für die Aufführung der Schmuggler aussetzen, die sich mit dem Transport von Defektoren nach dem Auslande befassen. Alles zusammengenommen muß man zur Ueberzeugung gelangen, daß Rußland noch niemals bis jetzt nicht nur einen so unglücklichen, sondern zugleich auch einen demoralisierenden unpopulären Krieg geführt hatte. Desto schlimmer ist es, denn diese Unpopularität ist bis in die Tiefen, bis in die Unterstufen gedungen und hat sich Spähren bemächtigt, die vorher stets blinden Gehorsam den Zarenbefehlen gegenüber bezeugten, ohne sich über deren Wesen klar zu werden und aufzuheben.

Wie sehr unwillig die Truppenteile in die Reihen zurück-zutreten und den Dienst tragen, immer in der Furcht, man könne sie morgen in die Schlachtetreiben, zeigt der folgende traurige Vorfall, der sich gestern auf dem Exercierplatz Bielany bei Warschau ereignete. Einem der Reservisten, die zu den gewöhnlichen Übungen herangezogen waren, hat der diensttunende Offizier einen Faustschlag unter das Kinn verfehlt, da die Haltung des Soldaten ihm nicht stramm genug war. Dieser — es soll ein Pole gewesen sein — antwortete sofort mit einer Ohrfeige. Der Offizier zog den Säbel, um den Widerpenfigen gehörig zu strafen, die anderen Reservisten stürzten sich aber auf ihn und auf die antwortenden Unteroffiziere und es entstand eine erbitterte Kellerei. Bald sind Linienmannschaften herbeigeeufen worden, die auch den bedängten Vorgesetzten mit aufgepflanztem Bajonett zur Hilfe eilten. Da die Reservisten auch ihre Gewehre und Bajonette bereits hatten, nahm man der Zusammenstoß einen blutigen Charakter an. Im Resultat haben auf beiden Seiten etwa 30 Mann leichte und schwere Verwundungen davongetragen, zwei sollen bereits ihren Verletzungen erliegen sein. — Trotzdem man kein Wort über den Vorfall drucken darf, hat sich die Kunde darüber, kommentiert in mannigfacher Weise, in der Stadt sofort verbreitet. Tatsache ist, daß das gestrige Ereignis heute in aller Munde ist, besonders in den Volkstreffen, und daß sein Wiederhall heute in allen Straßen und Winkeln Warschaws erschallt.

Was der obigen Korrespondenz besonders das Relief gibt, ist, daß ihr Verfasser sich in den Kreisen des russisch-polnischen Adels und der Großbourgeoisie bewegt, die in bezug auf hündische Gesinnung dem Absolutismus gegenüber zu den loyalsten unter den loyalen in Rußland gehören und ihre russischen Kollegen in der Speibelleiderei regelmäßig in den Schatten stellen. Der Mann ist auch am wenigsten zur Schwarzmalerei geneigt.

Der russisch-englische Konflikt

ist zurzeit in das Stadium des Waffenstillstandes getreten. Wie wir bereits gestern meldeten, hat Rußland den Rückzug angetreten. Es hat sich bereit erklärt, einen Teil seiner Flotte, nämlich denjenigen, der bei der Beschießung der englischen Fischerflotte beteiligt war, so lange in dem japanischen Hafen Wigo zurückzulassen, bis es nach beendeter Untersuchung des Falles England Genugthuung gegeben habe.

Darüber, in welcher Weise die Untersuchung vorgenommen werden soll, liegt völlige Klarheit noch nicht vor. Nach der Auffassung des „Berliner Tageblatts“ wird die Untersuchung durch eine internationale Kommission, wie sie in dem Artikel 9 der Haager Konvention vorgesehen ist, geführt werden. Sobald das Ergebnis dieser Untersuchungskommission vorliegt, werde ein Schiedsgericht gemäß Artikel 32 der Haager Konvention sein Urteil fällen. Diese Auffassung wird indes durch die Erklärungen des Premierministers Palfour durchaus nicht bestätigt, erklärte doch der englische Premierminister, daß Rußland angeordnet habe, daß die verantwortlichen Offiziere sowie diejenigen, die Zeugen der Vorgänge gewesen seien, nicht nach Ostasien gehen würden. Alle schuldig befundenen Personen würden verurteilt und angemessen bestraft werden. Danach kann von einem Schiedsgericht nicht die Rede sein, sondern nur von einer Untersuchungskommission, die lediglich festzustellen hat, in wie weit sich die Offiziere jenes Völlerrechtsbruches aktiv oder passiv schuldig gemacht haben, dessen sie von England geziehen werden. Rußland hat bereits zugesagt, daß diese schuldig befundenen Offiziere die Strafe der Zurückberufung nach Rußland und fernere angemessene Strafen treffen werde.

Nach alledem denkt also England gar nicht daran, die Sache auf die lange Bank zu schieben und gar das Haager Schiedsgericht mit der Schlichtung des Konfliktes zu betrauen. Es hat nur dorein gewilligt, daß Rußland Gelegenheit gegeben wird, sich von der Schuld seiner Offiziere zu überzeugen. Rußland selbst hat zudem das größte Interesse daran, daß die Angelegenheit nicht unnötig verzögert wird, da ja bis zur vollzogenen Sühne ein erheblicher Teil der russischen Flotte in Wigo zurückbleiben muß, wodurch die Ankunft des Geschwaders in Ostasien eine beträchtliche Verzögerung erfahren wird, und dies Geschwader hat doch gerade die Aufgabe, Port Arthur zu entsetzen! Jeder Tag Verzögerung aber bedeutet für Rußland einen unersehlichen Verlust. Es kann also gar keinen Zweifel unterliegen, daß England einen großen diplomatischen Erfolg über Rußland errungen, daß es Rußland seinen Willen aufgezwungen hat.

Partei-Nachrichten.

Reinigungsfall.

Das „Offenbacher Abendblatt“ entnimmt den „Rheinheffischen Blättern“ folgendes:

Erklärung und Dankagung der sozialdemokratischen Partei an ihre freisinnigen Wähler! Dasjenige, was unsere gegnerischen Parteien vorausgesagt, — es ist eingetroffen.

Verraten und verschädert, sind unsere beiden Kandidaten durchgefallen. Eine Partei, die prahlte, sie würde ungefähr 350 Stimmen aufbringen. Unsere Partei hat ungefähr 300 Stimmen umgeschrien abgegeben, wo blieben die freisinnigen Stimmen für uns?

Unsere Partei hat offen und ehrlich gelämpft, ist mithin auch ehrenvoll unterlegen.

Dieser freisinnigen Partei haben wir sogar geholfen, einen Kandidaten durchzubringen, welcher sich angemacht hat, von seinem Wahlsitz keinen Gebrauch zu machen.

„O prächtige Partei, wie bist du süß, wir wünschen dir Glück!“ Gleichzeitig sprechen wir diesem Eugen Richterschen System unseren besten Dank für diese gnädige Wahlunterstützung aus. Sollten Sie bei der nächsten Reichstagswahl wieder etwas Stimmwuch gebrauchten, so wenden Sie sich gefl. an unsere Adresse.

„Nache ist süß.“ Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei.

Es handelt sich um die Gemeindevahlen in Alzen, bei denen die dortigen Genossen ein Wahlbündnis mit den sogenannten freisinnigen eingegangen waren. Unsere Genossen in Alzen stellen sich durch dieses Bündnis nicht gerade ein Zeugnis besondrer politischer Klugheit aus. Indessen das ist wohl noch zu kurieren, und wie die Erklärung zeigt, sind die Genossen auf dem besten Wege, Kluger zu werden. Die Lehre, die ihnen der freisinnige Verrat erteilt, wird ihnen dann heilsam sein nicht bloß für die Beurteilung der Freisinnigen, sondern auch für die Beurteilung der Kompromisspolitik überhaupt. Und nicht nur den Alzener Genossen, sondern allen, die den Gewinn einiger Mandate höher anschlagen, als eine prinzipielle Agitation.

Diese vom Parteistandpunkte gebotene Beurteilung kann jedoch von allgemeinem politischen Gesichtspunkte nicht etwa das Verhalten der Freisinnigen entschuldigend oder auch nur in milderem Lichte erscheinen lassen. Die Freisinnigen haben sich hier aufs neue nicht nur als politische Panzerlappen erwiesen, sondern als wortbrüchige Verräter, die die Moral der Kravottenmacheri in die Politik unsetzen.

Ueber Parlamentarismus und Generalfreil sprach in Nürnberg Genosse Dr. Friedeberg aus Berlin vor einer von Lokalorganisierten Arbeitern einberufenen Versammlung, die von den Anhängern der lokalen Gewerkschaften fast vollständig besucht war, außerdem waren auch eine Anzahl Mitglieder von Zentralverbänden, christliche Gewerkschaftler und Hirsch-Dunkerianer anwesend, sowie Leute, die sonst nicht in die Versammlungen gehen und also wohl nur aus Neugierde gekommen waren. Friedeberg entwickelte dieselben Gedanken wie in seinem bekanntem, vor dem Amsterdamer Kongress zu Berlin gehaltenen Vortrag und empfahl eine Resolution, in der erwartet wird, daß die Partei die Frage des Generalfreils beachtet. Die Generalfreil-Agitation werde eine Zurückdrängung des Nur-Parlamentarismus, die von den Revisionisten immer mehr zur Abschwächung des Klassenkampfgedankens in der politischen Partei benutzt werde, und eine Vereinfachung des überwuchernden Neutralitätsgedankens innerhalb der Gewerkschaften, die heute ihre ausschließliche Aufgabe in der Verbesserung des Arbeitsvertrages sehen und völlig zu verlassen drohen, als wertvolle Folge haben. — Eine Reihe von Rednern trat Friedeberg entgegen und Genosse Dr. Braun brachte eine Resolution ein, die sich mit den Ausführungen Friedebergs nicht einverstanden erklärt und die Ueberzeugung ausspricht, daß die von der Partei und den Gewerkschaften bisher eingeschlagenen Wege das Proletariat zu seinem Ziele führen und daß bei unermüdlichem Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen die Arbeiterklasse in der entscheidenden Stunde die geeigneten Mittel finden und anwenden wird, um an die Stelle der kapitalistischen Ordnung die sozialistische zu setzen. Nach einer langen lebhaften Debatte, an deren Schluß Friedeberg seinen Standpunkt energisch verteidigte, wurde die Friedebergsche Resolution mit einer knappen Mehrheit, die zudem noch verschiedentlich angezweifelt wird, angenommen.

Lebensliste der Partei. Der „Alte vom Berge“ wurde ein im Meininger Lande wohlbekannter Genosse, Heinrich Greiner in Sonneberg, genannt, der dort jetzt gestorben ist. Er war der Mitbegründer der Partei im Meiningerischen. Zum letztenmal trat er in die Öffentlichkeit nach dem Wahlsiege von 1903, um den der Siegeshochzeiten harrenden Genossen Sonnebergs aus der Kindheit der Partei zu erzählen, auf daß ihnen die Bedeutung des Erreichten recht zum Bewußtsein käme. Greiner war der erste sozialdemokratische Stadtverordnete in Meiningen, der Mitte der siebziger Jahre in Sonneberg gewählt wurde.

Aus Industrie und Handel.

Neue Zechenstilllegungen. Auf der zur Stilllegung verurteilten Zeche „Louise Tiefbau“ ist den Bergarbeitern unter der Hand dringend angetragen worden, sich um andere Arbeit zu bemühen. Man will jedenfalls am nächsten Kündigungstage sagen können, es hätten freiwillig bereits so viele Arbeiter der Zeche den Rücken gefehert, daß man mit dem Betrieb nicht mehr ausreicht erhalten könne. Derartige Umwege werden jetzt von den Zechen mit Vorliebe benutzt. Höchst wahrscheinlich wird es bei der Stilllegung von „Louise Tiefbau“ nicht bleiben. Den Zechen „Glückauf Tiefbau“ und „Kaiser Friedrich“ in Hombruch steht das gleiche Schicksal bevor. Es wird behauptet, durch Stilllegung von „Louise Tiefbau“ müßten die dort bisher gehobenen Grubenwässer nun auf den beiden anderen Zechen mit gehoben werden. Das aber werde die Selbstkosten derart erhöhen, daß der Betrieb unrentabel werde; außerdem seien Wasserdurchbrüche zu befürchten. Demnach darf man darauf rechnen, daß die Stilllegung der genannten Zechen beschlossene Sache ist. Jurgelt arbeiten auf „Kaiser Friedrich“ und „Glückauf Tiefbau“ noch circa 2400 Mann. Mit der Stilllegung dieser beiden Zechen würde dem aufblühenden Hombruch die wirtschaftliche Lebensader unterbunden.

Zur Beschäftigung der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie wird uns aus Essen geschrieben: Während die reinen Verarbeitungswerke in der Eisenindustrie unter der Konjunktur der kombinierten Werke und der Preispolitik der Kartelle meist an Arbeitsmangel leiden, sind die kombinierten Werke durchgängig gut beschäftigt, und das ist bei der Praxis in der rheinisch-westfälischen Großindustrie gleichbedeutend mit Ueberzeitarbeit, fast überall hat man regelmäßige Ueberzeitarbeit eingeführt, teilweise wird bis 8 oder 9 Uhr, teilweise auch bis nachts 11 oder 12 Uhr gearbeitet. Für die Arbeiter wird diese Regel oft durch das andere Extrem unterbrochen: der Ueberzeitarbeit folgt — Arbeitslosigkeit. Wenn in einem Betriebe Ueberlastungen gemacht werden, erfolgen in anderen Betrieben desselben Betriebes Kündigungen. Bis vor 8 Tagen wurden z. B. in einem Betriebe der Union in Dortmund noch jeden Abend Ueberstunden gemacht, jetzt kündigt man Leute — wegen Arbeitsmangel! So gehts überall, heute Ueberlastung, morgen arbeitslos! —

Der Montantrust Gelsenkirchen-Schalker-Rothener Erde. Nachdem sich jüngst die Generalversammlung des Racherer Hütten-Aktienvereins zu Nothe Erde für die Vereinigung mit dem Schalker Gruben- und Hüttenverein und der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft entschieden hat, haben nun auch die Generalversammlungen dieser beiden letztgenannten Gesellschaften, wie von vornherein als sicher galt, ihre Zustimmung erteilt. In der Generalversammlung des Schalker Vereins, die vorgestern in Essen abgehalten wurde, hielt Herr August Thissen, der Vater des Vereinigungsvertrages, eine Ansprache, die zwar an sich recht unbedeutend ist, aber infolge auf einiges Interesse Anspruch machen kann, als sie sich gegen die offiziellen Mitteilungen aus dem Wälderischen Kabinett richtete. Herr Thissen meinte: „Es war seit langen Jahren der Wunsch des Schalker Vereins, sich mit der Gelsenkirchener Gesellschaft zu vereinigen, teils weil unsere Hochofenanlage in Gelsenkirchen auf dem Felde der Zeche „Alma“ (Gelsenk. Bergw.-A.-G.) liegt, teils weil verschiedene Gründe, z. B. die Nachbarschaft der beiden Gesellschaften gehörenden Zechen eine Vereinigung als wünschenswert erscheinen lassen. Der Schwerpunkt der Interessengemeinschaft, oder sagen wir besser Fusion, ist darin zu suchen, daß für den Schalker Verein eine breitere Basis notwendig ist. Die Industrie wird immer mehr darauf angewiesen sein, ihre Produktion durch den Export an den Markt zu bringen. Mit Hilfe der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, die bekanntlich über die beste und reinste Kohle und über vorzüglichen Roheisenerz verfügt, glaubt der Schalker Verein in Verbindung mit dem Racherer Hüttenverein diesen Zweck möglichst erreichen zu können. Es ist daher nicht für die betreffenden Personen eine Nachfrage, wie es ja leider an hoher Stelle angedeutet ist, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. Es ist eine Frage von großer Interesse für die Beteiligten, diese Fusion zu schließen, um der deutschen Industrie sichere und größere Absatzwege zu schaffen, wie es bisher der Fall gewesen ist.“

Die Generalversammlung der Gelsenkirchener Gesellschaft genehmigte ebenfalls einstimmig den Vereinigungsvertrag. Sodann wurde der Vorstand zum Abschluß eines Gemeinschaftsvertrages mit den beiden genannten Gesellschaften und zum Erwerb von mindestens 75 Proz. des Aktienkapitals beider ermächtigt und das Grundkapital der Gesellschaft bis zum Betrage von höchstens 110 Millionen Mark erhöht.

Der Teeant in Ostindien erlangt eine immer größere Bedeutung, da der ausgiebigere stärkere ostindische Tee vielfach dem mildereren chinesischen Tee vorgezogen wird. Am Schluß des Jahres 1903 waren über 524 827 Acre mit Tee in Indien bepflanzt, wovon nahezu 1/2 auf die Täler des Brahmaputra und Surma entfielen. In Bengalen war das unter Teekultur stehende Land 135 056 Acre groß, d. h. 25,9 Proz. des gesamten Areals. Es entfielen somit neun Zehntel der in Indien mit Teekulturen besetzten Fläche auf die beiden Provinzen Assam und Bengalen.

Während die Teeländerien seit 1885 an Umfang um 85 Proz. zugenommen haben, ist die Produktion um 103 Proz. gestiegen. Für das Jahr 1903 wird die Teeernte auf 208,7 Millionen engl. Pfund (zirka 188 Millionen deutsche Pfund) angegeben, d. h. 20 Millionen Pfund oder 11 Proz. mehr als im Vorjahr.

Soziales.

Zum Frankfurter Wohnungskongress.

Im Gewerkschaftskartell in Frankfurt a. M. verhandelte man in der letzten Sitzung über den Wohnungskongress. Das Kartellmitglied Genosse Elbert ist Delegierter des Kartells im Verein Reichs-Wohnungsgesetz und das Resultat der Verhandlung war, wie gleich vorweg mitgeteilt sei, der Beschluß, die Delegation zum Verein Reichs-Wohnungsgesetz zurückzuziehen.

Genosse Elbert teilte, um die Teilnahme verschiedener Genossen an dem Kongress zu erklären, einiges über dessen Vorbereitung mit.

Der Kongress, so sagte Elbert, sollte eigentlich schon im ersten Jahre der Gründung des Vereins Reichs-Wohnungsgesetz stattfinden. Aber es kam nicht dazu. Die etwas radikalen Thesen, die man bei Gründung des Vereins Reichs-Wohnungsgesetz aufstellte und die uns eigentlich veranlaßten, dem Verein beizutreten, wurden bald aufgegeben, und der Verein verlor mehr und mehr. Ich kam sehr bald zu der Ueberzeugung, daß bei dieser ganzen Veranstaltung nicht viel herauskommen würde. In den Vorstand- und Vereins-sitzungen wurden fast nur rein geschäftliche Angelegenheiten in der bei bürgerlichen Vereinen üblichen Weise erledigt. Einer prinzipiellen Auseinandersetzung über die Stellung des Vereins zu den sozialen Fragen und Aufgaben der Gegenwart ging man gänzlich aus dem Wege. So war die Tätigkeit des Vereins Reichs-Wohnungsgesetz von Anfang an eine höchst unfruchtbare, wenn man von den paar Broschüren abliest, die er herausgegeben hat. Später hat der Verein seinen Namen geändert in „Deutscher Verein für Reichs-Wohnungsreform“. Um ihm noch einen hin eine bessere Note zu geben, wurde ein Hauptausfluß von 75 Mitgliedern gebildet. In einer dieser Versammlungen des Hauptausflußes hielt einmal Herr Dr. E. Cahn einen Vortrag über den preussischen Wohnungsgesetzentwurf. Dieser Vortrag war sozusagen die Overtüre zu dem Wohnungskongress und zeigte schon, daß man von demselben nicht viel zu hoffen hatte. Cahns Vortrag klang in einem Lob des Entwurfes aus. Als wir diesen verkehrten Standpunkt kritisierten, hieß es, der Vortrag sei eine ganz private Meinungsäußerung des Herrn Cahn gewesen. Dann wurde der längst geplante Wohnungskongress einberufen. Es wurde neben dem engeren Vorstande ein sogenannter Organisations-ausschuß von 120 Mann gebildet, der mit der Zeit auf über 200 Personen aller Klassen und Berufsstände angewachsen ist. Zu organisieren freilich hatte dieser Organisationsausschuß so wenig wie der Vorstand; sie bildeten bloß Dekoration. Die ganzen vorbereitenden Organisationsarbeiten sind von dem Generalsekretär des Vereins, Herrn Dr. v. Mangoldt, und einigen anderen Personen ausgeführt worden, ohne die größere Korporation zu fragen. Man wird sagen: Ja, warum habt Ihr denn nicht dagegen opponiert? Darauf antwortete ich: Erstens hielt ich die ganze Sache überhaupt nicht so wichtig, und zweitens hatten wir auch gar keine Gelegenheit dazu. Denn der Organisationsausfluß wurde ja gar nicht einberufen. Zurücktreten von der ganzen Veranstaltung hatten wir keine Veranlassung, da wir uns sagten, es wird uns nicht wehe tun, wenn wir mitmachen; warten wir einmal das Resultat des Kongresses ab. Daß dann die ganze Sache in sich zusammenfallen würde, davon war ich fest überzeugt, denn bei allen derartigen bürgerlichen Veranstaltungen kommt nichts heraus, so ehrlich es auch einzelne Personen damit meinen mögen, weil es den Leuten an der nötigen Energie fehlt.

Das einzig Erfreuliche des ganzen Kongresses ist, daß er uns wieder mal gezeigt hat, daß die Arbeiter von diesen bürgerlichen Politikern nichts zu erwarten haben. Zu dieser Auffassung sind jetzt auch Kampfmeyer, Südekum und andere Genossen gekommen. Ich selbst lehne es ab, fernere Delegierter des Kartells im Verein Reichs-Wohnungsgesetz zu sein und möchte Sie bitten, überhaupt von jeder Delegation in diesem Verein abzusehen. Es kommt nichts dabei heraus für uns.

Es ist ja am Ende kein Schade, wenn „wieder mal“ gezeigt wird, daß Arbeiter von den bürgerlichen Wohlfahrtspolitikern nichts zu erwarten haben, aber abgesehen davon, daß diese interessante Feststellung in ihrer ewigen Wiederholung keinen allzu großen Wert hat, so wäre das Resultat auch ohne die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Veranstaltung herausgekommen. Wir empfinden es immerhin peinlich, daß Parteigenossen an der Organisation eines Unternehmens beteiligt waren, das so käuflich verlaufen ist.

War aber für die beteiligten Genossen die Lehre des Wohnungskongresses erst notwendig zu der Erkenntnis, daß die bürgerlichen Sozialpolitiker nichts für die Arbeiter leisten können, dann mag der Kongress immerhin nützlich geübt haben, besonders wenn die Lehre nachhaltig ist.

In der Diskussion, die sich an Elberts Mitteilungen anschloß, meinte — unter andern Genossen Quard, daß er es für ratsam gehalten hätte, wenn die betreffenden Genossen vor ihrer Teilnahme an dem Kongresse Prüfung mit den Parteiorganisationen genommen hätten. Wenn man sich schon an dem Kongresse beteiligt hätte, dann hätte diese Beteiligung durch die Gewerkschaften organisiert werden müssen, um wirksamen Einfluß auf dem Kongress zu gewinnen. Nur auf diese Weise kann aus derartigen bürgerlichen Veranstaltungen etwas Ruhbringendes für die Arbeiterklasse herausgeschlagen werden.

Wir sind nicht der Meinung, daß auf solche Weise etwas Besseres für die Arbeiter herausgekommen wäre. Hätten die organisierten Arbeiter so viel Einfluß auf dem Kongress gewonnen, daß er radikale Beschlüsse gefaßt hätte, so wären es eben die Beschlüsse der organisierten Arbeiter, aber nicht die Beschlüsse der bürgerlichen Sozialpolitiker, und erst recht nicht deren Taten gewesen. Und die bürgerlichen Sozialpolitiker müßten noch so guten Willen haben, was nützte es den Arbeitern? Repräsentieren sie denn irgend eine reale Macht? Wenn wir auch die allmächtige Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Sozialpolitiker, also ihre geistige Macht, noch so hoch anschlagen, so können wir uns doch darüber nicht täuschen, daß mindestens gegenwärtig ihre Wirkung auf die politischen Machtverhältnisse in Deutschland unmerkbar klein ist.

Also: wenn die Arbeiter für notwendig halten, ihre Forderungen öffentlich zu formulieren, dann brauchen sie wahrhaftig nicht den Umweg der Beeinflussung einer Veranstaltung bürgerlicher Sozialreformer zu wählen. Sie können das einfachere und wirksamere auf ihren eigenen Kongressen.

Unterdes lassen wir die bürgerlichen Sozialreformer ihres Weges gehen. Wir wollen ihnen keine Steine in den Weg legen, aber wir verlassen uns einzig und allein auf uns selber.

Das „Anreihen“ (Anlocken von Kunden auf der Straße) kann polizeilich verboten werden. In vielen Städten ist durch Polizeiverordnung verboten, auf dem Bürgersteige vor dem Geschäftslokal oder auf dem Straßenkörper in der Nähe des Geschäftslokals Kunden anzulocken. In einem Strafprozeß gegen den Kommis Hoffmann in Kührort, der zur Verurteilung Hoffmanns wegen Anreihens führte, sprach der erste Strafsenat des Kammergerichts die Gültigkeit der Verordnung aus, indem er davon ausging, daß jene Vorschrift ihre Stütze im § 5b des Polizeiverwaltungs-Gesetzes finde. Dieser rechnet zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften die Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Straße. Wenn Leute auf der Straße angehalten würden, zu laufen oder ein bestimmtes Geschäftslokal zu betreten, so könnte leicht ein Aufruhr entstehen und es löse zu Störungen des Verkehrs kommen. Aber auch die in der Gewerbeordnung geordnete Gewerbefreiheit werde nicht verletzt, denn es handele sich bei jenem Anreiherverbot nicht um eine Beschränkung der Gewerbefreiheit, sondern nur um eine durchaus zulässige Regelung der Ausübung des Gewerbes.

Gewerkschaftliches.

Einsichtig.

„Bestellen Sie zur Probe auf ein Vierteljahr für Ihre Arbeiter 10, 20, 30, 50, 100 Exemplare der reichhaltigen und instruktiven Wochenschrift „Das deutsche Volksblatt für Stadt und Land.“

So lautet die Einleitung eines Prospektes, den die „Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer beigelegt hat.

Der Prospekt enthält dann noch eine ganze Reihe netter Bilderchen. Zwischen Prinzen und Prinzessinnen, Straußenfedern und Herdemöden sehen wir auch: „Die Sommerwohnung eines Sozialistenführers. Villa Debel am Züricher See.“ Alles Illustrationen aus dem empfohlenen trefflichen Blatt.

Es hat uns recht gefreut zu sehen, daß unser wackerer Debel, dem die deutschen Arbeiter wegen ihrer elenden Lage aus ihren Groschen einen so wohlverdienten Erholungsstift wachhaftig nicht schaffen konnten, dies als erfolgreicher Scheitler selber tun konnte; wenn auch sein Landstift leider lange nicht an den so manchen bürgerlichen Postenreichtums heranreicht. Gefreut hätte es uns noch mehr, wenn auch der prächtige Karl des Ruchburgumbüchlers, den der Photograph der Villa Debel durch geschickte Stellung der Camera hinzugelogen hat, unserem Alten wirklich gehörte.

Wir finden aber die Auswahl der Illustrationen für ein Blatt zur Belehrung der Arbeiter recht einseitig ausgewählt. Neben die „Villa“ Debel gehörten doch als Gegenstück die Hütten, in denen die Krupp, Thyssen, Gansel, Bilim usw. kümmerlich ihr Leben fristen müssen. Verteilten die Auftraggeber der „Arbeitgeber-Zeitung“ an ihre Leute solche Illustrationen des Unternehmervelends, dann hätten wir im kommenden Jahre sicherlich eine Anzahl Streiks, in denen die Arbeiter zum Besten des Unternehmervelends Lohnherabsetzungen und Arbeitszeit-Verlängerungen verlangten!

Warum also so einseitig?

Berlin una Umgegend.

Rechtliche Argumente gegen Streikposten.

Bisher wurden fast immer Kläffchen auf die öffentliche Ordnung und die Sicherheit des Verkehrs vorgeschickt, wenn Polizeibeamte streikpostensiehende Arbeiter von der Straße wegweisen. Neu ist es jedenfalls, daß auch die ähnerliche Erscheinung der Arbeiter als Grund geltend gemacht wird, ihnen das Streikpostensiehe zu unterlegen. Die in der Französischenstraße belegene Abteilung der Möbelfabrik von Blaff wird, seitdem dort sämtliche Tischler als Antwort auf die Anweisung die Arbeit niedergelegt haben, von den Streikenden natürlich beobachtet. Selbstverständlich haben die Streikposten nicht ihr Festtagsgewand angelegt, und so sieht ihr Keuheres begreiflicherweise von dem Ansichten des in jener Stadtgegend verkehrenden Publikums erheblich ab. Dem ästhetisch geschulten Auge eines Schupmannes fiel das auf. Er ersuchte die Arbeiter, sich zu entfernen, denn, meinte er, es gehe doch nicht an, daß Leute, die nicht einmal weiße Hösche tragen, in einer Gegend, wo nur feines Publikum verkehrt, den ganzen Tag herumlungern.

Wenn nun die Streikposten in der Französischenstraße in tabellosem Salon- oder Promenadenanzug erscheinen, dann wird die Polizei wohl bald herausfinden, daß sie ein Verlehrsindereis sind. Fort müssen sie eben auf alle Fälle. Das ist heut herrschende Polizeipraxis.

Die Sitzung der Schlichtungskommission für das Kürschnergewerbe, die gestern unter Leitung des unparteiischen Vorsitzenden Dr. Schalhorn stattfand und sich mit den Differenzen über die Arbeitszeit an den Sonnabenden befaßte, ist ergebnislos verlaufen. Die Vertreter der Arbeitgeber zeigten von vornherein keine Neigung, auf eine den Arbeitnehmern zweckmäßig erscheinende Regelung der Angelegenheit einzugehen, und sprachen gleich zu Beginn der Verhandlung die Meinung aus, daß die Differenzen eigentlich nur durch „Gegereien“ der Vertreter der Arbeiter entstanden seien. In diesem Sinne äußerte sich namentlich auch der Arbeitgeber Wilhelm Reinecke, der, wie der Arbeitervertreter Regge bemerkte, früher, als er

selber noch in den Reihen der Arbeiter stand, einer der radikalsten Vertreter der Arbeiterinteressen war. Als die Vertreter der Arbeitnehmer sahen, daß die Arbeitgeber nicht für eine zweckmäßige Ergänzung des etwas mangelhaft abgefaßten Paragraphen über die Arbeitszeit zu haben waren, verzichteten sie vorläufig auf die Regelung der Angelegenheit in der Ueberzeugung, daß die Stärke ihrer Organisation am besten einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entgegenwirken werde. Wenn Anfang nächsten Jahres über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages verhandelt wird, soll für eine bessere Fassung der betreffenden Bestimmungen gesorgt werden.

Der Streik der Glasarbeiter, Polierer und Beleger ist auch in der gestrigen Versammlung der Streikenden, die wiederum so zahlreich wie die ersten Streikversammlungen besetzt war, noch nicht beendet worden. Die Weiklich mitteilte, haben die Arbeitgeber am Donnerstag eine Versammlung abgehalten. Das Resultat wurde vom Obermeister Jaost dem Vorstandsvorsitzenden Girbig und dem Redner mitgeteilt. Weitere Kommissionsverhandlungen hielt die Versammlung der Arbeitgeber für überflüssig, da schon alles in der Kommission gesagt wäre, was zu sagen notwendig war. Auch verzichteten die Arbeitgeber auf die Wahl einer neuen Kommission. Sie kamen den Forderungen der Streikenden noch in so weit entgegen, als sie beschloßen, bei Akkordarbeit den Moraschleifern den Mindestlohn zu garantieren, jedoch nur, wenn dieser Lohn von den Betreffenden in den ersten 14 Tagen erreicht wird. Ferner haben sie als Endtermin für den Tarifvertrag den 1. Oktober 1906 statt des 1. Januar 1907 zugestanden, und schließlich noch eine Erhöhung der Akkordpreise von 5 Proz. für die Morasarbeiten, für welche die Streikenden 10 Proz. verlangten. Im übrigen wünschte die Versammlung der Arbeitgeber, daß der Tarif wesentlich so wie er in der letzten Kommissionsitzung vereinbart war, bestehen bleibe. — Der Referent bemerkte dazu, es müsse nun vor allem dafür gesorgt werden, daß ein in jedem Punkte klar und bestimmt abgefaßter Tarif ausgearbeitet werde; bis jetzt mangle es noch daran. Er legte dann der Versammlung einen von dem Redner selbst und einem vom Vorstandsvorsitzenden Girbig auf Grundlage der von den Arbeitgebern bis jetzt gemachten Zugeständnisse ausgearbeiteten Tarifentwurf vor. Jeder einzelne Punkt wurde hierauf nochmals zur Beratung gestellt und dementsprechend formuliert. Der so zustande gekommene Tarifentwurf sollte den Arbeitgebern in der auf gestern abend anberaumten Kommissionsitzung vorgelegt werden. Die endgültige Entscheidung über die Wiederaufnahme der Arbeit wird voraussichtlich in der am Mittwoch stattfindenden Mitgliederversammlung getroffen werden. — Von den Streikenden wird noch besonders darauf Gewicht gelegt, daß der Tarifvertrag schließlich vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts festgelegt werde. Da das doch offenbar im Interesse beider Parteien liegt, darf man wohl annehmen, daß bei näherer Ueberlegung auch die Arbeitgeber hiergegen nichts einzubringen haben.

Lohnbewegung der Glaser. Die Tarifkommission der Glaser (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) trat am Sonnabend abend zusammen und beschloß einstimmig, weil einzelne Glasermeister gegen den paritätischen Arbeitsnachweis agitieren, außer von Nichtmitgliefern auch von allen dem Arbeitgeber-Verbande der Glaserie angehörenden Firmen die unterschriebene Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises zu verlangen. Auf Grund dieses Beschlusses werden die Vertrauensleute der Verbandsfirmen ersucht, bis Sonntag mittag bei Augustin, Lindenstraße 69, sich die betreffenden Formulare abzuholen und am Montag zur Unterschrift den Arbeitgebern vorzulegen. Die bezügliche Nachricht ist an die Tarifkommission, zur Zeit bei Augustin (Vordwärts) zu richten. Alle Bauarbeiter werden dringend ersucht, die Glaser nach ihrer Arbeitsberechtigungskarte zu fragen.

Ein Streik der Streikbrecher. Am Montag, den 24. d. Mts., legten Arbeiter bei der Firma „Berliner Kalkhandwerke R. Gutmann, Charlottenburg“, 21 an der Zahl, einmütig die Arbeit nieder. Grund der ArbeitsEinstellung war ein Lohnnachtrag von 5 Pf. per tausend Steine. Die Firma glaubte, da es zum Winter geht, nicht mehr 45, sondern nur 40 Pf. per tausend für Ausladen aus dem Bahn in die Kästen zahlen zu können. Nach am selben Tage nahmen einige der Ausständigen die Arbeit wieder auf und am nächsten Morgen fanden sich so viel Arbeitswillige, daß der gesamte Betrieb besetzt war.

Die Bewegung schien denn auch aussichtslos, zumal sich noch ein Verräter in den eigenen Reihen der Ausständigen fand, welcher sich erbot, gegen Zahlung von 50 M. und Gewährung einer besseren Stellung der Geschäftsleitung die Namen der der Organisation angehörigen Kollegen bekannt zu geben. Er wäre dazu umso mehr imstande, da er selbst organisiert und früher Vertrauensmann im Betriebe gewesen sei. Zur Ehre der Firma wollen wir hier anerkennen, daß sie nicht auf diesen Vorschlag einging, sondern dem Verräter die Tür wies, dagegen aber der Streikleitung Mitteilung von dieser schmutzigen Geynung machte.

Wir wollen nicht verhehlen, der gesamten Arbeiterschaft diesen Ehrenmann bekannt zu geben; es ist dies der Arbeiter Berth. Wehr, Charlottenburg, Krummelstraße 17.

Die inzwischen neu eingestellten Arbeiter sahen aber bereits nach einigen Tagen ein, daß es ihnen bei einem Akkordlohn von 40 Pfennig pro tausend Steine nicht möglich wäre zu arbeiten und legten am Freitag mittag einmütig die Arbeit nieder. Nachdem der Betrieb circa zwei Stunden gestanden, sah sich die Direktion gezwungen, die Akkordpreise um 3 resp. 5 Pf. zu erhöhen, und nahmen die zuletzt Ausständigen die Arbeit wieder auf. Von den erst Ausständigen haben inzwischen zwölf andere Arbeit erhalten, acht sind noch ohne Arbeit, es wird der Organisation ein leichtes sein, auch diese unterzubringen.

Deutsches Reich.

Sechs Wochen vor einem Streik hatte ein Dresdener Metallarbeiter zu seinem Kollegen gesagt: „Wenn Du nicht mitstreichst, wirst Du ja sehen, was Dir passiert.“ Dieses Verbrechen durfte nicht ungerochen bleiben, die Staatsanwaltschaft erhob Anklage, und dieser Tage wurde der Verbrecher zu drei Tagen Gefängnis wegen Bedrohung und Terrorismus verurteilt.

Wie bevölkert würden die deutschen Strafanstalten sein, wenn jeder ähnliche Ausspruch eines Arbeitgebers die gleiche „Sühne“ fände!

Zwei Tage zuvor hatte das Dresdener Gericht wieder über zwei Maurer wegen Streikvergehen zu verhandeln. Der Maurer Walpurgis erhielt wegen „Terrorismus“ einen Monat Gefängnis, der Gausleiter Ködler wegen „Hausfriedensbruchs“ 30 M. Geldstrafe.

Bismarck am Schleifstein.

Trotz der anerkannt beruhigenden Wirkung des Bismarck-Kaffees werden die säkularistischen Anhangsmeister nicht weniger wild, wenn sie von Forderungen der Arbeiter hören, als ihre härteren Getreuen zugewandten Kollegen anderer deutscher Vaterländer. Der Obermeister der Buchbinder-Zunft zu Dresden hat am 21. Oktober datiertes Rundschreiben an die Meister und Mitglieder zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung“ erlassen, das einige für die Öffentlichkeit nicht gleichgültige Stellen enthält. Das Schreiben beginnt:

„Die gestern zugefandten Vorschläge für die Arbeitsbedingungen sind den beschäftigten Gesellen und Arbeiterinnen vorzulegen und eine Erklärung von denselben zu verlangen, ob sie zu diesen Bedingungen weiter zu arbeiten gedenken. Es möge dabei erwähnt werden, daß durch den Ausschluß der Buchbinder-Zunft an uns und durch unsere Zusammenschluß mit den Fabrikanten-Vereinigungen der Lucruspapier- und Kartonnagenbranche für unsere Hilfskräfte die Gefahr nahegerückt ist, daß sie bei einem Niederlegen der Arbeit nirgends in Dresden wieder Stellung finden. Es möge aber auch aufmerksam gemacht werden, daß die Vorschläge erst in der am

Montag, den 24., stattfindenden Hauptversammlung von der Zunft genehmigt werden müssen.“

Es ist besonders bemerkenswert, daß sich nach diesem Schreiben auch die Buchbinder-Zunft zwecks Abwehr der Arbeiterforderungen mit den Buchbindermeistern zusammengedrungen haben. Daß diese Herren, die sich sonst auf die mit den Buchbinder abgegrenzte Tarifgemeinschaft etwas zugute zu tun pflegen, den Buchbinder so scharf entgegneten, ist ein Beweis mehr für unsere neuzeitlich ausgesprochene Behauptung, daß die Unternehmer Tarifgemeinschaften nur mit Gewerkschaften abschließen, die stark genug sind, ihnen Zugeständnisse abzurufen.

Wie in Sachen selbstverständlich, sind die Herren vom Kleinstertopf in Dresden sich auch von vornherein behördlicher Hilfe sicher und schärfer ihren Kollegen ein:

„Bei etwaigen Verletzungen Arbeitswilliger durch Ausständige (beleidigende Reden, Tätlichkeiten, Ansammlungen) ist sofort die nächste königliche Polizeibezirks-Wache (nicht Polizeibezirks-Wache) mündlich oder durch Fernsprecher in Kenntnis zu setzen. Es ist für obgenannte Fälle Hilfe zugesichert.“

Was Unternehmer und Polizei schon als „Belästigung“ Arbeitswilliger ansehen, ist ja bekannt. Wenn fällt da nicht das „höhnische Lächeln“ in Grimmitzschau ein?

Herr Stegerwald-Köln sendet uns folgende Zuschrift:

In Nr. 253 bringt Ihr Blatt von einer in Kopen stattgefundenen Versammlung eine mit „christliche Schwindelbrüder“ überschriebene Notiz, die unwahre Behauptungen enthält; ich ersuche daher das Folgende zu berichtigen:

1. Unwahr ist, daß ich ausgeführt habe, die Berliner Maurer hätten den Stundenlohn von 75 Pf. den christlichen Gewerkschaften zu verdanken. Ich verwies lediglich auf die Berliner Lohnverhältnisse, um zu illustrieren, was durch jahrzehntelange Gewerkschaftsarbeit zu erzielen sei. Der christliche Bauhandwerker-Verband besteht bekanntlich erst fünf Jahre. 2. Der Berliner Redner der freien Gewerkschaften hatte daher keine Ursache „den plumpen Schwindel des christlichen Mannes aufzudecken“; auch haben bei der Wortentziehung, die gegen meinen Willen geschah, nicht der größte Teil der Anwesenden, sondern etwa 20 Mann den Saal verlassen.

Köln, 27. Oktober 1904.

A. Stegerwald.

Unser Gewährsmann ist zurzeit nicht in Berlin und kann deswegen auf diese Zuschrift nicht antworten. Uns will es jedoch bedünken, daß das Beispiel Berlins für einen christlichen Agitator allemal unglücklich gewählt ist. Alle Fortschritte in der Berliner Bauarbeiterbewegung schreiben sich her aus der Zeit vor Gründung des „christlichen“ Bauhandwerkerverbandes oder mindestens wurde für dieselben schon vorher die Grundlage gelegt. Seit dieser Zeit aber leidet Berlin den früher unbekannten Zwist zwischen Arbeitern verschiedener Konfessionen. Jahrzehntelange Gewerkschaftsarbeit hat in Berlin ein Werk aufgebaut, das hoffentlich auch die intensivste christliche Zersplitterungsarbeit nicht zu vernichten vermag!

Aus der Frauenbewegung.

Für Tempelhof-Mariendorf und Marienfelde findet Donnerstag, den 3. November, abends 7½ Uhr eine große Volksversammlung für Frauen und Männer im „Tempelhofer Areal“, Berlinerstraße 50, statt, in welcher Reichstagsabgeordneter August Weber einen Vortrag über „Die Frau im Staat und Gesellschaft“ halten wird. Ich ersuche die Vorstände von Vereinen und Gewerkschaften, Versammlungen an diesem Tage nicht abzuhalten. Der ev. eintretenden Polizeistunde wegen (10 Uhr) wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Zahlreichem Besuch, namentlich der Frauen und Mädchen, sieht entgegen.
Frau Marie Tittel, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 17.

Der Bedeutung der Heimstättenbehandlung wird, wie man uns schreibt, besonders in den Kreisen der Frauen und Mädchen noch nicht das Interesse entgegengebracht, welches dieselbe verdient, obwohl es den Arbeiterfrauen so sehr nötig ist, ihren durch die Mängelheiten des Kampfes ums tägliche Brot und die aufreibenden Sorgen für Mann und Kinder geschwächten Körper nach überhandenen Krankheiten unter zweckmäßiger Pflege für künftige Strapazen kräftigen zu lassen. In den städtischen Heimstätten Marienfelde an der Stettiner Bahn, Marienfelde hinter Nieder-Schönbausen und Malchow hinter Neu-Weißensee finden Lungentranke, Weichsüchtige, Magenkränke, sowie von schweren Krankheiten Genesene Aufnahme. Diese Anstalten stehen unter ärztlicher Leitung und erfreuen sich bei ehemaliger Pflegslingen des besten Andenkens. Für Mitglieder der Krankenkassen zahlen diese die Aufenthaltskosten. Es bedarf nur eines Antrages, den der behandelnde Arzt an das Kuratorium der Heimstätten zu stellen hat. Nun steht aber auch dem Kuratorium eine verhältnismäßig hohe Summe für Freistellen zur Verfügung. Wir wollen hier ausdrücklich darauf hinweisen, daß dieser Fond aus wohlthätigen Stiftungen stammt und ihm keineswegs das Demütigende und die Nachteile der Armut unterstüht anhaften. Die Freistellen sind für solche Frauen und Mädchen, welche nicht in Krankenhäusern erkranken oder aber aus der Kasse ausgeschlossen sind. Gerade jetzt in der fühlbaren Jahreszeit ist die Wartzeit eine kurze, da in allen Heimstätten für Frauen Plätze frei sind. Nach ärztlicher Erfahrung ist aber auch die fühlbare Jahreszeit für den Aufenthalt in solchen Heimstätten nicht weniger erproblich. Zur Aufnahme in die Heimstätten bedarf es eines Antrages, auf welchem ausdrücklich die Uebernahme der Kosten auf den Freistellensfond vermerkt sein muß. Formulare für Anträge werden unentgeltlich im Bureau der städtischen Heimstätten, Neue Friedrichstraße 9/10, an den Wochentagen von 9—3 Uhr ausgegeben.

Rixdorf, Dienstag, den 1. November, findet die Vereinsversammlung des Vereins gewerblich-tätiger Frauen und Mädchen von Rixdorf und Umgebung statt. Vortrag von Hermann Schubert über die Schule, wie sie ist und wie sie sein sollte. Gäste sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Versammlungen.

Die Krankenkassen-Angestellten nahmen am Freitag in einer zahlreich besuchten Versammlung Stellung gegen die Ablehnung des Anstellungsvertrages durch die am 14. Oktober abgeschlossene, von der Zentralkommission einberufene Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten. (Bericht in Nr. 245 des „Vordwärts“ vom 18. Oktober.)

Der Referent und Einberufer der am Freitag abgehaltenen Versammlung, Julius Kohler, besprach die seit Jahren im Gange befindlichen Bestrebungen der Kassenangestellten, ihre Verhältnisse durch Abschluß von Anstellungsverträgen zu regeln. Eine aus Kassenvorständen und Angestellten bestehende paritätische Kommission hat einen Dienstvertrag entworfen, und die letzte, in München abgehaltene Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen hat diesen Entwurf mit großer Mehrheit angenommen. Hiernach, so führte der Referent aus, mußte man erstaunt sein, daß die Versammlung der Berliner Kassenvorstände am 14. Oktober diesen Vertrag ablehnte, obgleich nur 2 oder 3 Redner gegen denselben gesprochen hatten. Diese Ablehnung könne nicht als gültig angesehen werden, weil nicht nach Kassen, sondern nach der Kopfzahl der anwesenden Vorstandsmitglieder abgestimmt wurde und der hauptsächlichste Gegner des Vertrages, Stuhlmann von der Steinbrückerstraße, sämtliche 30 Vorstandsmitglieder dieser Kasse (die die Bezeichnung „Pflegeväter“ führen) zur Stelle gebracht hatte und mit ihnen gegen den Vertrag stimmte, während weit größere Kassen durch wenige Stimmen vertreten waren. Der Redner hält eine nochmalige Abstimmung über den Vertrag für notwendig und meint, wenn die Zentralkommission eine solche vornehmen lasse, werde das Resultat wohl ein anderes sein.

Der erste Diskussionsredner war Endow, Redakteur der „Krankenkassen-Zeitung“. Er betonte, daß er nur seine persönliche Ansicht vertritt. Den Beschluß der Versammlung vom 14. Oktober

bezeichnete er als blamabel für die Kassenvorstände. Er hoffe, daß es zu einer erneuten Abstimmung mit einem anderen Resultat kommen werde. Ferner führte er aus: Wenn manche Kassenvorstände gegen die Bestrebungen der Angestellten seien, so erkläre sich das daraus, daß das Vorgehen der Angestellten oft zu scharf gemein sei. Das gelte namentlich von dem letzten Jahresbericht des Verbandes der Angestellten. Es mache den Eindruck, als ob der Verband eine Schuttruppe für die Angestellten sei und sich ihrer unter allen Umständen annehme, selbst dann, wenn sie den Vorständen gegenüber im Unrecht wären. Der Verband sei noch nie gegen ungerechtfertigte Handlungen seiner Mitglieder aufgetreten. Die Angestellten müßten in der Vertretung ihrer Interessen mit fester Ruhe und nicht zu eilig vorgehen, dann würden sie noch am ehesten etwas erreichen.

Die Redner aus den Reihen der Kassenangestellten wandten sich entschieden gegen diese Ansicht Endows, die sie als Harmonieaufselei bezeichneten. Die Vorstände lehteten den Angestellten gegenüber oft den Herrenstandspunkt heraus. Unter solchen Umständen könnten die Angestellten mit dem ihnen empfohlenen langsamen und mäßigen Vorgehen nichts erreichen, sie müßten es machen, wie die Kassen: Schreiben, und nochmals schreiben, bis ihre Forderungen anerkannt werden. Ganz abgesehen müsse auch der Ansicht widersprochen werden, als ob die Kassenbeamten, wenn sie nicht jederzeit gefähigigt werden können, in der Ausübung ihrer Pflichten lässig wären, wie das von manchen Vorständen als Grund gegen den Anstellungsvertrag geltend gemacht werde. Die Anerkennung des Vertrages müsse einer neuen Abstimmung der Vorstände unterworfen werden, denn man könne annehmen, daß nur der kleinere Teil der Kassenvorstände gegen die Einführung des Vertrages sei.

Zum Schluß nahm die Versammlung folgende, dem Bureau vorgelegte Resolution an:

Die am 28. Oktober er. in den Apollo-Sälen zahlreich besuchte Versammlung der Kassenbeamten erhebt scharfen Protest gegen den in der Versammlung der Zentralkommission vom 14. Oktober er. beschlossenen Abstimmungsmodus. Die Ablehnung der Beschlüsse der Münchener Jahresversammlung war nur dadurch möglich, daß nicht nach der Zahl der vertretenen Kassen, sondern nach der Zahl der anwesenden Vorstandsmitglieder abgestimmt wurde. Es hatten z. B. die beiden größten Berliner Krankenkassen mit zusammen 160 000 Mitgliedern in der Versammlung nur je zwei Stimmen, während eine Kasse mit höchstens 11 000 Mitgliedern, deren Vorsitzender die „Pflegeväter“ extra zu dieser Versammlung eingeladen hatte, sich mit circa 30 Personen an der Abstimmung beteiligte. Die Beamten der Krankenkassen Berlins können nicht annehmen, daß die Mehrheit der Berliner Kassenvorstände einer vernünftigen Regelung der Verhältnisse der Angestellten Schwierigkeiten in den Weg legen wird und sich mit dem empörenden Verhalten der Herren Stuhlmann, Biegl und Schölem auf der Münchener Jahresversammlung solidarisch erklärt. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Berliner Krankenkassenbeamten bereits unter den in München beschlossenen vertraglichen Bedingungen arbeitet, beweist, daß lediglich die Form der Abstimmung die Ablehnung der Münchener Beschlüsse herbeigeführt hat. Die Angestellten der Krankenkassen Berlins haben stets lebhaften Anteil genommen an dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, sie haben alle Maßnahmen, welche zugunsten der Versicherten getroffen wurden, freudig begrüßt und haben durch eifrige Mitarbeit auf allen Gebieten des Krankenkassenwesens stets im Interesse der Versicherten gewirkt und dadurch das Ansehen der Selbstverwaltung der Krankenkassen gehoben. Bei der Beratung der letzten Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz wurde von der Regierung die Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts auch damit begründet, daß die Versicherten es verabsäumt hätten, eine vernünftige Regelung der Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten vorzunehmen. Die Forderungen, die in dem Münchener Beschluß zum Ausdruck gelangen, sind das mindeste dessen, was bei einer Regelung der Angestellten-Verhältnisse gefordert werden muß. Die Ablehnung dieser Minimalforderungen würde bedeuten, daß die Kassenvorstände nicht gewillt sind, ihren Angestellten menschenwürdige Zustände zu gewähren und daß sie den Gegnern der Selbstverwaltung willkommenes Material in die Hände spielen. Die Unzulänglichkeitsklärung der Beschlüsse der Versammlung vom 14. Oktober ist daher nötig nicht nur für die Angestellten, sondern auch im Interesse der Selbstverwaltung der Versicherten.

Die Arbeiter der Gips- und Zementbrände (Sektion des Maurer-Verbandes) hielten am Donnerstag im Louisestädter Konzerthaus ihre Generalversammlung ab. Heise berichtete, daß die Sektion im letzten Quartal um 748 Mitglieder zugenommen hat, so daß jetzt 2443 Mitglieder vorhanden sind, darunter über 100 Italiener. Vereinnahmt wurden 18 401,17 M., veranschlagt 18 675,80 M., so daß ein Bestand von 4725,37 M. in der Kassa verbleibt. — Ueber den sehr befriedigenden Verlauf der jüngsten Lohnbewegung bemerkte Fritsch, daß bis jetzt 70 Firmen den Tarif anerkannt haben, darunter auch ein Arbeitgeber, der noch kürzlich erklärte, er eine Forderung der Arbeiter unterschriebe, würde er sich a u f h ä n g e n. Er hat es aber doch vorgezogen, seine Unterschrift zu leisten und das Aufhängen noch ein wenig zu verschieben. Die diplomatisch sich die Arbeitgeber mit dem Ergebnis der Lohnbewegung abfinden, das beweise eine Notiz in ihrem Zentralblatt, worin es heißt, die Unternehmer hätten die teilweise unberechtigten Forderungen der Arbeiter zurückgewiesen und mit ihnen einen Vertrag abgeschlossen. Auch flunkert die Notiz, daß der „Berliner Betonverein“ rund 4000 Arbeiter beschäftige. In Wirklichkeit sind in der ganzen Branche nur etwa 3300 Arbeiter tätig, davon bei den Mitgliedern des Betonvereins netto drei Fünftel und bei den Nichtmitgliedern zwei Fünftel. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß bei der rapiden Entwicklung, besonders in der Zementbranche, die Arbeiterzahl schon in den nächsten Jahren auf 5—6000 anwachsen kann. Dieser Umstand müsse für jeden Kollegen ein Ansporn sein, die an und für sich gute Organisation der Branche noch mehr zu stärken und ausbauen zu helfen, denn gerade bei der letzten Lohnbewegung habe es sich zur Evidenz gezeigt, was die Arbeiter erreichen können, wenn sie einig sind. Der Redner erläuterte sodann verschiedene Bestimmungen des Vertrages und gab den Anweisungen entsprechende Verhaltensmaßregeln zur Wahrung ihrer tariflichen Rechte und Innehaltung ihrer Pflichten sowohl der Organisation wie auch den Unternehmern gegenüber. Wie leicht einige Unternehmer zu Umgehungen des Tarifs geneigt sind und auf welche bedenklichen Mittel sie verfallen, um die Arbeiter zu überbieten, davon brachte Fritsch einige lehrreiche Beispiele bei, die in der kürzlich stattgefundenen Sitzung der Tarifkommission zur Erörterung gelangt sind. Ein besonders trauriger Fall betraf die in der Branche wegen ihrer häufigen Gewerbegerichts-Prozesse unheimlich bekannte Firma Günther u. Soltwedel. Die Firma beschäftigte u. a. den alten Kupfertäger W., einen Mann, der nur sehr mangelhaft schreiben und lesen kann. Dieser hatte nun eine Nachforderung von 28,50 M. an die Firma. Als der Arbeiter die Forderung geltend machte, führte ihm einer der Firmeninhaber die Hand zur Unterzeichnung der Quittung über den Betrag, zahlte ihm nach geleisteter Unterschrift anstatt der 28,50 M. aber nur — e i n e n T a l e r aus. Der Mann ging hierauf zur Sektionsleitung und erzählte, wie man ihm mitgespielt. Sogleich telephonierte der Sektionsvorstand bei der Firma wegen der Sache an. Die entrüstete Antwort lautete, der Kerl werde wohl besoffen sein; alles sei ordnungsmäßig erledigt. Es wurde nun eine Klage beim Gewerbegericht anhängig gemacht, und dort mußte der Firmeninhaber den geschilberten Sachverhalt zugeben, infolgedessen der Mäher dann sein Geld erhielt. — Die Versammlung war sich darüber einig, daß ein solcher Konflikt mit dieser Firma wohl nicht gar zu lange auf sich warten lassen würde. Zum Schluß wurden die bisherigen Mitglieder der Tarifkommission wieder bestätigt.

Herr Conrad, der als Redner in der deutsch-nationalen Handlungsgeschäften-Versammlung auftrat, ersucht uns mitzutellen, daß er nicht Jude, sondern Katholik sei. Er habe in seiner Kritik sich nicht allgemein gegen die weiblichen Handlungsgeschäfte gewandt, sondern nur gegen diejenigen weiblichen Angestellten, welche ihren Beruf nur als Dekamentel betrachten und deshalb den männlichen Kollegen sowie auch den seriösen weiblichen Handlungsgeschäften eine Schmutzkonkurrenz machen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in den Industrie-Festsälen von Max Wendi, Behnhstr. 19/20.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Rechnung desselben. 2. Vortrag des Genossen Dr. Leo Krons: „Zur Schulfrage“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Protokoll des Bremer Parteitag gelangt in dieser Versammlung gegen eine Nachzahlung von 10 Pf. zur Verbreitung an die Mitglieder, deren Beitrag für Monat Oktober bezahlt ist.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.

6. Wahlkreis

Achtung! Schönhauser Vorstadt. Achtung!
Sonntag, den 30. Oktober, abends 5 Uhr, in den „Verolinasälen“, Schönhauser-Allee 28:

Volkversammlung für Männer u. Frauen

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn über: „Die Greuel des Krieges“. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vertrauensmann.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Vortrag von Frau Maria Holma:
„Psychologie der modernen Arbeiterin“.
Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.
Mittwoch, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Bericht und Abrechnung vom 3. Quartal 1904. 3. Vortrag der Genossin Lily Braun über: „Wohnungs- und Wohnungsreform“. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.
157/14

Montag, 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

aller in der Gold- und Silberwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über unsere tatsächlichen Erfolge, und welche Schlüsse ziehen wir daraus? 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Compt.-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr.
Morgensprache der Schraubendreher
bei Schröder, Brangelstr. 130.

Dienstag, den 1. November, abends 7 Uhr:

Metallarbeiter-Versammlung für Reinickendorf

im Schützenhaus Reinickendorf (Gebr. Leder), Residenzstr. 13.

Tages-Ordnung: 1. Können und wollen wir unsere Lage verbessern? Referent Kollege Scherff. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen folgender Firmen, sowie die am Ort wohnenden, werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen:
Beder, Breitung, Dregerhoff u. Schmidt, M. Paetz, Köffemann n. Kühnemann, Schöning, Schwarzkopf, Stolzenburg, Tschö, Ned Söhne.

Former und Berufsgenossen Berlins.

Sonnabend, den 5. November, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Großes Herbst-Vergnügen.

Ball, Polonaise, Ueberraschungen, Gesangs- und komische Vorträge.
Berliner Ulk-Trio. — Gesang: „Alte Linde“ (M. d. Verein).
Anfang 8 1/2 Uhr. Biletts für Herren 50 Pfennig, für Damen 30 Pfennig.
Arbeitslose Mitglieder unserer Branche haben freien Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Gewerkschaften u. Vereine. Achtung!
Der Arbeitsnachweis obiger Ortsverwaltung befindet sich jetzt Brunnenstr. 188 bei Wilke. Derselbe ist täglich von 11-1 Uhr mittags geöffnet. Wir empfehlen uns zur Stellung jeder Art Kunst von Klavier bis zum größten Orchester. Wir bitten die geehrten Komitees, bei Veranlassungen von Festlichkeiten unseren Arbeitsnachweis gütig berücksichtigen zu wollen.
Der Vorstand.

Achtung! Kammacher. Achtung!

Dienstag, den 1. November, abends Punkt 8 1/2 Uhr:
Kommissionsitzung mit Vertrauensmännern
bei Krause, Koppenstr. 41.
Kollegen! Jede Werkstatt muß in dieser Sitzung vertreten sein.
Die Kommission.

Moabit!

Sonntag, 30. Oktober, abends 6 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstraße 24:

Volks-Versammlung.

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ledebour über: Der Kampf gegen die reaktionären Mächte in Staat und Gesellschaft.
Nachher: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vertrauensmann.

Sozialdem. Wahlverein für den VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Max Grunwald über: „Ein halbes Jahrhundert preussischer Junkerherrschaft“.
Diskussion. Verschiedenes.
Gäste — auch Damen — haben Zutritt. Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Der Vorstand.

Fünfter Wahlkreis.

Den Parteigenossen und Abonnenten des „Vorwärts“ zur Kenntnis, daß die Partei-Expedition für den Fünften Wahlkreis am 1. November eröffnet wird.
Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, soweit er den „Vorwärts“ noch von Privat-Expediteuren bekommt, sofort bei der Partei-Expedition, Reibelstraße 42, zu bestellen.
Wer den „Vorwärts“ bereits durch die Partei-Expedition des Viertels oder Sechsten Kreises bekommt, hat nicht nötig abzubestellen, denn diese Abonnenten werden uns überwiesen.
Werdt neue Abonnenten für den „Vorwärts“.
Die Vertrauensleute.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt 4, 3353.
Hauptbureau: Zimmer 1-5. Amt 4, 9679.

Achtung! Achtung!

Dienstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr:

Neun Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:
1. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
2. Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
3. Peters Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24.
4. Zählkes Festsäle, Dennowstr. 13.
5. Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
6. Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.
7. Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
8. Oberschöneweide, Wilhelminenhof.
9. Rixdorf, Victoria-Säle, Hermannstr. 49.

Bericht über den Streik und die Aussperrung in der Gelbmetallindustrie.

Referenten:
Behrend, Hartmann, Henning, Müller, Pawlowitsch, Wiesenhal, Wücke, Wuschik, Cohen.
Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
NB. Die für Oberschöneweide angelegte Versammlung im Lokal Wilhelminenhof beginnt um 7 Uhr.
123/14
Die Ortsverwaltung.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgegend.

Montag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:

Hußerord. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Beratung des Arbeitsnachweis-Reglements.
2. Wahl des amtierenden Verbandsbeamten.
An Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Achtung! Glaschleifer!

Dienstag, den 1. November, abends 6 Uhr, in Voelkers Festsälen, Weberstraße 17:

Versammlung

famtl. Glaschleifer, Polierer u. Beleger.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Einigungs-Kommission. 2. Diskussion.
Es ist Pflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Rummelsburg.

Dienstag, den 1. November 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Ww. Weigel, Türschmidtstr. 45:
Protest-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Schulstreit in Rummelsburger Gemeinde-Parlament. Referenten die Gemeindevorsteher John, Ritter und Tempel. 2. Freie Diskussion.
Die Gemeindevertretung und die Lehrerschaft ist zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Einberufer.

Oeffentliche Versammlung

Montag, 31. Okt., 8 1/2 Uhr, Beder's Festäle, Kommandantenstr. 62.
Geschlechts-Krankheiten.
Referent: Herr cand. med. Edwin Bab.
Damen u. Herren haben Zutritt. B. D. d. U. 30 Pf.

Stukkateure der Firma Piehler.

Mittwoch, den 2. November, abends 6 Uhr, also gleich nach der Arbeit:

Werkstatt-Versammlung

bei Wehnacht, Grünstraße 21.
Erscheinen sämtlicher dort beschäftigten Kollegen ist Ehrenpflicht! Zur Debatte steht: Die Tarifdurchbrechung unserer Firma und welche Schutzmaßnahmen bieten wir den anderen Arbeitkollegen?
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher (Berlin).

Donnerstag, den 10. November, abends 9 Uhr, bei Schultheiss, Neue Jakobstraße 24:
Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl von 30 Vertretern (Arbeitnehmer) und 15 Vertretern (Arbeitgeber). 2. Wahl des Vorstandes (3 Arbeitnehmer und 3 Arbeitgeber). 3. Erziehung des § 20 und 35 des Statuts. 4. Beschlußfassung über Gewährung von Wittagelassen und Fahrgehalt für in Erholungsstätten weilende Mitglieder. 5. Beschlußfassung über Entschädigung für den Vorstehenden und Schriftführer. 6. Beschlußfassung über die vom Rentanten zu stellende Kaution. 7. Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge. 8. Besprechung der Verzeugsfrage. 9. Verschiedenes. 276/3
Der Vorstand.
G. Lätseh, Vorsitzender.

Charlottenburg.

Mache hiermit bekannt, daß mein Lokal, Windscheidstr. 25, zu jeder Pa.-lei-Angelegenheit zur Verfügung steht. Ganz zu Familien- und Vereinsfestlichkeiten noch zu vergeben.
Heute
abend: Fr. Blut- und Leberwurst.
Der Wirt A. Janas.

Orts-Krankenkasse d. Korbmacher-Gewerbes zu Berlin.

Montag, den 7. Nov., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7):
Ordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern (ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer) sowie Ergänzungswahl eines Arbeitgebers. 3. Abänderung des § 13, Absatz 3 (Erhöhung der Unterstützung). 4. Definitive Beschlußfassung über Erhöhung des Gehalts des Rentanten und Kassierers. 5. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung. 6. Verschiedenes.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ersucht
Der Vorstand.
H. A.: Karl Schwadler, Rauerstr. 16.

Magen-, Darml.

behandelt mit Botiche
Dr. med. Saland
Bertr. d. Naturheilkunde, Köpenickerstraße 72, 11-1, 6-8, Kopernikusstraße 29 (Barthauerstraße), 8-9, Sonntag nur vormittags Sprechst. Nächste Vorträge darüber abda 8 1/2, Dienstag Frankfurter Allee 137, Donnerstag Alexanderstr. 27c, Freitag Kommandantenstr. 20 (für Herren).

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Montag, 7. Nov., abends 7 Uhr:
Ordentliche

General-Versammlung

bei Schulze, Blumenstr. 38.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
3. Wahl des Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses für 1904.
4. Anträge. Verschiedenes.
Berlin, 30. Oktober 1904.
Der Vorstand.

General-Versammlung

famtl. Kaffeemitglieder.
Tages-Ordnung:
Wahl von 35 Arbeitnehmer-Delegierten. Um 8 1/2 Uhr beibst:
General-Versammlung der Arbeitgeber, die ein Drittel aus eigenen Mitteln zur Kasse leisten.
Tages-Ordnung:
Wahl von 13 Arbeitgeber-Delegierten.
Berlin, 30. Oktober 1904.
276/1
Der Vorstand.

Achtung, Vereine!

Den geehrten Vereinen u. Gewerkschaften empfehle meine neu übernommenen Festäle mit Bühne und Vereinszimmer für Bewanstellungen jeder Art zu kulantem Bedingungen.
Sonnabende noch frei.
E. Cranz sen. Festsäle, Porleborgerstraße 14.
Zahn-Klinik, Preislose Zahnabteilung, Invalidenstraße 145.
Olga Jacobson,

A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Bücherplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Montag, Dienstag, Mittwoch soweit der Vorrat reicht

Damen-Wäsche

Damen-Hemden	Hemdentuch oder Louisiana- Achselchluss oder Priesenform	1 25 M.	Damen-Hemden	Achselchluss mit Stickerel-Ansatz	2 15 M.	Damen-Beinkleider	weiss Cöper-Barchend mit Trimming-Besatz	1 25 M.
Damen-Hemden	Hemdentuch mit elegantem Besatz, Priesenform	1 35 M.	Damen-Hemden	Reinforcé, Achselchluss mit Stickerel-Volant	2 45 M.	Damen-Beinkleider	weiss Cöper-Barchend mit Stickerel-Volant	1 45 M.
Damen-Hemden	Hemdentuch, mit elegant. Besatz Herzform	1 45 M.	Damen-Beinkleider	Kniefaçon mit Stickerel-Volant	1 25 M.	Damen-Nachtjacken	weiss Fiqué-Barchend mit Faltchen u. Trimmingbesatz	1 25 M.
Damen-Hemden	Hemdentuch mit Languette, Priesen- oder Herzform	1 75 M.	Damen-Beinkleider	Dimiti mit Stickerel-Volant und runden Gürt	1 25 M.	Damen-Nachtjacken	weiss Cöper-Barchend mit Faltchen u. Stickerel-Volant	1 85 M.

SCHÜRZEN

Tändelschürzen	weiss, mit farbigem Volant	45 Pf.	Hausschürzen	mit Volant und Tasche	85 Pf.	Reformschürzen	einfarbig, gestreift oder kariert mit Volant	1 85 M.
Tändelschürzen	einfarbig od. gestreift, mit Besatz	55 Pf.	Hausschürzen	m. Achselband, einfarbig od. gestreift, mit Volant und Tasche	1 45 M.	Reformschürzen	einfarbig, gestreift oder kariert, mit Tasche und Volant	2 15 M.
Hausschürzen	mit Achselband, einfarbig oder gestreift, mit Tasche	90 Pf.	Reformschürzen	mit Volant und Besatz	1 45 M.	Reform-Kleiderschürzen	gestreift oder kariert	2 25 M.

Kennen Sie unser Rabatt-System?

Ziehung 4. u. 5. November zu Berlin
15. Lotterie der Kommission für Trabrennen.
Berliner Lose a 1 Mark
Mark
11 Lose
10 Mark.
Porto u. Liste 20 Pf. Pferdew. günst. verk. geg.

Bar-Geld.
6039 Gewinne Gesamtwert Mark

100 000
1 M. 10 000
1 M. 6 000
1 M. 5 000
1 M. 4 000
2 a 3 000, 5 a 2 000
6 a 1 500 = 9 000
2 a 1 000 = 2 000
2 400 a 15 u. 10 = 26 000
3 600 a 5 Mark = 18 000
20 Fahrräder = 4 000

Berliner Lose versendet der General-Debit
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. [Telegr.-Adr.: Glücksmüller.]

Lose a 1 Mark auch zu haben in Lotterie- und Zigarrengeschäften.

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft
Berlin N. 700L.
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere, aus bestem Mals und Hopfen hergestellt, als:

Lager-Bier (goldgelb) in Gebinden und Flaschen.
Pilsener Bier (Spezialität)
Hofbräu (nach Münchener Art)

Deutsche Bierbrauerei Aktien-Gesellschaft
(Absatz im letzten Geschäftsjahre ca. 200 000 Hektoliter)
empfiehlt ihre aus bestem Mals und Hopfen hergestellten Biere
in Fässern und Flaschen.

Adresse für Fassbier: **Alt Moabit 60.**
Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.

Adresse für Flaschenbier: **Kaiserin Augusta-Allee 15 16.**
Telephon: Amt II, 3066.

Station Alt-Glienicker
der Oberber u. Stadtbahn
(täglich über 100 Wagen).
Eintritt zu jedem Tage
am Bahnhof für 10 Pf.

Auf dem großen neu erschlossenen Bau-Terrain am herrlich gelegenen Hakenberg bei Grünau, unmittelbar am Orte Alt-Glienicker (am Zehlener-Kanal), sollen noch bis zum 1. Dezember 150 Baustellen in Größe von 13 bis 87 Quadratmetern zu billigen Preisen von **1,40 M. an pro Quadratmeter netto Baugrund** verkauft werden; auch baureife Baustellen (Hochbau) an gepflasterter Straße zu billigen Preisen unter günstigsten Zahlungsbedingungen.
Röhres im Restaurant Zeh in Alt-Glienicker, Grünauerstraße. 8979

Gesund, nahrhaft u. billig
alkoholfreies Erfrischungs-Getränk
Goldblondchen
ausgezeichnet mit Ehrenpreis
u. goldenen Medaillen

Pat. eingetr. Schutzmarke N° 50734
Man achte auf das Etikett in 4 Farben
General-Vertreter: **Ernst Krüger**, Berlin N.O. Händelstr. 28.
Tel. VII. N° 4701

Spezialität:
Solide bürgerlich. Einrichtungen
von 150-3500 Mark.
Bar- oder Teilzahlung.
Wilhelm Misch

Kein Laden - Reelle Ware
Niedrige Preise
Kulante Bedingungen
Strengste Verschwiegenheit
BERLIN NO. 18.
Gr. Frankfurterstr. 45/46

Möbel

Ernst Hess,
Harmonika-Fabrik (gegr. 1872).
Klingenthal (Sachsen),
liefert seine dauerhaft gebauten und auf den Weltausstellungen zu Sydney und Melbourne wegen ihres prächtigen Orgeltones mit dem 1. Preis gekrönt

Konzert-Zug-Harmonikas



mit offener Nickel-Klaviatur, 3teil. (11 Falt.) Doppelbalg mit vernickelten Stahlblechschutzecken, ff. poliertem Gehäuse u. kräftigen Doppelbässen.

Mark
10 Tast., 2 Chör., 2 Reg., 50 Stimm. 5.-
10 " 3 " 3 " 70 " 7.-
10 " 4 " 4 " 90 " 9.-
19 " Dual Chör., 108 " 10,50

Schule zur Selbsterlernung sowie Kiste und Verpackung umsonst.
Porto extra. Glockenspiel 60 Pf. mehr. Reich illustrierte Preis-Kataloge üb. Zugharmonikas (120 verschiedene Nummern von 2 M. bis 80 M.), Zithern, Violinen, Musikwerke usw. verschickt umsonst und portofrei. 1633b*

A. B. Koch,
Berlin O., Brombergerstr. 15/16.
Strohengroßhandlung.
Bezieher für erstklassige Marken ab Platz:
Zentfenberg: **Salon-Briaquetts**, Cir. 75 Pf.
la Marienglück 7* (110-120 Stk.) 80 Pf.
la Diamant 7* 85 Pf.
gel. gef. Qualität unübertroffen.
la Aise 7* von 10 Cir. an 90 Pf.
Jlle u. Diamant-Halbperle laie 70 Pf.
Briquetts-Briaquetts 65 Pf.
la Anthracit-Cade pr. Cir. 1.95 R.
Graf's Refere zu Anstaltspreisen.
Bon 50 Cir. ab p. Cir. 5 Pf. billiger. Anlieferung frei Keller p. Cir. 10 Pf. mehr.
Bei Crig. Waggon in größeren Abhängen direkt von der Grube verl. Die meine Spezial-Offerte. 657L*

Prämiiert mit Staats- und Goldenen Medaillen:

Höchst beachtenswert!
Beste Herren- und Knaben-Garderoben der Gegenwart!

Carl Zobel, Berlin SO., Köpenickerstr. 121
Ecke Michaelkirchstrasse.

Für die Herbst- und Winter-Saison 1904-5 sind die Läger in allen Abteilungen in reichster Auswahl ausgestattet, alle Größen, auch für korpulente Herren, sind vorrätig. - Meine Garderoben zeichnen sich besonders durch vorzügliche Verarbeitung, elegante Passons, tadellosen Sitz und dauerhafte Stoffe aus; für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück übernehme ich volle Garantie. Wie in meinen sieben großen Schaufenstern, so sind auch in meinen Lägern an jedem Gegenstand deutlich mit Druckschrift in Zahlen vermerkte feste Preise, die ich in Anbetracht der Güte so billig berechnete habe, daß ich mich sowohl in fertigen Garderoben wie auch bei der Anfertigung nach Maß von keiner Konkurrenz überbieten lasse. - Zuschneider und Werkstätten im Hause. - Bestelung ohne Kaufzwang gestattet. - Ankleidezimmer in jeder Abteilung. - Der neueste Katalog wird gratis versandt. 657L*

Verantw. Red.-Leiter: Paul Wittner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Den Parteigenossen und Abonnenten des „Vorwärts“ zur Kenntnis, daß die Parteispedition für den fünften Wahlkreis am 1. November eröffnet wird. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, soweit er den „Vorwärts“ noch von Privatpediteuren bekommt, sofort bei der Parteispedition, Reibestraße 42, zu bestellen. Wer den „Vorwärts“ bereits durch die Parteispedition des vierten oder sechsten Kreises bekommt, hat nicht nötig abzubestellen, denn diese Abonnenten werden und überwiesen. Wir hoffen, daß die Genossen dem einstimmigen Beschlusse des Wahlvereins entsprechen und bei der Parteispedition abonnieren. Der Vorstand.

Achtung! Sechster Wahlkreis! Schönhauser Vorstadt. Dienstag abend findet im „Berliner Prater“, Rastanien-Allee 7, eine Wahlvereins-Versammlung statt. Siehe Inserat. Der Vorstand.

Preis. Dienstag ist in den bekannten Lokalen Zahlungen d. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Pankow. Der Wahlverein feiert am Sonnabend, den 12. November d. r. sein 14. Stiftungsfest in Kochsitz „Gesellschaftshaus“, Kreuzstraße 3-4. Programm: Musikkonzert, Liebesvorträge, Mitwirkung des „Berliner Ill-Trio“, Vilets — in beschränkter Zahl! — bei den Bezirkskassierern.

Eine Protestversammlung in Sachen des Schulstreits wird Dienstag abend 8 1/2 Uhr bei Weigel in Kummelsburg, Nierschmidtstraße 45 abgehalten. Gemeindevertretung und Lehrerschaft sind eingeladen.

Ober-Schönweide. Heute, Sonntag abend Punkt 8 Uhr findet eine Versammlung der Parteigenossen und Genossinnen bei Kaufhold, Wilhelmshofstraße 18, statt. Tagesordnung: Vortrag über Lessing und Regitationen aus seinen Werken. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen, Bezirk Pankow. Dienstag Wahlvereinsversammlung. Es finden Wahlen statt. Die Genossen werden ersucht die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Steglitz. Die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins findet Mittwoch abend 8 1/2 Uhr bei Schellhase statt. Regitations-Vortrag über „Geinrich Heine's satirische Dichtungen“ von G. Albert (Cicrip).

Lokales.

In den Heimstätten für Genesende

Hat seit Beginn des Herbstes der Zubrang von Aufnahmefuchenden erheblich nachgelassen. Nach der letzten Frequenzübersicht, die am 22. Oktober aufgestellt wurde, waren an diesem Tage nur noch in der Heimstätte Gütergog (für lungenkranke Männer) sämtliche 98 Betten belegt. Vorgemeldet waren hier noch 132 Personen, und die Wartezeit stellte sich noch auf 73 Tage. Dagegen hatten die übrigen Heimstätten bis dahin alle Vorgemeldeten, soweit nicht inzwischen die Meldung wieder zurückgezogen worden war, untergebracht, so daß dort die Aufnahmefuchenden nach Erledigung der Aufnahmeverhandlungen keine Wartezeit mehr durchzumachen brauchten. In Blankenfelde und Walschow (beide für lungenkranke Frauen) waren von zusammen 157 Betten schon wieder drei unbesetzt. Blankenburg (für genesende Frauen, auch für Wöchnerinnen) und Heinersdorf (für genesende Männer) hatten noch geringere Frequenzen; unbesetzt waren in Blankenburg von 70 Betten 15, in Heinersdorf von 72 Betten 32.

Diese Frequenzrückgänge treten in jedem Herbst ein, weil im allgemeinen immer noch eine große Abneigung dagegen besteht, in der kälteren Jahreszeit eine Heimstätte aufzusuchen. Das ist sehr bedauerlich. Die Heimstätten sollen keine „Sommerwohnungen“ sein, sondern eine Ergänzung der Krankenhäuser, da es diesen nicht möglich ist, ihre Pfleglinge bis zu völliger Genesung zu behalten. Der Aufenthalt in den Heimstätten ist im Winter nicht weniger zweckdienlich als im Sommer. Es braucht niemand zu fürchten, daß er da drinnen erfriert. Bei den Heimstätten für lungenkranke, besonders bei der Heimstätte Gütergog, ist es ja in den letzten Jahren dahin gekommen, daß sie im Winter beinahe ebenso stark wie im Sommer belegt sind. Hier ist das Verhältnis zwischen der Zahl der Betten und der Zahl der Aufnahmefuchenden so groß geworden, daß schon aus diesem Grunde die Beschränkung auf die wärmere Jahreszeit zur Unmöglichkeit werden mußte. Dagegen hat sich für Blankenburg und Heinersdorf diese gleichmäßigere Verteilung leider noch nicht erreichen lassen, und noch immer bleiben hier im Spätherbst und im Winter fast zwei Drittel der Betten unbesetzt.

In den Monaten mit geringerer Frequenz sollten besonders diejenigen in den Heimstätten hinausgehen, die auf Kosten der vorhandenen Wohltätigkeitsfonds versorgt zu werden wünschen. Sie haben da noch am ehesten Aussicht auf baldige Berücksichtigung und zeitige Aufnahme. Die Fonds sind noch viel zu wenig bekannt. Alljährlich beziehen sie etwa 4000 M. aus Stiftungsmitteln (Kronstiftung und Schloßverrentung) und 10 000 M. aus allgemeinen städtischen Mitteln (etatmäßiger Freistellungsfonds). Auch die Armenverwaltung trägt für einen Teil der Pfleglinge die Verpflegungskosten, doch hat das mit der Gewährung der Verpflegung aus diesen Wohltätigkeitsfonds nichts zu tun. Wer aus den Wohltätigkeitsfonds versorgt zu werden wünscht, hat ein Gesuch an das Heimstätten-Kuratorium (Bureau: Neue Friedrichstraße 9) zu richten. Es wird dann nur ein Gutachten des Bezirksvorsichters, nicht des Armenkommissions-Vorsichters eingeholt, und selbstverständlich tritt in diesem Falle kein Währungsverlust ein. Bedingungen sind Ortsangehörigkeit, Bedürftigkeit, Würdigkeit. Verzügliches Attest ist einzureichen, Formulare dazu gibt's kostenfrei im Bureau.

Im Etatjahr 1902/03 wurden aus dem Freistellungsfonds 92 Personen und aus Stiftungs- und Vereinsmitteln 69 Personen (einschl. 21 Personen aus Mitteln des Vereins zur Unterstützung armer Wöchnerinnen) in den Heimstätten versorgt. Das sind wirklich nicht viel. Würde das Vorhandensein dieser Fonds hinreichend bekannt gemacht, so dürfte sich bald zeigen, daß das Bedürfnis viel größer ist. Und die städtischen Behörden können dann leicht in die Lage kommen, doppelt so tief in den Stadtkasse hineingreifen zu müssen.

Die Leiche im Brotwagen. Im Kuratorium für das Obdach und das Arbeitshaus wurde bei Beratung des nächstjährigen Etats der in Reinickendorf untergebrachten Piziale des auf Kummelsburger Gebiet gelegenen Arbeitshaus-Hospitals ein solcher unglaublicher Vorfall durch den Stadtverordneten Hoffmann zur Sprache gebracht. Hoffmann hatte in der Piziale eine Revision vorgenommen und dabei hatten Hospitaliten in großer Entzifferung ihm unter anderem die Beschwerde vorgebracht, daß nach dem Ableben eines Hospitaliten der Brot-

wagen dazu benutzt worden sei, nicht nur den Sarg von Kummelsburg nach Reinickendorf zu bringen, sondern auch die eingefargte Leiche von Reinickendorf mit nach Kummelsburg zu nehmen. Genosse Hoffmann hatte in seinem Revisionsberichte dieses unerhörte Verfahren, das nicht ohne Wissen des Reinickendorfer Hausvaters und des Kummelsburger Direktors eingeschlagen sein konnte, scharf gerügt und auf das Gleichhafte und Gefährliche einer solchen Verwendung des Brotwagens hingewiesen. In der Kuratoriumssitzung erklärte der Stadtrat Fischbe, die Sache sei nach Eingang des Berichtes untersucht worden und habe sich leider bestätigt. Ähnliches werde nicht wieder vorkommen, die Schuldigen hätten einen strengen Verweis erhalten. Es habe sich darum gehandelt, daß ein infolge eines Falles plötzlich verstorbenen Hospitalist feziert werden sollte. Zur Ueberführung nach Kummelsburg seien Papiere nötig gewesen, ein Leichenausweis. Da habe man, um Umstände zu vermeiden, eine unauffällige Art der Ueberführung gewählt. Der Sarg sei aber ganz neu gewesen und die Leiche gesund. Hoffmann erwiderte, dann liege die Sache ja noch ungeheuerlicher. Man habe die geltenden Bestimmungen umgangen und geradezu Leichenschmuggel getrieben. Unser Genosse warf dann noch die Frage auf, ob Fischbe's Hinweis auf den „neuen“ Sarg zu dem Schluß berechtige, daß es in Kummelsburg auch „gebrauchte“ Särge gebe.

Im Kuratorium war diesmal die Beurteilung dieses allerneuesten Skandals aus Herrn Fischbe's Verwaltung eine allgemeine. Selbst sehr bedächtige und vorsichtige Stadtväter erklärten, „das sei, gelinde gesagt, eine Schweinerei“. Man sieht, was alles in der Verwaltung möglich ist für die, nach einem Auspruch des Oberbürgermeisters, Herr Fischbe, „gerade der Mächtige“ ist.

Der Strafenhandels Erdrosselung kann also nunmehr beginnen. Der Magistrat hat, wie wir am Sonnabend kurz meldeten, am Freitag beschlossen, der vom Polizeipräsidenten geplanten „Regelung“ des Strafenhandels zuzustimmen. Die Hausbesitzer, die seit Jahren auf dieses Ziel hingearbeitet haben, werden mit dem Magistrat zufrieden sein.

In der Stadtväterordneten-Versammlung, die die gütige Erlaubnis erhalten hatte, sich wenigstens „gutwillig“ zu äußern, hatte das Opus des Polizeipräsidenten viele Freunde gefunden. Schließlich war aber doch keine volle Mehrheit zusammenzubringen gewesen, selbst nicht für die etwas mildere Fassung, die der von den Stadtverordneten eingesetzte Ausschuss vorgelegt hatte. Es wurde sogar ein Antrag Singer angenommen, durch den der Magistrat direkt ersucht wurde, der Verordnung nicht zuzustimmen. Aber das alles braucht ja den Magistrat nicht zu kümmern.

Das Polizeipräsidentium wird sich freuen, daß er so bereitwillig einen Teil der Verantwortung für die Folgen dieser Maßregel auf sich nimmt. Nur einen ganz kleinen Widerspruch gegen das Polizeipräsidentium hat Magistratus sich doch erlaubt. Er wünscht für die Nebenstraßen der, mit der Strafenhandelsperre beglückten Straßen, daß die Sperre nicht 80 Meter, sondern nur 20 Meter in sie hineinreicht. Das ist eine Abmilderung der Forderungen des Polizeipräsidentiums. Aber gegenüber den Vorschlägen des Ausschusses bedeutet es sogar noch eine Verschlimmerung, denn selbst dieser wollte die Sperre nur 15 Meter weit in die Nebenstraßen hineinreichen lassen.

Das Polizeipräsidentium wird sich nun beeilen, die Verordnung in Kraft zu setzen. Ihre Wirkungen wird man dann bald sehen. In den für den Straßenhandel gesperrten Straßen werden die sechshändigen Händler, die Ladeninhaber, ein paar Groschen mehr verdienen — und die Hauswirte werden ihnen den Mehrverdienst wieder abzwandern, indem sie die Ladenmiete steigern. Sie warten ja schon längst darauf. Von den Straßenhändlern aber, die ihres Hauptverdienstes beraubt sind, wird mancher der Armenpflege zur Last fallen.

Der militarisierte Vahhorn.

Kein besserer Platz weiß Vater Vahhorn sich als in den Desebüchern unserer öffentlichen Schulen. Die Phantastie des berechnungswürdigen Herrn bewegt sich im Vordrücke alter Sünden, und in seiner Unnatur glaubt er, der Jugend die Laische, daß es zwei Geschlechter gibt, grundsätzlich vermeintlichen zu müssen. Der Herr hält nämlich die Phantasie der Jugend für ebenso schamlos wie die seine; und in diesem unzulässigen Vorurteil will er gleich reinen Tisch machen. Vater Vahhorn huldigt aber auch dem Fortschritt, wenn dieser Fortschritt sich in einer Richtung bewegt, die seiner Meinung nach der Regierung genehm ist. In früherer Zeit tat er sich in der einfachen Enttarnung der deutschen Dichter genüge. Aus dem Liebchen machte er eine Schwester und aus dem Sprößling eigennützig die Ehe in Johann dem mürrischen Seifenkuchen einen reichen, lauten, feisten Mann. Aber die Zeiten haben sich geändert; eine Notte von Menschen, nicht wert den Namen Deutscher zu tragen, ist inzwischen entstanden und sucht alles, was dem Kornmaßling heilig ist, zu verunreinigen. Vor allem richtet diese Notte ihre Angriffe gegen das Kriegsheer, und dem muß dadurch vorgebeugt werden, daß man den deutschen Dichter jetzt patriotisch entmannt. Früher hieß es in dem bekannten alten Soldatenliede:

Wie lieblich sang die Nachtigall vor meines Vaters Haus; Verklungen ist nun: Sang und Schall, Das Lieben ist nun aus.

Das Bündel ist schon längst geschnürt Herzallerliebste mein; Wir ziehen fort ins fremde Land Und lehren niemals heim.

Im „Liederschatz für höhere Schulen“ von Günther u. Rord, Oberfeld, Selbstverlag, dritter Teil (13. Aufl.), das u. a. in der Oberrealschule in Groß-Lichterfelde von Cuarta an gebraucht wird, lautet die Verse jetzt so:

Wie lieblich sang die Nachtigall In friedlich stiller Nacht, Verklungen ist nun Sang und Schall, Es tönt der Ruf zur Schlaht.

Und unser Bündel ist geschnürt, Wir ziehen nun ins Feld, Ade, die Trommel wird gerührt, Zum Kampfe eilt der Held.

Vater Vahhorn hat ein langes Leben. Aber, wenn er endlich nach des Himmels Rügung zur Hölle gesandt wird, dann soll sein Taschenrechner mit ihm, damit er die Operation, mit der er jetzt die deutschen Dichter entehrt, in alle Ewigkeit zur Strafe an sich selber vollziehen kann. Ein Quartett von Beelzebuben wird ihm dabei sein Lied von der Nachtigall vorzulesen.

Der Fortbildungsausschuss der Stadtväterordneten-Versammlung hat am Freitag die erste Sitzung des ihm zur Vorberatung überwiesenen Ortsstatuts der geplanten Pflicht-Port-

bildungsschule ziemlich zu Ende geführt. Zu bemerkenswerten Debatten kam es über die Beschaffung der Vermittel und über die Befugnis zu zeitweiliger Dispensation vom Schulbesuch. Die Vermittel soll der Arbeitgeber beschaffen, die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses schlagen aber vor, diese Pflicht auf die Gemeinde zu übernehmen und die Vermittel aus dem Stadtkasse zu liefern. Es ist nämlich zu befürchten, daß die Arbeitgeber die Kosten der Vermittel in irgend einer Form auf die Belegschaft bzw. auf deren Eltern abwälzen werden. Doch die Mehrheit des Ausschusses ließ das nicht gelten und lehnte den Antrag ab. Dispensation vom Schulbesuch soll der Dirigent für einige Stunden oder auf längere Zeit bewilligen dürfen. Unsere Vertreter erklärten das für sehr bedenklich, da hierdurch den Arbeitgebern die Möglichkeit geboten werde, unter allerlei Vorwänden die Beschäftigung zu durchlöchern, um die Belegschaft so gründlich auszunutzen zu können wie früher. Doch ihr Antrag auf Streichung fand wieder keine Mehrheit. Dafür wurde wenigstens der von anderer Seite gestellte Antrag angenommen, den Ausdruck „auf längere Zeit“ zu streichen.

Was der Magistratskommissar für die Krankenkassen Berlin nicht sieht. Seit dem 18. Mai 1903 beträgt der auf die Arbeiter entfallende Betrag der Beiträge zur Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse 54 Pf., das macht mit 15 Pf. Invalidenversicherungsbeträgen 69 Pf. Seit derselben Zeit werden den Arbeitern als Summe der Beiträge aber bei der Firma Lüben u. Buhse, Schraubenfabrik, 70 Pf. in Abzug gebracht. Dieser etwa an 300 Arbeitern gezahlte Abzug ist geschwindig und strafbar. Der Firma gehört der frühere Vorsitzende der Kasse sowie der durch Zahlung von gegen 100 000 M. für Steuerhinterziehung berühmt gewordene Stadtverordnete a. D. Lüben an. Wie kommt es, daß derselbe Magistratskommissar, der ängstlich bemüht ist, durchaus den Intentionen der Arbeitgeber entsprechende Maßnahmen zu verhüten, die eine Entlastung der Kasse herbeiführen würden, die zu hohen Belastungen der Arbeiter nicht sieht? Ein Pfennig ist nicht viel; immerhin beläuft sich das Jubel bei rund 300 Arbeitern auf jährlich 150 M. Seit wie viel Jahren findet dieser rechtswidrige Abzug statt?

Die kürzlich verlagte Verhandlung des Hochstaplerprozesses v. Potulocki-Walowski und Genossen wird schon am 7. November auf neue vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I beginnen. Der Prozeß muß von Anfang an noch einmal verhandelt werden. Den Vorsitz führt wieder Landgerichtsdirektor Bödler, die Verteidigung die Rechtsanwältin Dr. Schwindt und Hugo Caro. Die Verteidiger haben noch mehrere neue Entlastungszeugen vorgelegt.

Die erheblich die Abnahme des in Berlin zur Untersuchung vorgelegten Fleisches seit dem Inkrafttreten des Ergänzungsgesetzes ist, dafür liefern, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mitteilt, die nachstehenden Zahlen den besten Beweis. Während allein in der Untersuchungstation I in der Diercksstraße vom 1. bis 29. Oktober vorigen Jahres 19 497 Rinderviertel, 7558 Kälber, 2039 Schafe, 10 814 Schweine untersucht wurden, gelangten jetzt dort in demselben Zeitraum nur 221 Rinderviertel, 5259 Kälber, 373 Schafe und 3008 Schweine zur Untersuchung.

Die Verurteilung gegen den in Untersuchungshaft genommenen Bankier Kriehof nimmt eine große Ausdehnung an und dürfte sobald noch nicht geschlossen werden können, denn es melden sich fast täglich noch neue Leidtragende, die ihr Vertrauen zu dem Verhafteten mit dem Verluste kleinerer und größerer Summen zu büßen haben. Die Verteidigung Aniehofes haben Justizrat Freundenthal und Rechtsanwalt Leonh. Friedmann übernommen.

Der neue Tarif für die Stadt- und Ringbahn und den Vorortverkehr von Berlin, wie er am 1. November in Kraft tritt, bringt vor allem eine große Zahl neuer und wichtiger Verkehrsbeziehungen, die im alten Tarif vom 1. April 1899 gefehlt haben. So sind jetzt fast von sämtlichen Stationen der Stadt- und Ringbahn Bahnhöfen nach den einzelnen Stationen der Vorortstrecken und umgekehrt zu haben. Ausgegeben werden nach wie vor einfache Fahrkarten 2. und 3. Klasse sowie Hundekarten. In Betracht kommen die Vorortstrecken nach Oranienburg, Bernau und Tegel, Strausberg-Rudersdorf, Fürstentum—Königs-Wusterhausen mit Spindlerfeld, Groß-Lichterfelde—Jossen, Potsdam und Werder sowie Rauen. Für den Verkehr der Vororte untereinander wird eine sehr große Zahl neuer Fahrkarten ausgestellt. Ihre Aufzählung umfaßt in den neuen Preistafeln nicht weniger als 55 Seiten. Der neue Tarif enthält wieder auch die Preise für die Arbeiterwochenarten in Stadt- und Ringbahnverkehr. Es fehlen hier nur wenige Stationen für Stationen, die unmittelbar nebeneinander liegen. Eine besondere Aufstellung gibt jetzt die Preise für die Arbeiterwochenarten, die es z. B. vom Steintiner Bahnhof nach Bernau, von der Stadtbahn nach Neuenhagen und Strausberg, vom Schloßischen Bahnhof nach Erkner, vom Potsdamer Bahnhof nach Jossen und Mariensfelde, vom Lehrter Bahnhof nach Rauen und Spandau sowie umgekehrt gibt.

„Wider die Pfaffenherrschafft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Der Verfasser behandelt in dem soeben ausgegebenen 29. Heft „das Ende des Bauernkrieges“. Nach hartnäckigem Widerstand waren die Bauern zu Boden geworfen, die Volkskraft gebrochen. Die Ruhe des Kirchhofes herrschte in Deutschland. Aber lange sollten die übermächtigen Sieger nicht ungestört ihre Triumphe feiern. Schon bald nach dem Ende des Bauernkrieges trat die kommunistische Agitation der „Wobler-Läfer“ auf. In interessanter Darstellung schildert nun der Verfasser die Entstehung und den Untergang dieser Woblerläufer.

Die Illustrationen des Heftes zeigen uns ein Porträt Melancthons, eine Karikatur auf Luther und einige Darstellungen, wie die übermächtigen Herren sich an den unterlegenen Bauern rächen.

Das Werk erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 20 Pf. und kann von allen Parteibüchereien und Kolporturen, in Berlin von den Parteispeditionen bezogen werden. Abonnenten können jederzeit eintr.ien und die bereits erschienenen Hefte nachbezahlen.

Unglückliche Liebe zum Soldatenhande. In der Friedrichstraße wurde gestern abend der russische Kadet der 4. Kompanie des Infanterieregiments v. d. Goltz (7. Kommerzien) Nr. 54 aus Kolberg verhaftet. Er scheidet in Kandidatenscheidung und verkaufte Waffen und dergleichen. Er ist im Juli desertiert. Er entfernte sich abends in Litwa aus der Kaserne und konnte trotz eifrigen Forschens in der Umgebung Kolbergs nicht entdeckt werden. In den Strandanlagen fand man sein Seitengewehr mit Koppel, auf den Feldern des Dorfes Bobrow seine Mütze als Kopfbedeckung einer Vogel-scheuche. Den grünen Hut der Scheuche hatte er aufgesetzt. Als unglücklicher Heerespflichtiger im November vorigen Jahres eingestellt, verbüßte er bereits eine sechsmonatige Gefängnisstrafe in Spandau. Gestern wurde er von einem ehemaligen Kameraden erkannt und festgenommen. Er war geständig und wurde zur Polizei und dann zur Wache des 2. Garderegiments gebracht.

Das Neue von der Blatzensur. Eine Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit erblickt die Firma Rand u. Hartmann in der Ankündigung einer Volksversammlung, welche der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dienen soll. Die betretende Versammlung, welche in Weders Festsaal, Kommandantenstraße 62, stattfinden wird, mußte deshalb bereits auf Montag, den 31. d. Mts. verschoben werden. Auch in der Umschreibung: „Anstehende Krankheiten und Prostitution“ wurde von der genannten Firma der Anschlag abgelehnt. — Wenn wir nicht irren, will die Polizei selbst den Ge-

Schlechtskrankheiten in ihrer Art entgegenwirken. Sind Raub und Hartmann polizeilicher als die Polizei?

Ein Zahnkünstler in der Brunnstraße hat auf seinem Schild am Hause angebracht, daß er zu einer bestimmten Tageszeit umsonst Zähne zieht. Das las ein Handwerker von außerhalb, dem gerade einige hohle Zähne quälten und der vergeblich versucht hatte, die Schmerzen in Alkohol zu erlösen. Er überlegte sich zwar, daß es nicht mehr die angegebene Freizeit war, ging aber trotzdem zum Zahnkünstler hinauf, weil er sich sagte, daß er ihm wohl auch zu einer anderen Zeit umsonst helfen könne. Die Frage, ob er die Qualen schmerzlos beseitigen wolle, bejahte er natürlich. Als es nach Beendigung des Werkes zum Zahnen kommen sollte, bekannte der Mann, daß er nicht einen Pfennig besitze. Seine Verurteilung auf das Schild wollte der Künstler nicht gelten lassen, weil der Handwerker selbst zugab, daß er sich in der Zeit nicht geirrt habe, und da er die verlangten fünf Mark nicht erhielt, so ließ er den Patienten von einem Schutzmännchen zur Wache und nach der Kriminalpolizei bringen. Diese setzte den des Betrugs Beschuldigten wieder auf freien Fuß.

Zu der Magistratsvorlage über die Einschränkung der Sonntagsruhe im Bank- und Engros-Verkehr, in der Versicherungsbranche und in Agentengeschäften sind zahlreiche Anträge eingegangen u. a. auch von dem Stadterordneten Wallach, der beantragt: Für die letzten vier Wochen vor den drei Festtagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten treten die Bestimmungen des § 1 des Statuts außer Kraft. Der Ausschuss, der am nächsten Donnerstag gewählt werden soll, wird sich mit all den Anträgen zu beschäftigen haben.

Zur Vorbereitung der Wahlen zu den Kaufmannsgerichten haben der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, der Zentralausschuss hiesiger kaufmännischer gewerblicher und industrieller Vereine, der Bund der Industriellen, der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden, der Verband Berliner Spezialgeschäfte und das „wirtschaftlich-liberale Komitee“ — wie bei den Handels-Kammervahlen — die Bildung eines gemeinsamen Zentralwahlkomitees beschlossen. Die erste Sitzung wird im Laufe dieser Woche stattfinden.

Durch einen Sturz aus dem Eisenbahnwagen ist ein junger Mann namens Adolf Langner um das Leben gekommen. Er fuhr mit der Stadtbahn vom Schlesischen Bahnhof nach Weisen zu. Zwischen den Stationen Jannowbrücke und Alexanderplatz öffnete er aus irgend einem Grunde, der nicht festgestellt ist, die Tür des Abteils und fiel auf den Bahndörper hinaus. Die Mitfahrenden zogen die Notleine, und Bahnbeamte nahmen den Schwerverletzten, der sich einen Schädelbruch zugezogen hatte, in dem Zuge nach dem Alexanderplatz mit. Auf der Unfallstation in der Reibelstraße konnte er nur noch seinen Namen angeben und mitteilen, daß er aus Tomaszewitz in Pommern komme. Weiteres ließ sich über die Persönlichkeit des Verunglückten nicht feststellen. Der Mann wurde ins Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo er an einer Gehirnerschütterung starb.

Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders der Frau Walscher aus der Woyenstraße, Stallschweizers August Mühlerhals, wird aus Stettin gemeldet, daß dort und in der Umgegend, gleich wie in Berlin, gegenwärtig noch weitere Ermittlungen angestellt werden, um dem Verhafteten noch ihm zur Last gelegten Verbrechen zu überführen. Es ist ermittelt worden, daß der Unbekannte, der nach der Beschreibung des Schiffszimmermanns Nitlag in Jüllshov mit Mühlerhals identisch sein soll, in der Zeit vom 16. bis 18. d. M. vormittags, in der dortigen Gegend gebettelt hat; auch ist es nicht ausgeschlossen, daß er irgendwo einen Diebstahl ausgeführt hat, um sich die Mittel für die Rückreise nach Berlin zu verschaffen, wo er am Abend des 18. Oktober aufgetaucht sein soll. Die Jüllshower Ortsbehörde fordert daher alle diejenigen Personen auf, sich zu melden, bei denen der Unbekannte feinerzeit vorgesprochen hat. Mühlerhals ist 27 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat schwarzes Kopfhaar und gleichen Schmutzbarth und trägt bei seinem Aufenthalt in Pommern einen dunklen Jacketanzug. — Die Berliner Polizei ist bisher noch nicht in den Besitz der aus Fern erwarteten Bilder von Mühlerhals gelangt.

Der Polizeipräsident macht bekannt, daß unter den Remonten der 4. Eskadron des 2. Garde-Dräger-Regiments die Infanterie (Prusische) ausgebrochen ist.

Die Berliner Markthallen haben im letzten Verwaltungsjahre (1. April 1903 bis 31. März 1904) an Einnahmen die Summe von 2 881 872,41 gebracht. Die Ausgaben betragen 2 678 246,52 Mark. Es ist mithin ein Ueberschuß von 203 625,89 Mark erzielt worden. Die Mehreinnahmen gegen das Vorjahr betragen 31 042,03 Mark. Dieselbe ist, nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats, entstanden durch bessere Vermietung der Wohnungen mit Läden sowie durch die größere Ausnutzung der Kuchräume; auch die Erstattungen für die Benutzung der städtischen Markthallen-Bahnhöfe haben wieder eine Mehreinnahme geliefert. — An Standgeldern sind im ganzen nur 204,00 M. mehr eingenommen als im Vorjahre. Mehreinnahmen wurden nur in den beiden Zentral-Markthallen und in der Markthalle II erzielt und zwar in diesen drei Hallen zusammen 32 786,08 M. Mehreinnahmen. Die übrigen elf Markthallen haben 32 492,08 M. weniger Einnahme gebracht als im Vorjahre. — Die Betriebsausgaben für sämtliche Markthallen betragen 895 308,26 M., die allgemeinen Verwaltungskosten 305 724,05 M. Für Schuldentilgung und Verzinsung wurden 1 838 928,21 M. verausgabt. An sonstigen kleinen Ausgaben waren noch 250 M. nötig. Für Abnutzung der Maschinen wurden 138 036 M. abgeschrieben.

Publikum und Theaterbrand. Die Polizeibehörde hat sechs Paragrafen über das Verhalten des Publikums bei Feuergefahr in den Theatern entworfen und verfügt, daß die Bestimmungen dem theaterbesuchenden Publikum durch Lichtbilder auf den Bühnenbühnen während der Pausen vor Augen geführt werden. Die sechs Bestimmungen lauten: 1. Das Theater in Ruhe verlassen. 2. Nach dem nächsten Ausgang gehen. 3. Nicht schreien, nicht drängen. 4. Nicht an der Garderobe sich aufhalten. 5. An den Ausgängen nicht stehen bleiben. 6. Den Anordnungen der Sicherheitsbeamten unbedingt Folge leisten. — Auf dem Papier machen sich die Ratsschlüsse gut; in der Ausführung läßt sich eine Menge aber schwer mit guten Ratsschlüssen leisten.

Die Brotpreise sind in den einzelnen Stadtteilen Berlins sehr verschieden. Die regelmäßigen Preisermittlungen, die das städtische Statistische Amt vornimmt, indem es das Gewicht der in bestimmten Bäckereien angekauften Brote feststellt, haben oft sehr beträchtliche Schwankungen ergeben. Das Amt hat nun zum erstenmal den Versuch gemacht, diese örtliche Verschiedenheit der Brotpreise übersichtlich darzustellen. Die Ergebnisse sind mitgeteilt im neuesten Jahrgang des „Berliner Statistischen Jahrbuchs“. Die 31 Bäckereien, auf die die Preisermittlungen sich erstrecken, wurden nach ihrer Lage in sieben Gruppen zusammengestellt. Dabei zeigte sich, daß im Durchschnitt der zehn Jahre 1891 bis 1903 der Preis des Roggenbrotes am niedrigsten in der Luisenstadt war; er stellte sich hier auf 21/10 Pf. für das Kilogramm. Erhöht sich höher war er schon im Nordosten und im Norden der Stadt mit 22/10 Pfennig und 22/10 Pfennig. In der Altstadt wurden 23/10 Pfennig bezahlt, im Schöneberger Viertel 23/10 Pfennig. Aufschlag hoch war der Brotpreis in Moabit mit 24/10 Pfennig, am höchsten in der Friedrichstadt mit 25/10 Pfennig. In der Friedrichstadt war hiernach das Brot um ein Sechstel teurer als in der Luisenstadt. Zu beachten ist freilich, daß die einzelnen Gruppen immer nur aus wenigen Bäckereien bestehen, Gruppe Moabit sogar nur aus drei. Da sind Zufälligkeiten nicht ganz ausgeschlossen.

Ein heftiger Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Arbeitswagen fand gestern, Sonnabend, nachmittags in der Berliner Straße, Ecke der Leibnizstraße in Charlottenburg statt. Gegen 1/2 Uhr fuhr der einspännige Arbeitswagen der Firma A. Ewert die Leibnizstraße entlang und bog in scharfem Tempo in die Berlinerstraße ein, als ein Straßenbahnzug der Linie N. (Straßenbahnhof—Kupfergraben) herangekam. Der Aufscher

des Arbeitswagens hatte die Geschwindigkeit seines Pferdes nicht gemindert, und so fuhr er gegen die Seitenwand des Anhängewagens des Straßenbahnzuges, dessen Motorwagen bereits die Kreuzung passiert hatte. Das Pferd rannte mit dem Kopf mit solcher Gewalt gegen die Wand des Straßenbahnwagens, daß es auf der Stelle tot zusammenbrach. An dem Anhängewagen wurden die Dachstützen am Hinterrad verbogen und die Perronwand durch den Scherbaum durchstoßen. Die Fahrgäste, sowie das Wagenpersonal blieben glücklicherweise unversehrt.

Im Gebäude der Arbeiter-Wohlfahrts-Anstalt, Charlottenburg, Frankfurterstr. 11/12, wird Mittwoch abend 8 1/2 Uhr der erste der 6. Vorträge zur Bekämpfung des Alkoholismus gehalten. Dr. med. Bonne aus Klein-Flottbeck bei Hamburg spricht über die Frage: Ist der Kampf gegen den Alkohol nötig? Der Eintritt ist kostenfrei. Der zweite Vortrag wird am 16. November gehalten.

Das Berliner Aquarium hat allein durch seine Tochteranstalt, die zoologische Station in Rospino, während der letzten Tage in mehreren Sendungen über fünfzig Arten Meerestiere erhalten, ein Beweis, daß die von genannter Station mit eigenen Fahrzeugen auf dem Adriatischen Meere betriebene Fischerei jüngst recht ergeblig gewesen ist und die frisch erbeuteten Lebewesen sich in den Aufbewahrungsbekältern der Station recht gut einzuwöhnen hatten. Das große Seeperdchen-Bassin des Aquariums konnte außer mit mehreren Hundert der originalen Seeperdchen mit einer kleinen Gesellschaft anderer Fischkieser, nämlich mit Vertretern der sänger- bis fuhlangen, dünnen, nadelartig gestreckten „Seenadeln“ besetzt werden, welche sich in Form und Farbe den im Wasser befindlichen Pflanzengestalten, namentlich den langgezogenen Blättern des Seeqrasses annehmen. Der in Befangenschaft leider nur kurze Zeit andauernde und daher für ein binnensändisches Institut höchst wertvolle und vermöge seines prächtigen Farbenspieles, charakteristischen Baues und prachtvollen Fleisches dem Naturfreund doppelt interessante einzige Vertreter einer besonderen Fischfamilie der Meerbarben (Mullidae), die rote, durch vorn hell abfallenden Kopf (parabolisches Stirnprofil), zwei zum Aufspringen der Raubzunge dienende lange Vorstacheln ausgezeichnete Meerbarbe ist in einer fünfköpfigen Gesellschaft angekommen und erfreut die Beschauer durch das herrlich farminot und silbern gefärbte Schuppengewand.

Der Berliner Zoologische Garten hat neuerdings ein Paar Springhasen erworben, die in dem sogenannten „alten Vogelhaus“, nahe dem Hauptrestaurant, untergebracht sind. In dem großen Räume, den sie bewohnen, hat man Gelegenheit, die eigenartigen Bewegungen der seltenen Afrikaner zu beobachten. An Größe und Färbung ähneln sie unseren Hasen, an Gestalt einer Springmaus. Wie letztere hüpfen sie nach Rangirungs-Akt auf den langen Hinterbeinen, wobei sie die kleinen Vorderbeine eng unter die Achseln ziehen, auch die großen runden Augen und der lange buschige Schwanz verhalten die Jüchsigkeit zur Springmausgruppe. In der Freiheit sind sie Raattiere und pflegen den Tag in selbstgegrabenen Erdhöhlen zu verschlafen, werden von den Anstößern eifrig gejagt und gern gefressen.

Der Endische Komet wird jetzt allabendlich den Besuchern der Reptilien-Sternwarte gezeigt. Seine Entfernung betrug am 15. Oktober von der Sonne 230 Millionen Kilometer und von der Erde 103 Millionen Kilometer. Nach 15 Tagen, heute, Sonntag, den 30. Oktober, beträgt seine Entfernung von der Sonne nur noch 220 Millionen Kilometer und die Entfernung von der Erde nur noch 85 Millionen Kilometer; seine Helligkeit nimmt daher jetzt schnell zu. Er bildet mit dem hellsten Stern in der Andromeda und dem hellsten Stern im Pegasus ein Dreieck und tritt erst am 28. November aus dem Sternensilde des Pegasus in das des Aquarius ein. Eine Karte, welche seine Auffindung erleichtert, ist von Direktor Archenhold entworfen worden und von der Reptilien-Sternwarte zu beziehen. Das Thema für den Sonntagvortrag lautet nachmittags 5 Uhr: „Die Orientierung am Sternenshimmel“, abends 7 Uhr: „Die Bewohnbarkeit der Welten“. Am Montag, den 31. Oktober, abends 9 Uhr, wird Direktor Archenhold über „Der Endische Komet und die bevorstehenden Sternschnuppenfälle“ sprechen.

Das Kasino-Theater hat sich eine Poffe aus dem Repertoire des einjährigen Adols Ernst-Theaters zugeeignet. Die „Wilde Kage“ geht jetzt in modernisierter Fassung unter dem Namen „Wildes Blut“ in Szene. Das Stück bringt merkwürdige Urwälsigkeit mit dem Berliner Leben in Beziehung und unterhält durch bunte Tollheiten sein Publikum. Was nicht mehr den Zeitverhältnissen entspricht, ist mit Geschick umgearbeitet worden, und manche neue Einlage wird über die Mauern des Theaters hinaus populär werden. Vor allem der vergnügliche Knutsch-Polka, der von Herrn Direktor Berg gedichtet und von Herrn Scheinbocher in eine hübsche Melodie gebracht worden ist. Das unter den Darstellern Herr Berg, der hier die Rolle des Volksanwalts César Pappe übernommen hat, das hauptsächlich Interesse auf sich vereinigt, ist altes Herkommen; und in seiner besonderen Art, die nicht allein die Lustlust erregt, sondern auch dem Gemüt sein wohlgeordnetes Ziel bietet, ist dieser Künstler wie geschaffen für das kleine Theater in der Voßtrierstraße. Ihm standen die Herren Timm, Jeunert und Zimmermann und die Damen Wäde, Scholz, Hoffmann, Ernt, Wöhle und Singer vortrefflich zur Seite. Besonders flott waren Fräulein Wöhle als Berliner Köchin und Herr Zimmermann als Neger Jimbo. — Der Poffe ging der ehemalige Einakter „Einer muß heiraten“ sowie ein kleiner Spezialitätenstück voraus. Das Pärchen Grifard war allerliebst im Nokofo-Kostüm, Herr Werner war als Verwandlungskünstler und Gesangsumorist auf der Höhe und ein einbeiniger Kraftmensch, Herr Borgold, ließ mit seinem Partner vergessen, daß er ein Krüppel war, der die schwierigsten Sachen machte.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Heute abend pünktlich um 7 Uhr Uhrlicher Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Platz 15.

Die beiden Pantomimen des Zirkus Schumann gehen heute Sonntag in Szene. In der Nachmittagsvorstellung gelangt „Marullo, Bilder aus dem spanisch-marokkanischen Kriege“, in der Abendvorstellung das große historische Drama „Michael Strogoff“ oder „Der Kurier des Jaren“ zur Aufführung.

Im Zirkus Busch werden die prächtigen 15 Polarbären und ebenso die 10 indischen Riesenelefanten am heutigen Sonntag zum vorletztenmal und zwar in beiden Vorstellungen zur Vorführung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung. Die Angelegenheit des städtischen Arbeitsnachweises hat der Magistrat um ein weiteres Halbjahr vertagt und er begründet dies damit, daß die zu erwartende Verstaatlichung der Polizei möglicherweise der Stadt eine Anzahl Beamter, die der Staat nicht mit übernehme, zur anderweitigen Verwendung überlassen könnte. Stadtv. Pieper (Soz.) als Berichterstatter wendet sich gegen diese neueste Verschleppung der Sache; seit 1898 beschäftigte sich die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag der Sozialdemokraten bereits mit dieser Angelegenheit, und viermal sei die Vorlage und zwar stets unter der unglücklichsten Begründung abgelehnt worden. Redner beantragt, den Magistrat erneut um eine Vorlage zu ersuchen, welche die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises per 1. April 1905 vorsieht. Stadtv. Rieger (Soz.) tritt gleichfalls der weiteren Verschleppung entgegen; zum mindesten sollten doch die Vorarbeiten bis auf die Wahl des betreffenden Beamten sofort erledigt werden. Stadtrat Hübler verpricht eine entsprechende Vorlage nebst dem Entwurf der Radweis-Ordnung. Hierauf wird der Antrag Pieper angenommen. Debattelos genehmigte die Versammlung alsdann den Vertrag mit der Märkischen Bodengesellschaft betreffend die Besiedelung des Ronnendammes. Aus der Begründung des Berichterstatters ist hervorzuheben, daß die Gesellschaft noch ca. 70 000 Quadratmeter Forstland vom Forstfiskus und

etwa 500 000 Quadratmeter Terrain in der Gemarkung Sternfelde zur Anordnung ihres Besitzes am Ronnendamm anzulassen beabsichtigt. Schon im nächsten Jahre dürfte dort eine große Arbeiterkolonie entstehen.

Eine rege Debatte rief weiter der Bau des neuen Bürger-schulhauses nebst Turnhalle hervor. Das Projekt unterliegt der Genehmigung seitens der Regierung; diese hat aber einige Ausstellungen gemacht und fordert insbesondere den Einbau einer dritten Treppe. Stadtv. Vender (konf.), der als Garnison-Deputierter über gute Sachkenntnisse verfügt, wendet sich mit Entschiedenheit gegen dieses Begehren. Die angelegene Regierungs-Berordnung vom Jahre 1892 komme hier durchaus nicht in Betracht; gegenüber der „rigorosen Auslegung dieser Verordnung“ hält er es für dringend erforderlich, einmal auf die gefährlichen Zustände im hiesigen königlichen Gymnasium hinzuweisen, wo überhaupt nur eine Treppe vorhanden sei, und die Türen bei ihrer Öffnung die freie Passage im Falle von Feuergefahr völlig hemmen. Stadtv. Jenne (lib.) bringt kurz den neuesten Eingriff der Regierung in die Selbstverwaltung der Städte (Schulaufsicht) zur Sprache und beantragt, die Turnhalle von dem eigentlichen Schulbau im Projekt derart zu trennen, daß die Turnhalle nicht als „Schul-Turnhalle“, sondern als „städtische Turnhalle“ bezeichnet werde. Stadtv. Vender spricht sich gegen diese Trennung aus, da sonst das Projekt völlig umgearbeitet werden müsse und dadurch eine weitere längere Verzögerung eintreten würde. Die Turnhalle solle nämlich gleichzeitig als Aula dienen; solle diese noch in das Schulhaus eingebaut werden, so würden hierdurch etwa 30 000 M. Mehrkosten entstehen. Stadtv. Rieger (Soz.) legt Wert darauf ein gegen das neueste Attentat der Regierung auf die Selbstverwaltung der Städte. Nicht nur in Berlin habe die Regierung einen solchen Versuch unternommen, sondern auch in einer Reihe anderer Städte; es liege also System darin. Vor einer Ausgabe von 30 000 M., um die Anschläge der Regierung zu durchkreuzen, schreien seine Freunde durchaus nicht zu und, so viel sei ihnen die Sache schon wert. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion sollte heute ohnehin der gleiche Antrag von der Jenne'sche gestellt werden, nur mit dem Zusatz, daß die Trennung des Turnhallen-baus vom Schulgrundstück grundbuchmäßig festgestellt und also in unantastbarer Form durchgeführt werde. Redner stellt einen entsprechenden Zusatzantrag. Oberbürgermeister Köhne erklärt, vollständig auf dem Standpunkt des Herrn Jenne zu stehen und auch der Meinung zu sein, daß die Gemeinden ihr Selbstverwaltungsrecht wahren müßten. Aus praktischen Gründen müsse er sich jedoch leider dagegen aussprechen (wegen der Aula, der zu beschützenden Verzögerung und weil die Turnhalle von anderen Schulen schon derart in Anspruch genommen sein werde, daß in diesem Falle eine Abgabe an Turnvereine kaum in Frage kommen könne). In Zukunft werde es sich jedoch empfehlen, die Turnhalle nicht mehr mit den Schulgebäuden zu verquicken.

Stadtv. Dr. Engelhardt (konf.) spricht sich in gleichem Sinne aus; so mander regierungstreue Mann könne den Standpunkt der Regierung in dieser Frage nicht billigen. Der Antrag Jenne-Rieger wird hierauf von der Majorität abgelehnt; für die nächste Sitzung ist jedoch bereits von unseren Genossen die folgende Resolution als Antrag eingebracht, die begründete Aussicht auf ziemlich einseitige Annahme hat:

„Die Stadtverordnetenversammlung bedauert es, daß sie aus rein praktischen Gründen den Antrag Jenne-Rieger betreffend Abweigung der Schulturnhalle von der Bürgerschule ablehnen mußte und erklärt sich dafür:

„daß in Zukunft Turnhallen nicht mehr den städtischen Schulen angegliedert, sondern als „städtische Turnhallen“ gebaut werden, um so das Selbstverwaltungsrecht der Stadt gegenüber der Regierung zu wahren.“

Rowaves. Endlich ist von der Regierung die Genehmigung zum Bau des Volksschulhauses in der Pfisterstraße eingetroffen, nachdem das alte Schulgebäude schon vor 10 Jahren für baufällig erklärt worden war, und zwar verlangte die Regierung, daß mit dem Neubau sofort begonnen werden soll. Dies kann aber nicht geschehen, da erst Räume für die Kinder, die in der alten Schule bisher unterrichtet wurden, geschaffen werden müssen. Es soll daher erst der Anbau an der Mädchenschule, welcher jetzt ebenfalls genehmigt ist, fertiggestellt und die jetzt in der Weberschule unterrichteten Mädchen nach dorthin verlegt werden, wodurch diese Räume für die Knaben der alten Schule frei werden. Da die Gemeindevertretung auch der Ansicht ist, daß der Zustand einer im Winter gebauten Schule für die Gesundheit der Kinder nicht zuträglich ist, soll der Gemeindevorstand der Regierung berichten, daß erst im Frühjahr mit dem Bau begonnen werden kann. — Außerdem wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung noch folgendes verhandelt: Auf die Petition der Gemeindevertretung an die Regierung um Verbesserung der hiesigen Bahnhöfe, ist der Bescheid eingegangen, daß eine Haltestelle der Stammbahn hier nicht angelegt werden könne. Da die Gemeindevertretung anderer Ansicht ist, beauftragt sie die feinerzeit für die Bearbeitung dieser Sache gewählte Kommission, sich noch weiter mit der Angelegenheit zu beschäftigen. — Vom Verein für Handel und Gewerbe sowie vom kaufmännischen Verein Hansa lag ein Antrag auf Anschließung der Gemeinde an das Kaufmannsgericht in Potsdam vor; die Vertretung beauftragte die Herren Rathen und Richter als Sachverständige, erst die Statuten des Potsdamer Gerichts zu prüfen und vertagte die Sache bis dahin. — Zur Aufnahme einer Anleihe für die Pflasterung der Plantagenstraße und einiger kleinerer Steinlegerarbeiten im Westtrage von 25 000 M. giebt die Vertretung ihre Zustimmung. Der Antrag der freiwilligen Feuerwehrgesellschaft auf Anschaffung von Schlauchmaterial und einer mechanischen Leiter wurde der neugebildeten Feuerlöschkommission überwiesen. Diese Kommission, welcher untererster Genosse Gruhli angehört, soll eine ständige bleiben und sich den Ausbau des Feuerlöschwesens in unserem Orte angelegen sein lassen. — Für das zur Erweiterung des Friedhofes benötigte fiskalische Terrain forderte die Regierung pro Quadratmeter 2 Mark; auf ein Gehäus im Preisermäßigung lautete die Antwort ablehnend mit der Motivierung, daß fiskalisches Terrain für derartige Zwecke stets zum ortsüblichen Preise verkauft worden sei. Die Vertretung beauftragte den Gemeindevorstand, sich mit einem Gehäus um Herabsetzung des Preises an den Minister zu wenden. — In der nichtöffentlichen Sitzung bewilligte die Vertretung die Mittel zur Anschaffung von wasserdichten Regenmänteln für die Nachtwächter.

Staatsgefährliche Vaterunser? Für Hennigsdorf an der Havel und Umgegend besteht ein „Katholisch-polnischer Arbeiterverein unter dem Schutze des heiligen Joseph“. Diesen Verein versuchte man zu einem politischen zu stampfen, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle. Der Vorstand wurde auf Grund der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes angefaßt, weil Änderungen im Mitgliederbestande nicht der Polizei angemeldet worden waren. Die polizeilich-staatsanwaltliche Konstruktion des angeblich politischen Charakters des Vereins war die übliche: Stärkung national-polnischer Gesinnung, Verschärfung des Gegensatzes zwischen Polentum und Deutschtum, dadurch Einwirkung auf politische Angelegenheiten, die öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 2 des Gesetzes seien. Entsprechende Latenzen konnten dem Verein nicht nachgesagt werden, und der Meinung der Staatsanwaltschaft gegenüber lautete der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, auf das Statut des Vereins verweisen, in dem folgende staatsgefährliche Bestimmungen enthalten sind: „Der Zweck des Vereins ist die Förderung des Ordnungssinns und der guten Sitten unter den Arbeitern polnischer Nationalität und die Bewahrung aller Mitglieder vor allen den guten Sitten drohenden Gefahren. Der Zweck soll durch Vorlesungen und Vorträge sittlichen Inhalts erreicht werden. Mitglied kann jeder unbefristete Pole und Katholik werden, der deutscher Untertan ist. Jedes Mitglied ist verpflichtet, täglich das übliche Morgen- und Abendgebet zu verrichten und außerdem ein „Vaterunser“ und den englischen Gruß beten, unter Hinzufügung: „Heiliger Joseph, bitt' für uns, damit unser Verein von Tag zu Tag wachse.“ usw. usw. Das Landgericht II zu Berlin hatte dem auch ein Einsehen und sprach den Vorsitzenden des Vereins frei, weil der Verein kein Verein

Nicht an Wiederverkäufer.

Phonographen

mit fein vernickeltem Trichter. Dieser Apparat wird nur beim Einkauf von 3 Original-Hartguss-Walzen a 1.- abgegeben. **M. 1,95**

Phonographen zur Aufnahme u. Wiedergabe (bisheriger Preis 12,50) **M. 6,75**

Phonographen zur Aufnahme und Wiedergabe in elegantem Eichenholzkasten mit neuem Trompeten-Arm (bisheriger Preis 25,-) **M. 13,50**

Zonophon-Platten-Maschine (bisheriger Preis 50,-) **M. 25,-**

Sonntag bleibt das Geschäft bis 2 Uhr geöffnet.

Einen Posten Phonographen a M. 1,95.

Nur M. 6,75 bisheriger Preis M. 12,50,
genau wie Abbildung.



Ich verschenke
im Monat November an meine sämtlichen Kunden bei Einkäufen von 1,00 M. an
1 Semi-Emaill-Portrait
für Broche, Medaillon oder Krawattennadel passend, welches nach jeder Photographie angefertigt wird.

Elektrische Taschenlampe 4 1/2 Volt **75 Pl.**
desgl. H. vernickelt, mit extragroßer Linse **95 Pl.**
(bisheriger Preis M. 2)

Ein Posten **Künstler-Walzen** **45 Pl.**
nur Original-Aufnahmen statt 1,50 nur
Neu eingetroffen!
Die bekanntesten und neuesten Schläger a 1 M.
in **Original-Hartguss-Walzen**
Ich übernehme für jeden Apparat **Garantie** und wird jeder, selbst der zu 1,95 Mark, bereitwilligst umgetauscht.

WAARENHAUS HERMANN TIETZ
Leipzigerstrasse 46-50 — Krausenstrasse 44-49.

Wohlfühle Woche!

Von Montag den 31. Oktober bis
Sonnabend den 5. November.
Soweit der Vorrath reicht

Während dieser Woche bringen wir Waaren aller Art, welche sich durch besondere Wohlfühle und vorzügliche Qualität wohl jetzt schon zum Einkauf für das Weihnachtsfest eignen.

Kleiderstoffe

- Farbige Damentuche Mtr. 75 Pl.
- Kostümstoffe mit matt hervortr. Karo Mtr. 95 Pl.
- Reinw. Cheviot ca. 110 cm breit Schotten blau-grün Mtr. 1 25
- Elegante Kostümstoffe Mtr. 1 95
- Reinw. Diagonal-Cheviot, Reinw. Foulé Mtr. 1 95
- Volle Fantasie elfenbein-, Gitter- und gupparre-artige Muster Mtr. 1 95
- Reinw. Satin-Tuche Mtr. 1 95
- Reinw. Kostüm-Cheviot Mtr. 1 95

Seidenstoffe

- Ein Posten Blusenstoffe Mtr. 85 Pl.
- Ein Posten Schottische Blusensammets Mtr. 1 85
- Schwere schwarze Damassés Mtr. 1 95 2 90 3 50
- Schwere farbige Damassés Mtr. 2 10 3 25 3 90

Pelzwaaren

- Seal-Kanin-Collier Orenburger Murrell-Collier ca. 110 cm 2 90 ca. 170 cm 6 00 ca. 165 cm lang 9 00
- Seal-Kanin-Stola Nerzmurrell-Stola ca. 220 cm 9 00 ca. 255 cm 15 00 m. 6 Fehschweifen 14 00

Taschentücher

- Reinleinen mit kleinen Webfehlern Werth bis 4,00 Dtzd. **1 90**
- Prima Lino-tücher beste Qualität Dtzd. **1 90**
- Reinleinen mit kleinen Webfehlern, feine Qualitäten Werth bis 3,50, Dtzd. **2 75**

Damen-Confection

- ca. 800 Escimo-Paletots schwarz, 70-115 cm lang, sämmtl. gefüttert, theilw. auf Seide. Nur neueste diesjährige Facons
- regul. Preis bis 15,50 18,75 22,50 26,50 31,50 40,00 48,00
- „Fidelio“ neueste reinseidene Japonbluse reich gezogen und mit Entreeux, nur weiss **4 65**

Kinder-Confection

- Kammgarn-Anzüge dunkelblau melirt, ganz gefüttert, beste Verarbeitung
- Serie I 3-5 5 50 6-8 7 00 9-10 Jahre 8 50
- Serie II 8 50 10 75 12 50
- Mädchenpaletots nur beste Verarbeitung, moderne Facons sportfarben und grau, 4-6 Jahre 8 75 7-11 Jahre 10 50 12-15 Jahre 12 75
- Ein Posten angestaubter weisser Kinderkleider 50-70 cm 6 00 75-90 cm 9 75

Tischwäsche

- Ein Posten Feinster Tischtücher u. Servietten **33 1/3 0/10**
- Reinleinen-Rasenbleiche unter Preis
- Die Tücher sind angeschmutzt und haben theilweise Bleichflecke.

Schuhe.

- Damen-Oberflüschuhe mit weisser Filzsohle **1 15**
- Damen-Leder-Hausschuhe mit und ohne Absatz-Fleck **2 55**
- Damen-Box Calf, Chevreaux, Schnür- und Knopfstiefel **7 60**
- Damen-Box Calf und Chevreaux, Schnür- und Knopfstiefel, Goodyear Welt, auch mit Absatz Louis XV. **10 40**
- Herren-Leder-Hausschuhe mit und ohne Absatz-Fleck, warm gefüttert **3 20**
- Herren-Box Calf und Chevreaux, Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel **9 90**
- Herren-Box Calf und Chevreaux, Zug-, Schnür-, Knopf- und Schnallenstiefel, Goodyear Welt **11 90**

Wäsche

- Damenhemden mit Spitze **85 Pl.**
- Damenhemden, Jacken in guten Stoffen } durchweg **1 25**
- Binkleider auch Knieform mit Stickerei-Volant } durchweg **1 25**
- Damenhemden Passe mit Madeira-Handtucherel und mit tmk Languette **1 75**
- Nachtjacken aus schwerem Double Piqué **2 00**
- Balkleider aus gutem Göper Barchend mit Languette, lange und Knieform **1 60**
- Bunte Barchend-Röcke beste Qualität mit Wollanguette **1 75**

Baumwollstoffe

- Baumstoffe Baliste, Organdy und andere Stoffe, Werth bis 90 Pl. Mtr. **45 Pl.**
- Ballstoffe Feinste Organdy, Engl. Fantasies etc. Werth bis 1,20 Mtr. **60 Pl.**
- Washseide imitiert, neue Muster Mtr. **20, 25 Pl.**

H Achtung! Im November er. verlege mein **Weiß- und Bairischbier-Lokal** nach **Alte Jakobstr. 83.** bis ans Ende der Sebastianstr. Empfehlung zwei Vereinsämmer, Saal, zwei Kegeltische u. Garten. **Gustav Ladewig, Kommandantenstr. 85, Tel.-Amt IV. No. 2991.**

Alle Raucher im Sturme erobert!
hat sich meine beliebte Spezialität **Cuba-Pflanzer No. III.**
Jeder Raucher, der dieselbe einmal probiert hat, gibt fortlaufend Nachbestellungen. Laufende Kretschmungs-schreiben.
Feine Borstenlamben-bede, gut und weich-brennend, parfümirt und billiges Rauchen!
Hudnahmepreis: 300 Stück M. 4,50, 500 Stück M. 9,80, 1000 Stück nur 18 M. Alles frei ins Haus gegen Nachnahme.
Rud. Tresp, Zigarrenfabrik, Neustadt bei Danzig C. 14.
Garantie: Zurücknahme oder Umtausch.
500 Stück echt türk. 2 Pfg.-Zigaretten „Neptun“, „Apis“ oder „Danziger Artushof“ m. M. nur 6,50 M. franko.

L. Katz & Co.
Spandauer Straße 45
am Rellensmarkt und
Spandauer Straße 56
Ede Königsstraße
liefern komplette
Kücheneinrichtungen
130 Teile für 85,- M.
200 „ „ 75,- „
300 „ „ 150,- „

Heinzelmann & Co., Brandenburgstr. 44
Cigarren-Fabrik.
Billigste u. reelle Bezugquelle für Wiederverkäufer u. Händler. Tel. IV. 229

Schöne Herren-
Garderobe. Wir empfehlen:
1 Posten getragene Herren-Paletots
1 Posten getragene Herren-Anzüge
1 Posten getragene Hosen
1 Posten getragene Gehörcke u. Rockanzüge
von den feinsten Herrschaften und Kavallieren. Nur kurze Zeit getragene Monatsachen **spotbillig.**
Zugleich machen wir auf unsere Abtheilung **neuer Garderobe** aufmerksam.
J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben
Hauptgeschäft: Chaussee 80 a.
2. Geschäft: Princesstr. 17, s. d. Wasserthorstr.
3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, s. d. Adressstr.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 20. Oktober 1904.

Zur Lage des Arbeitsmarktes.

Die beginnende Winterzeit. — Bautätigkeit. — Lage der Elektrizitäts-, Papier- und Lederindustrie. — Chemische und Textilindustrie. — Kohlen- und Eisenmarkt. — Steigerung der Lebensmittelpreise.

Bis gegen das Ende des Septembers schien es, als werde sich die kommende Winterzeit für den Arbeitsmarkt beträchtlich günstiger gestalten als in den letzten Jahren. Nicht nur in jenen Industriezweigen, die speziell Weihnachtsartikel arbeiten und in welchen deshalb regelmäßig im September eine regere Tätigkeit einsetzt, trat eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften hervor, auch in verschiedenen Branchen, in denen sich sonst bereits im September die Vorzeichen einer Abnahme der Intensität des Geschäftsganges bemerkbar zu machen pflegen, wie z. B. im Baugewerbe und seinen Hilfszweigen, stieg das Maß der Beschäftigungsgelegenheit. Diese Bewegung hat jedoch nicht lange angehalten; seit kurzem tritt auf den verschiedensten Arbeitsgebieten eine deutliche Abflauung hervor, die darauf schließen läßt, daß im kommenden Winter der Arbeitsmarkt kaum ein wesentlich günstigeres Bild zeigen wird, als in der letzten Winterzeit.

Im Baugewerbe herrscht vorläufig noch rege Tätigkeit, vornehmlich in Berlin und einigen rheinischen Großstädten, doch sprechen selbst hier die Anzeichen für ein baldiges Nachlassen der „Baulust“. Die halb- und dreiviertel fertigen Bauten sucht man schleunigst, bevor die Winterkälte Einhalt gebietet, fertigzustellen; aber neue Bauten werden im Vergleich zu früheren Jahren nur wenig in Angriff genommen; vielmehr weil nach der starken Bautätigkeit der letzten beiden Jahre sich Bedenken vor einer Ueberproduktion an Wohnungen geltend machen, besonders aber wohl, weil der Geldmarkt sich wesentlich geändert hat und die sogen. Geldverknäuerung, die während der nächsten Monate eher steigen als abnehmen dürfte, die Unternehmungslust lähmt. Und diese Abnahme der Bautätigkeit wird voraussichtlich auch verschiedene Nebengewerbe ungünstig beeinflussen, vornehmlich die Bautischlerei. Dagegen sind die Aussichten für die Möbelschlerei recht gute. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, die schon im vorigen Monat hervortrat, ist noch — da durchweg auf ein gutes Weihnachtsgeschäft gerechnet wird — gestiegen.

Nicht minder günstig sind die Aussichten der Elektrizitätsindustrie. Aus ihren verschiedenen Spezialgebieten, wie der Fabrikation von Elektromotoren, Dynamen, Transformatoren, Akkumulatoren etc. wird guter Geschäftsgang gemeldet, und auch das Glühlampengeschäft dehnt sich mehr und mehr aus. Gellagt wird nur über den Rückgang

des Exports von Isoliermaterialien. Ferner ist in den verschiedenen Zweigen der Papier-, der Leder- und Galanteriewaren-Industrie die Beschäftigung durchweg eine bessere, als im Vorjahre; allerdings wird vielfach auf Vorrat für das Weihnachtsgeschäft gearbeitet, und es läßt sich noch nicht sagen, ob dann, wenn der Absatz den ziemlich hochgespannten Erwartungen nicht entsprechen sollte, nicht nachträglich eine empfindliche Reaktion eintreten wird. Nur in einigen wenigen Spezialbranchen der Lederindustrie, besonders der Fabrikation von Lederhandschuhen, fehlt es infolge der Exportabnahme an Arbeitsgelegenheit. Die speziell für den Auslandsmarkt arbeitenden Firmen in Halberstadt, Gabelsleben, Gonnau haben schon im vorigen Monat ihren Betrieb noch weiter eingeschränkt und teilweise sogar ganz eingestellt.

Sehr verschiedenartig lauten, wie dies bei den zum Teile grundverschiedenen Produktions- und Absatzbedingungen kaum anders sein kann, die Nachrichten aus den einzelnen Branchen der Chemischen Industrie. Während die Farbenindustrie z. B. über Absatzmangel, vornehmlich über den Rückgang des Exports nach Ostasien klagt, ist die Zellstoffindustrie außerordentlich gut beschäftigt. Im ganzen können jedoch die Beschäftigungsverhältnisse in der Chemischen Industrie als normal gelten und ebenso in der Textilindustrie. Aus einzelnen Gegenden kommen zwar Klagen über einen „stillen Geschäftsgang“ der Baumwollspinnerei und -Weberei, z. B. aus Schlesien und Hannover, dafür sind aber in den rheinischen, sächsischen und bayrischen Hauptzentren dieser Industriezweige die Werke durchweg recht gut beschäftigt, und es ist bei den günstigen Aussichten der amerikanischen Baumwolle kaum anzunehmen, daß hierin in den nächsten Monaten ein Umschlag erfolgen wird. Auch die Tuch- und Leinenindustrie ist in normaler Weise beschäftigt, während die niederheinische Seiden- und Sammetindustrie noch immer unter den Nachwirkungen der im vorigen Jahre in dieser Branche eingetretenen Krise leidet. Wie regelmäßig im September/Oktober hat zwar auch in diesem Jahre die Fabrikation einen Aufschwung genommen, doch handelt es sich allem Anschein nach nur um eine temporäre stärkere Beschäftigung, mit der es nach Weihnachten wieder vorbei sein dürfte.

Ist demnach die Gesamtlage dieser Industrien eher etwas günstiger als schlechter wie im vorigen Jahre, so sind dafür die Aussichten des Kohlenbergbaues sowie der Eisen- und Stahlindustrie um so trüber, und diese Industrien sind heute die maßgebenden, die dem Marke ihre Signatur aufdrücken. Im Kohlenbergbau ist mit ziemlicher Sicherheit auf größere Betriebseinschränkungen und eine dementsprechende vermehrte Einlegung von Feuerkräften zu rechnen. Ein strenger, harter Winter, durch den der Verbrauch von Hausbrandkohlen beträchtlich gesteigert wird, kann freilich Abhilfe bringen; doch würde selbstverständlich dadurch an der Gesamtsituation des Arbeitsmarktes nichts geändert, da in diesem Falle

die Arbeitslosigkeit in anderen von der Bitterung abhängigen Gewerben umso mehr zunimmt. Vorläufig zeigt jedoch der Kohlenmarkt nach einem Aufsteigen des Absatzes im September und der ersten Hälfte des laufenden Monats eine erneute Abflauung. Der größere Bestand in den letzten Wochen war lediglich eine Folge der regelmäßig im August/September bei den Kohlenhändlern eintreffenden Aufträge auf Hausbrandkohlen, wodurch die Großhändler sich zu einem schnelleren Abwurf von den Vorräten genötigt sahen. Die Bestellungen auf Industriekohlen gehen jedoch immer noch spärlich ein. Es ist deshalb auch vorläufig auf eine Herabsetzung der Förderungsbeschränkung nicht zu rechnen. Bei den Vorräten wie auf den Lagerplätzen der Rheinhäfen liegen bedeutende Vorräte aufgeschüttet, hat doch im letzten Quartal gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres nicht nur der inländische Verbrauch, sondern gleichzeitig auch der Versand nach dem Ausland abgenommen.

Zu einem wesentlichen Teil ist der Rückgang des inländischen Verbrauchs von Steinkohlen auf die unzureichende Beschäftigung der Eisenindustrie zurückzuführen. Im ganzen genommen läßt sich zwar eine geringe Zunahme des Inlandsbedarfs an Eisen- und Eisenwaren konstatieren, aber ihr steht ein weit beträchtlicherer Rückgang des Exports gegenüber. Teils infolge der geringeren Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes, teils infolge der verstärkten Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika hat Deutschland in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres um 588 461 Tonnen Eisen und Eisenwaren weniger ausgeführt, als in den ersten drei Quartalen des vorigen Jahres. Besonders sind es verschiedene Walzwerkprodukte, vornehmlich Stabeisen und Bleche, deren Absatz nach dem Auslande in den letzten Monaten beträchtlich abgenommen hat, während die Kleineisenindustrie einen etwas größeren Export zu erzielen wußte.

Zieht man diese Lage der wichtigsten Industrien in Betracht und berücksichtigt ferner, daß auch in einzelnen Spezialzweigen der Maschinenindustrie, z. B. im Lokomotiven-, Kessel- und Werkzeugmaschinenbau, sich eine Zunahme des Angebots von Arbeitskräften nachweisen läßt, so erscheinen die Aussichten des Arbeitsmarktes für den kommenden Winter keineswegs in rosigem Lichte. Fehlt auch bisher der Anlaß, von einer vorausichtlichen Notlage zu sprechen, so hat doch andererseits jene optimistische Auffassung keine Berechtigung, die noch heute im größten Teil der kapitalistischen Presse zum Ausdruck kommt, wenigstens nicht vom Arbeiterstandpunkt. Zudem muß mit in Rechnung gestellt werden, daß wenn auch die im August eingetretene Aufwärtsbewegung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel nicht angehalten hat, sondern inzwischen ein Umschlag erfolgt ist, doch heute die Preise für Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Butter, Eier etc. höher stehen, als im Oktober des vorigen Jahres. Der Arbeiter muß also erhöhte Mittel aufwenden, um die Bedürfnisse seines kleinen Haushalts zu decken. Tat.

Der garantierten Gesamt-Auflage des „Vorwärts“ in Höhe von 85000

liegt heute unsere reich illustrierte 24. Preisliste bei, und bitten wir ergebenst, sich diese aufzubewahren und bei Bedarf beachten zu wollen.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestr. 24a/25. 11. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

887 L

Adolf Cohn jr.

Inh. Ludwig Cohn

Kaufhaus für Damenputz

Special-Abteilung für

Trauerhüte und Kinderhüte

Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 114

Tel. VII. 3000. — Ecke Andreasstrasse. — 2161*

Der Verkauf findet von jetzt ab zu sehr billigen, jedoch streng festen Preisen statt.

Jeder Gegenstand ist mit deutlichen Zahlen zu dem billigsten, festen Verkaufspreis ausgezeichnet.



12, 15—100,00.



Neue Singer A. Schneider, Schneiderrinnen u. Verschiebungsboas etc. von 45,00 an.

Kinderwagen-Bazar „Baby“

S. Kaliski. Haupt-Geschäft: Invalidenstr. 160 an der Brunnenstrasse

- 2. Lager Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstrasse.
3. Lager Drancstr. 31 an der Kopalstrasse.
4. Lager Wehlstr. 18 an der Turmstrasse.
5. Reinickendorferstr. 20 neben d. Markthalle. Auf Nummer achten.
6. Lager Potsdamerstr. 83B an der Götterstrasse.
7. Lager Belle-Alliancestr. 107 an Halleschen Thor.
8. Lager Tauentzienstr. 7a an der Rummelplatzstrasse.
9. Lager Brunnenstr. 92 an der Rügenstrasse.
10. Lager Spandau, Havelstr. 20.



8, 10—60,00.

Allerbilligste Cassapp, auch bei grös. Ratenzahlung.

Special-Abteilung für Singer-A., Naumann-Bobbin-, Adler-, Weeler- & Wilson-Maschinen, mit 5 Jahr. Garantie.

Auch ohne Anzahlung 1 L. wöchentlich.

Unterricht wird gratis erteilt. — Reparaturen in eigener Werkstatt billig.

Alle Maschinen nehmen bis zu 30,00 Mark in Zahlung.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Catalog.

Neue Singer A. Schneider, Schneiderrinnen u. Verschiebungsboas etc. werden als Agenten ange stellt.

Lieferant der Lehrer-, Postbeamten und des Rabattvereins Norden. 13,50, 18, 22,50—150,00.

RESTE.

Zur Damenmäntel-Konfektion, Mädchen- und Knabengarderobe, Damenucke in schwarz und farbig, Kostümstoffe, Kammgarn, Cheviot, Corkskraw, Plüsch, Sammete, Besatzartikel etc.

KONFEKTION

Fertige Jacketts, Paletots, Capes, Kostüm-Röcke etc. Gröste Auswahl. Billige Preise. C. Pelz, Kottbuser-Str. 4.

30 Tage zur Probe versende Rasiermesser

aus denkbar best. engl. Silberstahl (eig. Fabrikat), fertig zum Gebrauch, abgezogen und für jeden Bart passend.



No. 27 fein hohl a Mk. 1,50 inkl. Nichtgefall. Betrag
„ 29 sehr „ a „ 2,00 inkl. sofort retour.
„ 33 extra „ a „ 2,50 inkl. (Also kein Risiko.)

Sicherheits-Rasiermesser Mk. 2,75 D. R. G. M. (Verletzung unmöglich.) Prachtkatalog, neueste Ausgabe, v. H. Solinger Stahlwaren, Waffen, Haushaltgeräthe, Gold-, Silber- u. Lederwaren, Musikwerke etc. gr. u. fr. Emil Jansen, Wald No. 237 (Solingen). Stahlwarenfabrik u. Versandhaus. 887 L*

Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

Central-Leihhaus, Jägerstrasse 72, Ecke Kanonierstrasse.

Täglicher Verkauf von eleganten Winter-Paletots und Anzügen von M. 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima. Knaben- und Jünglings-Anzüge, Kammgarn-Anzüge, Hochzeits-Anzüge, Herren-Schlafrocke, Herren- und Damen-Stiefel, Geh- und Reise-Pelze, Damen-Mäntel. Ein grosser Posten Teppiche. Alles fabelhaft billig. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind jetzt zur Winter-Saison zum Verkauf gestellt, und sind Bauchsachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden.

Sonntags geöffnet von 7—10 und 12—2.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 30. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Freie Volksbühne, nachm. 2 1/2 Uhr.
1. Abteilung: im Berliner Theater: Die Karolinger.
2. Abteilung: im Metropol-Theater, Komödie der Liebe.
Neue freie Volksbühne, nachm. 2 1/2 Uhr:
1. Abteilung: im Neuen Theater: Eine Jungfrau will es sich machen.
2. Abteilung: im Schiller-Theater N.: König Lear.
Cyrenhaus, Riegl, der Letzte der Teubener. 7 Uhr.
Montag: Wagon.
Neues königl. Opern-Theater, Theodora.
Montag: Wintermärchen.
Deutsches, Dagland.
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Lady Wintermeres Haube.
Montag: Dagland.
Berliner, Japantreich.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Leffing, Traummias.
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Die ver-sündete Glode.
Montag: Die Frau vom Meer.
Wefen, Die Hugenotten.
Nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Montag: Hamlet.
Thalia, Der Weiberkönig.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Charleys Zante.
Montag: Der Weiberkönig.
Zentral, Der Generalkonsul.
Nachmittags 3 Uhr: Die Puppe.
Montag: Der Generalkonsul.
Belle Alliance, Die Tugendglocke.
Nachmittags 3 Uhr: Maria Magda-lena.
Montag: Die Tugendglocke.
National, Donna Juanita.
Nachmittags 3 Uhr: Der Freischütz.
Montag: Donna Juanita.
Rolins, Wildes Blut.
Nachmittags 4 Uhr: Rutter Ordeber.
Montag: Wildes Blut. (Anf. 8 Uhr.)
Metropol, Die Herren von Maxim.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Die Jüdin von Toledo.
Nachmittags 3 Uhr: Johannistfeuer.
Montag: Die Jüdin von Toledo.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater).
Krieg im Frieden.
Nachmittags 3 Uhr: König Lear.
Montag: Die Kreuzschreiber.
Neues, Die lustigen Weiber von Windsor.
Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.

Urania.

Taubenstr. 40/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Sternwarte, Invaliden-str. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Vorletzter Tag
der klugen Rosa,
des gelehrten Pfordes und der Neapolitanischen Damen-Kapelle.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Strasse No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
25 Pfg.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc.

Zentral-Theater

Nachmittags 3 Uhr halbe Preise:
Die Puppe.
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Generalkonsul.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.
Montag und folgende Tage: Der Generalkonsul.

Luisen-Theater.

Nachmittags:
Der Registrator auf Reisen.
Abends:
Safemanns Töchter.
Montag: Gastspiel des Theaters des Westens: Der Bildhauer.
Deutsch-Amerikanisches Theater, Köpenickerstr. 67.
Zum
Heute nachm. 3 Uhr:
„Ueber'n grossen TEICH.“
Halbe Preise.
Heute abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp.
„Ueber'n grossen TEICH.“
MALE:

Residenz-Theater.

Direktor: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage
8 Uhr:
Eine Hochzeitssnacht.
Schwank in 3 Akten von G. Keroul und H. Barre.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das große Geheimnis.

Metropol-Theater

Zum zweitenmal:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsschöpfung mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach C. Flors „Messalinette“ frei bearbeitet von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Henry Bender, Josef Giampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Frid Frid, Fritz Massary a. D., Mary Behrens, Job. Junker-Schatz.
Im 5. Bild:
Das Fest des Lichtes. (Ballett.)
Anfang 1 1/2 Uhr.
Kasino-Theater
Lehringerg. 37. Anf. 8 1/2, Sonntag 7 1/2.
Wildes Blut.
Gesangsschöpfung in 3 Akten.
Nach der „Wilden Stube“ frei bearbeitet. Vorher das brillante bunte Programm.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Gräbert. (Kleine Preise.)
Lustspielhaus
Friedrichstraße 230.
Nachmittags 3 Uhr:
Zu Behandlung.
Abends 8 Uhr:
Biederleute.
Morgen u. folgende Tage: Biederleute.
Volksgarten-Theater (früher Weimann).
Sonntag, den 30. Oktober er.:
Dorf und Stadt.
Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Direktor: M. Ed. Fischer.
Nachmittags 3 Uhr, Parfett 60 Pf.:
Ermalige parodistische Opern-Böck:
Troubadour, Bajazzo, Tannhäuser.
Abends 8 Uhr:
Senta Wolfsburg.
Schauspiel in 5 Akten von G. Bendt.
Montag und folgende Tage: Senta Wolfsburg.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Johannistfeuer.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Historisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
König Lear.
Trauerspiel in 3 Aufzügen von William Shakespeare.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Aufspiel in 5 Akten von G. v. Moser und Fr. v. Schönthan.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.

Kleines Theater

Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von **Max Reinhardt.**
Nachm. 3 Uhr bei ermäßigten Preisen:
Familienidyll, Liebesräumo, Sereuissimus.
Abends 8 Uhr:
Elektra.
Montag: Nachtsyl.

Thalia-Theater.

Dredenerstr. 72/73. Direktion: Kran & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr bei halben Preisen: **Charleys Zante.**
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Weiberkönig.
(Guido Thielscher, Lina Abarbanell, Fritz Helmdorf, Josephine Dora.)

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.

Deute Sonntag, den 30. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:
2 große außerordentliche Gala-Vorstellungen 2. Nachmittags zum Schluss: Jun 4. mal: die mit so kolossalem Beifall aufgenommene große Ausstattungsphantasie
Scenen a. dem spanisch-arabocantischen Striege in vier Akten, ca. 200 Mitwirkende.
In beiden Vorstellungen, nachmittags und abends:
Marocco
Konsul II, der menschliche Schimpanse.
Billy, der irische Wunder-Bomby.
Der phänomenale Chinko.
Sämtliche Spezialitäten, Clowns und Auguste und Direktor Albert Schumann's neueste Original-Dressuren.
Nachm. auf allen Plätzen ein Kind frei. Jedes weitere Kind halbe Preise (außer Geleise). Abends jedoch volle Preise. Zum Schluss das große musikalische Drama in 8 Akten: **Der Kurier des Zaren.** Beeindruckende Licht-, Wasser- und technische Effekte.
Montag: Neue Debüt: Konsul II, Billy, Chinko und Der Kurier des Zaren.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Nachmittags 3 Uhr:
Die gold'ne Eva.
Abends 7 Uhr:
Philippine Welfer.
Historisches Schauspiel in 4 Akten von Lektor v. Redwig.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entree 40, Parfett 75 Pf., Sperlich 1 1/2.
Morgen Montag: Ehrliche Arbeit.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Ehrliche Arbeit.
Schauspiel mit Gesang von D. Wilten.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Anf. 6 Uhr. Entree 60, Parfett und Balken 1 Mark.
Dienstag: Philippine Welfer.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Goldlotte.
Gesangsschöpfung von Jacobson und Mannstädt.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Ball.
Montag: Leichte Kostreien von Fr. H. Baron: Zum letztmal: Das Pfeffer-Rösel.
Sansouci.
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonn., Mont., Donnerst.
Hoffmanns Nordd. Sänger
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Dienstag, den 1. Novemb.:
Mensch ärgere Dich nicht.
Feste mit Ges. in 4 Akten von Leon Krejci.
Mittwoch, den 2. November:
Kaiser Joseph II. und die Schusterstochter.
Alle ausgegebenen Vor-sugstalten gelten.

Viktoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112.
Heute sowie jeden Sonntag:
Gr. Militär-Strichkonzert.
Jeden Montag,
Donnerst. u. Freitag:
Herz Nordd. Sänger.
Täglich: Gr. Bürgerlicher Mittagstisch.
Säle zu Vereinszwecken, Versammlungen etc. g. infant. Bedingungen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 30. Oktober,
abends 7 Uhr.
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15'
Moderner Lyriker-Abend.
Mitwirkende: Kapellmeister Robert Erben (Klavier), Konzertmeister Adolf Sens (Violino), Konzertmeister Hermann Walter (Violino), August Bertram (Bratsche), Paul Neumann (Violon-Cello), Mitglieder des Orchesters des National-Theaters. — Fest-Rede: Friedrich Stampfer. — Gesang: Meia Schönfeld. — Rezitation: Frau Walcotte.
Nachher: **Tanz.**
Billets a 60 Pf. (inkl. Garderobe und Liedertexte) sind in der Schule, bei Horsch, Engel-Ufer 15, Gottfr. Schulz, Kottbuser Tor, Reul, Barnimstr. 42, zu haben. 5/9

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.
Sonntag, den 12. November 1904, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuser-Strasse 4a: 30/6
Großes Herbst-fest
verbunden mit der Aufführung: „Gerichtstag im Olymp.“
Konzert und Tanz. Dirigent: Maxim. Fischer.
Anfang 8 Uhr. Entree inkl. Tanz 60 Pf.
Billets sind im Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 27, beim Kollegen Greier, Köpenickerstr. 1 IV, und im Restaurant Noak, Pücklerstraße Ecke Muskauerstraße, zu haben. Gäste willkommen. Recht zahlreichen Besuch erwartet. Das Vergnügungs-Komitee.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachmittags: **Madame X.**
Palast-Theater.
Bürgerliche Schauspiele.
Burgstraße 22. Anfang 8 Uhr.
Das phänomenale Oktober-Spezialität-Programm.
Der größte Erfolg:
Im Zukunftsstaat.
Ausstattungs-Burleske in 1 Akt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Die Bluthochzeit. Drama in 5 Akten von Adam, unter Mitwirkung erster Kapazität.

Herrnfeld-Theater.

Letzte Woche!
Nur eine Nacht
Am andern Morgen
(mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen).
Sonntag: **Premiere**
Prinz Levy in Ahlbeck.
Schwank in drei Akten von H. und D. Herrnfeld.
Premierenbillets (spät heute an der Theaterkasse von 11—2 Uhr.
Anfang (auch Sonntag) 8 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang heute 3 Uhr.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Letzter Sonntag
d. glänzend. Okt.-Programms.
Hans Frey, Humorist.
Dida
die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
Bis 7 Uhr alle reservierten Plätze ohne Unterschied
1 Mark 50 Pf.

Otto Pritzkwos Abnormitäten - Ausstellung

Rümpfstraße 16.
Täglich Vorstellung
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Schweizer Garten

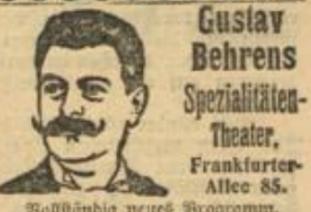
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Jeden **Ball.**
Sonntag: Ende 2 Uhr.
An Wochentagen ist der Saal mit oder ohne Bühne an Vereine zu vergeben.

Urania.

Wrangelstrasse 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag: 4712
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Entree und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Verammlungen.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
(Rehlf, Pietro, Britton, Steib, Glätner, Böhm, Böhm, Walden, Schrader).
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.



Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Vollständig neues Programm.
Gedino Ciano, Salomequiltörten.
Signora Bella, spanische Tänzerin.
Fr. Florenti, Regier Kuchel.
Neu! Neu!
Ein Königreich für eine Frau.
Feste in einem Akt.
24 Nummern.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108-114.
Sonntag, 30. Oktober 1904:
Grosses Militär-Konzert
und 7532
Humoristische Soiree
der
Horsl Nordd. Quartettsäng. u. Humor.
u. Mitw. d. Gesangv. „Brennabor“
Anf. 5 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Entree 50 Pf. Res. Platz 75 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familienkränzchen.
Von 4 Uhr ab **Gr. Ball.**
in d. hint. Sälen.
Jeden Donnerstag:
Bernhard Rose-Theater. Anf. 8U.

Germania-Prachtsäle

Chausseestr. 103. Arnold Scholz.
Jeden Sonntag:
Hamburger Sänger
(Steidl, Wolf).
Neu! Ein kritischer Tag. Neu!
Feste von Wilhelm Wolf.
Das Opferlamm.
Nach der Soiree:
Familien-Ball.
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Von 5 Uhr ab im weissen Saale:
Grosser Ball.

Alhambra

Wallner-Theaterstrasse 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**
bei doppelt besetztem Orchester.
Anfang 5 Uhr. A. Zamellat.
Neu! Neu!
Amerikanische Bierquelle
Jmbisch und Konzert frei.
Gr. Frankfurter-Strasse 67.

National-Theater

Weinbergsweg 12a-13b.
Sonntag, den 30. Oktober 1904,
nachmittags 3 Uhr:
Der Freischütz.
Abends 7 1/2 Uhr:
Donna Juanita.
Montag: Donna Juanita.

Apollo-Theater.

Nachmittag 3 Uhr: Spezialitäten und **Frühlingsluft** mit dem Ballett Blüten-Hochzeit.
Abends 8 Uhr:
Vorletztes Auftreten der Oktober-Spezialitäten. Hierauf:
Berliner Luft.
Unter persönlicher Leitung des Komponisten **Paul Lincke.**

Anzüge werden chemisch gereinigt. **Anzüge Paletots** nach Maß von **24-30 Mark** **Aug. Löther** liefert unter Garantie für guten Sitz aus prima Stoffresten Restehandlung Prinzenstr. 38 I am Moritzplatz und Bellealliancestr. 98 I. Anzüge reinigen u. anheften M. 1.50.

Enorm billig
 täglich, auch Sonntags, Verkauf der nur vornehmst gearbeiteten, dieser wie vorheriger Saison zurückgesetzten, aber hochmoderner Herren-
Anzüge Paletots
 aus feinsten Maßstoffen.
 Paletots . . . 16-38 Mk.
 Anzüge . . . 16-38 Mk.
 Bekleider . . . 7-12 Mk.
 Deutsches Versandhaus
 Jägerstr. 63, 1 Treppe.
 Auf Hausnummer achten!
 Teilzahlung kaufen Sie am besten!!! bei **Jahre & König**, Warschauerstr. 72. (Wöchentlich nur 1 Mk.) Herren-, Damen- und Wecker-Standuhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten.

Etwas ganz Neues
 bietet das Buch „Massage im Hause“, welches jedem einzelnen völlig kostenlos und portofrei zugesandt wird. Das Buch ist mit vielen Illustrationen versehen und enthält wichtige Ratschläge, um Gesundheit und Kraft zu erhalten und zu fördern.
 Wer im Leben Erfolge erzielen will, wer etwas Besonderes leisten will, wer ein frohes und heiteres Leben führen will, muß auf Erhaltung seiner Gesundheit bedacht sein und sollte deshalb unser Buch „Massage im Hause“ lesen.
 Jeder, dem seine Gesundheit am Herzen liegt, jeder, der Krankheiten vorbeugen will, jeder, der sich gegen herannahende Schwäche schützen will, lasse sich dieses lehrreiche Buch kommen. Dasselbe bietet gleich großes Interesse für Damen wie für Herren, für jung wie für alt. Die Zusendung kostet absolut nichts und verpflichtet zu nichts. Eine Postkarte genügt, man schreibe sofort an
VIBRATOR, G. m. b. H., Berlin 175. Stallschreiberstraße 8a.
 Ich fühle mich um 20 Jahre jünger.

Berlins grösstes **Teppich-Spezialhaus**
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158.
 (Erweitert b. Prinzessinnenstr.)
 Höchste Leistungsfähigkeit
 durch seine **Riesen-Lager**
 und den **Riesen-Umsatz!**
 Zurückgesetzte Teppiche,
 Prachtexemplare, M. 3,75, 6, 10, 20-100 etc.
 Gardinen, Portieren, Möbelstoffe, Steppdecken etc.
Pracht-Katalog mit etwa **600 Abbildungen** in künstlerischer Ausstattung auf Wunsch **gratis u. franko.**
Extra billig diverse Teppiche mit kleinen Webfehlern!
 Hygien-Bedarfsartikel. Illustr. Preisl. frei Gustav Engel, Berlin 172, Potsdamerstraße 131.

Zentral-Leihhaus für **Damen-Moden**
 * 70 Jägerstraße 70 *
Billigste Bezugsquelle da nur Gelegenheitskäufe:
 Jacketts u. Paletots in allen Farben und Façons . . . von M. 4,00 an
 Capes 5,00 an
 Blusen in Wolle und Seide 1,00 an
 Costumes, neueste Façons 8,00 an
 Abteilung II:
Getragene Garderoben
 Größte Auswahl in allen Artikeln. Spotbillige Preise.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng Schirme. festen Preisen. Gegr. 1875. Gegr. 1875.
Max Kaplan
 1 Friedrichstr. 1
Herren-Garderobe Maß-Anfertigung
 in allen Preislagen u. bekannter Güte.
 Jackett-Anzüge Mk. 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32 usw.
 Winter-Paletots Mk. 15, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30 usw.
 Jünglings-Anzüge Mk. 8, 9, 10, 11, 12, 14, 16 usw.
 Knaben-Anzüge Mk. 3, 3,50, 4, 4,50, 5, 5,50, 6 usw.
 Außergewöhnlich billig: Zurückgesetzte Winter-Paletots in allen Farben **Mk. 10-15.**
 Wäsche. Krawatten.

Trinkt **Bilz-Brause.**
 Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk.
 Otto Starick, N.O., Landsberger Allee 6-7.
 Tel. VII, 1566.

Jetzt wieder **Einzel-Verkauf** direkt aus der Fabrik zu **spotbilligen Preisen** nach beendeter Engros-Saison.
Jacketts n. 4 1/2, 5 1/2, 6 1/2 bis 7-30 20.
Capes i. Dubel, Öfifino Astrachan etc. 3 1/2, 4 1/2, 5-6 bis 36 20.
Abendmäntel a. Golf-Capes 6 1/2, 7 1/2, 8 1/2 bis 25 20.
 Beste Preise! Bei Vorzug dieses Ankerats 5% Rabatt. Beste Preise! Anfertigung nach Maß! Modernisierung!!
Fabrik Pelz, Kurstr. 41-42. (Sonnt. geöffnet.)

— Gegründet 1894. —
Jede Dame spart Geld!
 Nach beendeter Engros-Saison, Ausverkauf, einzeln, wie seit 10 Jahren, um zu räumen
Sakkos, Boleros u. Paletots Ein Posten Modelle Paletots, Abendmäntel, Sakkos Saison-Neuheiten!!! „Unter Herstellungspreis“
 Backfisch-Paletots 3 bis 10
 Kinder-Mäntel in allen Größen. M. 3 bis 10
 Wert bis 60 Mark!
 Spezialität: Extraweiten für starke Damen Paletots, Jacketts, Capes. Kein Laden!
 Engros-Lager!
 Abend-Paletots 4 bis 25 | Gummi-Mäntel, 8 bis 20
 Golf-Capes in allen Läng. M. 4 bis 25 | Havelocks Mark 8 bis 20
Max Mosezytz, Landsbergerstr. 59 1 Treppe. a. Alexanderpl.
 Sonnabend bis 5 Uhr abends geschlossen.

Charlottenburg.
F. Kunstmann nur Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren
 Grosses Lager. Billige Preise. 5962*
 Reparatur schnell und billig.

Stauend billig werden die von letzter Saison zurückgesetzten und hochmodernen
Herren-Anzüge und **Winter-Paletots** verkauft.
Jackett-Anzüge 850
 jetzt 20, 21, 18, 17,
Gehrock-Anzüge 19-
 jetzt 33, 27, 25, 21,
Winter-Paletots 775
 jetzt 36, 30, 25, 20,
 Einzelne Hoson u. Jacketts schon von 150 an.
Herm. Schendel
38 Oranienstr. 38
 3. Haus vom Oranienplatz.

MAGGI'S WÜRZE stellt sich am billigsten beim Einkauf in großen Originalflaschen zu M. 6.— (Inhalt ca. 1125 Gramm). Zum praktischen Gebrauch füllt man die Würze dann selbst in das kleine, mit Würzesparrer versehene Maggi-Mäpfchen ab.

Weitere Eingriffe des Magistrats in die Selbstverwaltung und gegen die Zentralisierung der Krankenkassen.

Der Aufnahm, den das Provinzial-Schulkollegium sich durch seinen Kampf gegen die Selbstverwaltung erworben hat, wird durch die Eingriffe des Magistratskommissars in die Selbstverwaltung der Krankenkassen völlig in den Schatten gestellt.

Der Vorstand der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse (Fabrikasse) hierseits, Dirlenstraße 6.

Der Vorsitzende der dortigen Kasse, Herr Handlungsbevollmächtigter Oskar Kahl, hat den Beschluß der am 29. März d. J. abgehaltenen Generalversammlung, wonach die Kasse als solche sich an die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins anschließen soll, mit Rücksicht darauf beanstandet, daß es unzulässig ist und den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht, daß eine Kasse einem nicht nach § 43 des Kranken-Versicherungsgesetzes genehmigten Verbande beitrete und zu diesem Beiträge zahle.

Ich muß diese Beanstandung nach den gesetzlichen Vorschriften des § 43 des Kranken-Versicherungsgesetzes durchaus billigen und unterlage dem Vorstand hierdurch ausdrücklich namens der Kasse der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins beizutreten und an dieselbe Beiträge zu zahlen.

Bei Zuwiderhandlung gegen diese Verfügung würde ich mich genötigt sehen, gegen den Vorsitzenden und Schriftführer sowie deren Stellvertreter, soweit sie die Beitrittserklärung bei der Zentral-Kommission für die Kasse abgegeben haben, Ordnungsstrafen einzutreten zu lassen.

Einem weiteren Berichte sehe ich demnächst entgegen. Berlin, den 29. April 1904.

Der Magistrats-Kommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen. geg. Friedel.

zutreffen kann, jedenfalls ist er weder von einem Vorstandsmitglied noch von irgend einem Arbeitgeber in der Generalversammlung als einschlägig bezeichnet worden. § 43 spricht von der Vereinigung mehrerer Gemeinden, es hat in der Generalversammlung und in der Vorstandssitzung kein einziges Kassenmitglied die Zentral-Kommission oder die neue Maschinenbauer-Krankenkasse als eine Gemeinde bezeichnet.

gesetzlichen Bestimmungen der von ihm mißbilligte Beschluß widerspricht. Offenbar beruht seine Verfügung auf durchaus fehlerhaften tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen.

Auf diese, im Rai eingelegte Beschwerde ist bis heute noch kein Bescheid ergangen. Wohl aber hat sich der Magistrats-Kommissar gemüßigt gesehen, folgenden Ukas dem Schriftführer der Kasse zugehen zu lassen:

Der Vorstand hat trotz meiner Verfügung vom 23. April (soll heißen 29. April) d. J. beschlossen, den stellvertretenden Schriftführer zu beauftragen, der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins den Beitritt der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse anzugehen.

Dieser Beschluß ist von dem Vorsitzenden Herrn Handlungsbevollmächtigten Kahl auf Grund des § 35 des Kranken-Versicherungsgesetzes beanstandet worden. Da diese Beanstandung aufschiebende Wirkung hat, kann der Beschluß bis zur Entscheidung nicht formell zur Ausführung kommen.

Demgemäß unterlage ich der Kasse nochmals, der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins beizutreten und irgend welche Beiträge in irgend einer Form an diese zu zahlen, widrigenfalls ich mich genötigt sehen würde, gegen die die Kasse etwa verpflichtenden Personen eine Ordnungsstrafe von je 10 M., welche hiermit angedroht wird und an deren Stelle im Unvermögensfälle eine Haftstrafe von je 2 Tagen tritt, festzusetzen.

Sind dem Oberbürgermeister die Eingriffe des Magistrats-Kommissars gegen das materielle und ideale Interesse der Krankenkassen, gegen ihre Selbstverwaltung und gegen eine Zentralisierung der Kassen bekannt und ist er mit diesen einverstanden?

Wasserstand am 28. Oktober. Elbe bei Kuffig - 0,33 Meter, bei Dresden - 1,77 Meter, bei Magdeburg + 0,43 Meter. - Unstrut bei Straußfurt + 0,80 Meter. - Oder bei Rathow - - - - - Meter, bei Breslau Ober-Regel - - - - - Meter, bei Breslau Unter-Regel - - - - - Meter, bei Frankfurt + 0,70 Meter. - Weichsel bei Braßembünde + 2,43 Meter. - Warthe bei Posen + 0,04 Meter. Regen bei Uff + 0,82 Meter.

Witterungsüberblick vom 29. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 30. Oktober 1904. Müßig und vorherrschend wolkig oder neblig bei ziemlich häufigen nördlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Peitzwaren-Fabrik. Neue Königstraße 21, II. verkauft nach beendeter Engros-Season Reismuster, Kolliers, Stolas, Muffen etc. zu billigsten Engros-Preisen.

Winkler & Barthold. Fluß- u. Seefische. Klückerwaren, Konserven, Kaviar, etc. Rixdorf, Bergstraße 8.

Kredit. Monatlich - 10 Mark - kleinere Anzüge. J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

J. Baer. Badstr. 28. Ecke Prinz-Alleen. Herren- und Knaben-Moden, Bekleidungs-Elegante Paletots und Havelocks.

Rester-Geschäft. Das älteste des S.-O. von Wilh. Mühlbach. empfiehlt Rester von Plüsch, Krümmen, etc.

29. Gardinenhaus Bernhard Schwarz. Aepfel, feinste, 5 Pfd. 25-40 Pf.

Original SINGER Nähmaschinen. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin, Leipzigerstrasse 92.

Patente. Anmeldung, Verwertung, Kauf, Finanzierung etc. Dr. Lippmann, 2447b.

Bäckerei. Ich muß meiner Kundenschaft mitteilen, daß ich die Gesellschaft veräußert habe.

Hygienische. Borneo BTE Kofah, erste Klasse, höchste Qualität und freibeweiher Brand.

Hengsoß & Maak. Filiale: Berlin NO., Keilstr. 34.

Kronleuchter-Fabrik. Wir Gas u. Petroleum. Größte Auswahl. 400 Kronen von 10-700 M.

Siegel & Co. Warmes Zimmer. Besser wie Kohlen gibt Kuchen und Kuchenholz.

Roh-Tabak. Sumatra No. 245, No. 246. 181 Brunnenstrasse 181.

Wir rauchen nur Kroyer-Zigaretten. Fabrik Schöneberg, Gutfahrtsstraße 6.

Achtung! Mein Geschäft befindet sich nicht mehr Alexanderstr. 22, sondern Magazinstr. 14, W. Hermann Müller, Berlin. 4752*

Roh-Tabak. Max Jacoby, Strellitzerstr. 52.

Rohtabak. Größte Auswahl! Billigste Preise. Sämtl. Fabrikationsutensilien. Heinrich Franck.

Kufeke's Kinder-mehl. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Brautleute! Trauringe, Damenuhren, Herrenuhren, Schmuckstücke, Herrenketten, Damenketten, Spottbillig, Seidenwege neuangehen.

Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Portieren, etc. Winterpaletots, Remontoirwaren, etc.

Herren-Garderobe nach Maß, sauberer Arbeit, großes Stofflager. Knaben-Anzüge, Paletots, etc.

Tricotagen, Mallesauswahl, fabelhaft billig. Kleiderstoffe für den halben Preis. Gardinen, Teppiche, etc.

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an. Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager.

Kanarienhähne, 7,00, Weißhän 3,00, Seifert'sche Händler billiger. Kanarienvogel verkauft Friedewald, Forststraße 44.

